

JAHRESBERICHT

JAHRESBERICHT



Rheinland-Pfalz

FINANZVERWALTUNG

Oberfinanzdirektion Koblenz

2012



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden im gesamten Text lediglich männliche Bezeichnungen verwendet, die die jeweilige weibliche Form mit einschließen.



Mit den im Juni 2012 festgelegten Eckpunkten der Strukturreform der Steuerverwaltung Rheinland-Pfalz wurde, mit dem Ziel der zukünftigen erheblichen Sachkosteneinsparung, auf die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse und den prognostizierten und zum Teil bereits beginnenden demographischen Wandel reagiert. Hierzu wurden Vorgaben für Standortveränderungen der Finanzämter und die Gründung einer zentralen Landesfinanzkasse festgelegt. Außerdem wurde eine Umstrukturierung der Mittelbehörde in Form der Überführung der beiden großen Abteilungen Steuer und Bezügestelle (ZBV) in zwei eigenständige Landesämter beschlossen, um durch Verschlinkung der Hierarchien dem Wegfall der Bundeszuständigkeiten der Oberfinanzdirektion Rechnung zu tragen.

Die neue Projektorganisation „Zukunftsinitiative Steuerverwaltung“ (ZIS) wurde im Wesentlichen auf zwei Säulen gestellt: Das Teilprojekt Strukturreform zur Ausarbeitung von Feinkonzepten zur Realisierung der genannten Eckpunkte sowie das Teilprojekt der funktionalen Neuorganisation und Prozessanalyse zur Untersuchung der Arbeitsweise der Verwaltung. Viele Detailfragen, von der Abmietung von Bürogebäuden, dem konkreten Zuschnitt der Finanzamtsbezirke, bis hin zu den hierfür erforderlichen IT-Lösungen, gilt es nun zu klären. Im Rahmen der Strukturreform galt es zudem bereits in 2012 die Möglichkeiten zu prüfen, in steuerlichen Verfahren mit dem Saarland (Erbchaftsteuer und Grunderwerbsteuer) und anderen Bundesländern enger zu kooperieren, auch mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit der Rechenzentren.

Für das im Rahmen der Strukturreform verkündete Teilprojekt der Einrichtung einer zentralen Landesfinanzkasse am Standort Daun mit einer Außenstelle in Idar-Oberstein und damit einhergehender Zentralisierung der derzeit vier eigenständigen Kassen an den Standorten Daun, Idar-Oberstein, Montabaur-Diez und Pirmasens-Zweibrücken, konnten bereits in 2012 erste entscheidende Schritte des Feinkonzepts erarbeitet werden, so dass mit der Gründung der neuen Landesfinanzkasse bereits Mitte 2013 gerechnet werden kann.

Gleichzeitig war sowohl in der Steuerverwaltung (St), der Abteilung Bundesbau (ABB) als auch der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV) die tägliche Arbeit weiter zu bewältigen.

Das letzte Quartal des Jahres 2012 war in steuerlicher Hinsicht vor allem durch die Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte und der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) geprägt und insbesondere für die Fachgruppe Einkommensteuer und die Finanzämter sowie die ZBV sehr arbeitsintensiv.

Parallel dazu galt es für die personalverwaltenden Stellen der Steuerverwaltung (OFD Personalgruppe und Geschäftsstellen der Finanzämter) und den Bereich Besoldung und Versorgung das Projekt IPEMA (Integriertes Personalmanagement- und Abrechnungssystem) 2012 im Echteininsatz anzuwenden. Die OFD fungiert hier mit ihren Dienststellen als Pilot für den Einsatz in allen Landesverwaltungen.

Hauptaugenmerk der Landesoberkasse galt weiterhin der Vorbereitung der Einführung des Einheitlichen Kassenverfahrens (EKV), welches auch 2013 im Zentrum der Projekte stehen wird.

Die Abteilung Bundesbau (ABB) hatte mit Großprojekten der amerikanischen Streitkräfte nicht nur fachlich, sondern auch politisch ein Aufgabenfeld, das in der Öffentlichkeit nicht immer unumstritten ist. Auch dieses Projekt wird weit über 2013 hinaus wirken.

Mit Blick auf die sowohl finanziell wie auch personell erforderliche Umsetzung der Strukturreform im Rahmen des Projektes „Zukunftsinitiative Steuerverwaltung“ bietet dies ein breites Spektrum, das alle Kräfte der Finanzverwaltung benötigt. Zukunftsfähigkeit ist nicht durch Verhinderungsstrategien, sondern nur durch die Bereitschaft zu Veränderungen zu erreichen.

Oberfinanzpräsident Werner Nögler

Die Oberfinanzdirektion Koblenz - Dienstleister der Finanzverwaltung



Die Oberfinanzdirektion Koblenz (OFD) wurde 1950 gegründet und ist eine Mittelbehörde der Landesfinanzverwaltung Rheinland-Pfalz. Sie gliedert sich in drei Abteilungen, die Besitz- und Verkehrssteuerabteilung, die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle sowie die Abteilung Bundesbau.

Darüber hinaus gehören zur OFD die Landesoberkasse (LOK), zwei Stabsstellen, das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Justizariat und neu auch die Geschäftsstelle.

Geleitet wird die OFD durch den Oberfinanzpräsidenten.

Übergeordnete Behörde ist das Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz.

Nachgeordnete Ämter sind die 26 rheinland-pfälzischen Finanzämter.

Zum Geschäftsbereich zählen rund 8.000 Beschäftigte, die sich um eine bürgernahe und gerechte Aufgabenerledigung kümmern.

Die **Besitz- und Verkehrssteuerabteilung** leitet die Durchführung der Aufgaben der Steuerverwaltung, für deren Erledigung die rund 6.900 Bediensteten der 26 Finanzämter des Landes an insgesamt 37 Standorten zuständig sind. Zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehört auch die Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin) sowie die Fachhochschule für Finanzen/Landesfinanzschule in Edenkoben.

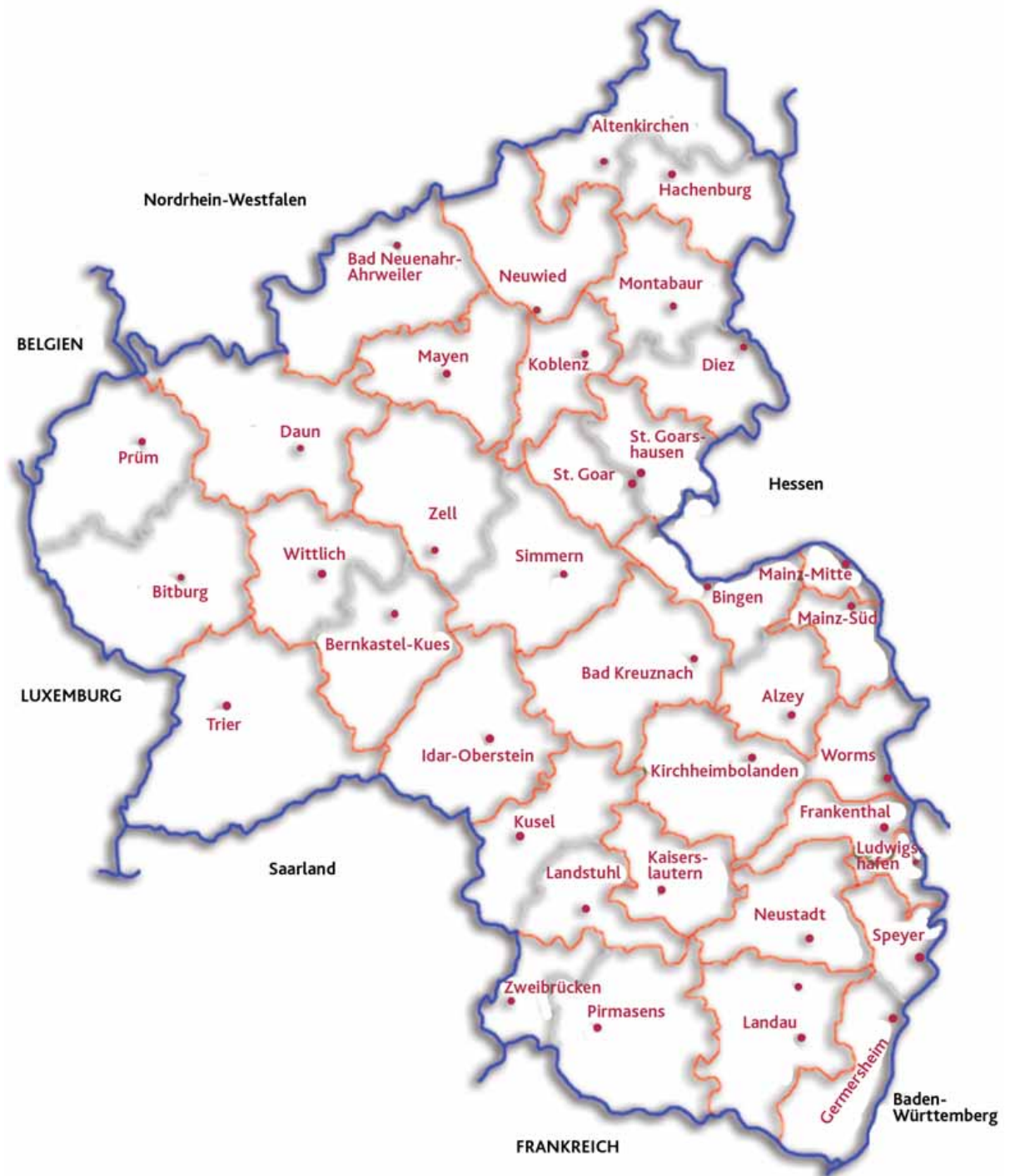
Die **Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)** betreut rund 158.500 Bedienstete des Landes. Die Hauptaufgabe der ZBV ist es, Bezüge und Entgelte, Zuschüsse zu Krankheitskosten (Beihilfe) und das Kindergeld zahlbar zu machen. Sie zählt damit zu den größten "Lohnbüros" des Landes Rheinland-Pfalz.

Die **Abteilung Bundesbau (ABB) Mainz** übernimmt in Rheinland-Pfalz die Bauherenaufgaben des Bundes, wenn es um Baumaßnahmen der Bundeswehr, der Gaststreitkräfte, der NATO und zivile Bundesbaumaßnahmen geht. Dies erfolgt im Rahmen der sogenannten Organleihe. Die Personal- und Sachkosten, die dem Land für die Aufgabenerfüllung des Bundes entstehen, werden dem Land dabei vom Bund erstattet.

Die **Landesoberkasse (LOK) von Rheinland-Pfalz** erledigt ressortübergreifend für 220 Dienststellen der Landesverwaltung den Zahlungsverkehr, die Buchführung, die Beitreibung öffentlich-rechtlicher sowie privat-rechtlicher zugelassener Forderungen des Landes und Geldbußen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz. Die LOK hat ihren Hauptstandort in Koblenz und zusätzlich Außenstellen in Neustadt und Trier.

Im Abrechnungsverkehr sind der LOK vier Finanzkassen sowie weitere ca. 300 Zahlstellen angeschlossen. Insgesamt verwaltet sie ca. 53 % des Landeshaushalts von Rheinland-Pfalz.

LANDESWEITE ZUSTÄNDIGKEIT DER 26 RHEINLAND-PFÄLZISCHEN FINANZÄMTER



8 Organigramm der Oberfinanzdirektion Koblenz

PERSONALSTAND UND -ENTWICKLUNG

9 Besitz- und Verkehrsteuerabteilung

10 Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle

11 Abteilung Bundesbau

STABSSTELLEN

12 Landesoberkasse

15 Innenrevision

16 Geschäftsstelle

**18 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/
Veranstaltungsbüro**

BESITZ- UND VERKEHRSTEUERABTEILUNG

22 Personalangelegenheiten

27 Audit berufundfamilie

30 Organisationsangelegenheiten

32 Fachbereiche

32 Fallzahlentwicklung bei den Ertragsteuern

34 Fortbildung im Ertragsteuerrecht

35 Vollstreckung

**38 Fallzahlenentwicklung im Rechtsbehelfs-
verfahren**

41 Verkehrssteuern und Einzelsteuern

44 Einheits- und Bedarfsbewertung

47 Tätigkeitsbericht der Sachverständigen

49 Steuerspirale

50 Betriebsprüfung

56 Lohnsteuer

57 Steuerfahndung, Bußgelder und Strafsachen

**63 Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung als Quer-
schnittsaufgabe der Referate Steuerfahndung
und Umsatzsteuer**

66 Umsatzsteuer

**68 Zentrale Datenverarbeitung der
Finanzverwaltung (ZDFin)**

68 Projekt- und Auftragsmanagement

70 Service-Desk

71 Fachbereiche

**71 Einführung KONSENS-Produkt BuKon und
offizieller Einsatz EOSS-Konzernverzeichnis**

**72 Übergabe der Verwaltung der Kraftfahrzeug-
steuer an den Bund**

72 Steuerkontoabfrage

73 SEPA - Single Euro Payments Area

**73 Unterstützung der Einzahlungen und Auszah-
lungen durch zentrale maschinelle Verfahren**

74 Anstieg des Datensicherungsvolumen

**75 Systemumstellung UNIFA-Server im Zuge des
Einsatzes der UNIFA-Version 5.3.3**

FINANZAMTSSTECKBRIEF

76	Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg
77	Finanzamt Bad Kreuznach
78	Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler
79	Finanzamt Berncastel-Wittlich
80	Finanzamt Bingen-Alzey
81	Finanzamt Bitburg-Prüm
82	Finanzamt Daun
83	Finanzamt Frankenthal
84	Finanzamt Idar-Oberstein
85	Finanzamt Kaiserslautern
86	Finanzamt Koblenz
88	Finanzamt Kusel-Landstuhl
89	Finanzamt Landau
90	Finanzamt Ludwigshafen
91	Finanzamt Mainz-Mitte
92	Finanzamt Mainz-Süd
93	Finanzamt Mayen
94	Finanzamt Montabaur-Diez
95	Finanzamt Neustadt
96	Finanzamt Neuwied
97	Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken
98	Finanzamt St. Goarshausen-St. Goar
99	Finanzamt Simmern-Zell
100	Finanzamt Speyer-Germersheim
101	Finanzamt Trier
102	Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

ZENTRALE BESOLDUNGS- UND VERSORGUNGSSTELLE

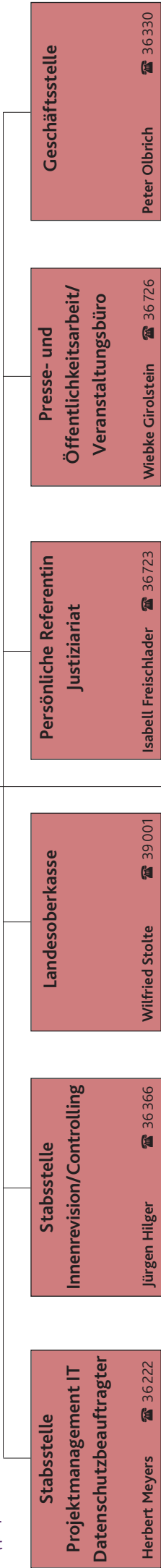
103	Allgemeines
103	Personalstand
104	Fachbereiche
104	Zentraldezernat
107	Dezernat Beamtenbesoldung- und -versorgung
108	Dezernat Familienkasse und Pfändungen/Schadenersatz
109	Dezernat Entgelt der Arbeitnehmer
109	Dezernat Reisekosten
110	Dezernat Beihilfe
112	Dezernat Bescheinigende Stelle
113	Dezernat ISC

ABTEILUNG BUNDESBAU

115	Baumaßnahmen für den Bund
116	Baumaßnahmen für die amerikanischen Gaststreitkräfte
117	Haushaltsangelegenheiten

**ORGANIGRAMM DER
OBERFINANZDIREKTION KOBLENZ
(STAND: MAI 2013)**

Oberfinanzpräsident
Werner Nägler ☎ 36 720



Besitz- und Verkehrsteuerabteilung
Werner Nägler ☎ 36 720

Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)
Finanzpräsident Oliver Brehm ☎ 37 303

Abteilung Bundesbau (ABB)
Christoph Strohschneider ☎ 06131 / 14088 - 42

26 Finanzämter

Fachhochschule für Finanzen Landesfinanzschule Rheinland-Pfalz
Norbert Krischer ☎ 38 001

IPEMA Service-Center
Frank Matheja ☎ 37 637

Koordination IPEMA
Gabriele Müller-Dewald ☎ 37 560

Finanzierungsfonds Beamtenversorgung
Nadja Diewald ☎ 37 323

Beihilfeprüfung

Gesundheitsmanagement
Johannes Eul ☎ 37 423

Z
Zentrale Aufgaben, Organisation, Personal, Haushalt, Kassenangelegenheiten, Landesvermögen und FFFin/LFS
Ulrich Kalkkuhl ☎ 36 820

St 3
Gemeinsame Angelegenheiten der Besitzt- und Verkehrssteuern, Ertragsteuern
Michael Spira ☎ 36 700

St 4
Außendienste
Roswitha Götz ☎ 36 640

ZDFin
Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung
Reinhold Koch ☎ 36 200

Dezernat ZBV 11
Vertreter des Leiters ZBV, Allg. und Grundsatzanliegenheiten
Andreas Frank ☎ 37 299

Dezernat ZBV 12
Bezüge der Beamten- u. Versorgungsempfänger
Hans-Ulrich Moog ☎ 37 154

Dezernat ZBV 13
Landesfamilienkasse
Dirk Planz ☎ 37 346

Dezernat ZBV 14
Entgelt der Arbeitnehmer
N.N.

Dezernat ZBV 15
Reisekosten, Pfändung, Schadensersatz
Leo Permesang ☎ 37 173

Dezernat ZBV 18
Beihilfe
Jürgen Theisen (m.d.W.d.G.b.) ☎ 37 132

Dezernat ZBV 20
Beschneidende Stelle
Dirk Planz ☎ 37 346

Prozessvertretung
Elke Classen-Baltes ☎ 36 135
Irina Häusler ☎ 36 132
Sabine Rink ☎ 36 134
Manfred Rommersbach ☎ 36 657

AB 1
Zentrale Dienst-, Haushalts-, Organisations- und Personalangelegenheiten
Dr. Henning Bode ☎ 06131 / 14088 - 37

AB 2
Bauberenausschüsse des Bundes
Christoph Strohschneider ☎ 06131 / 14088 - 42

Personalstand- und entwicklung

BESITZ- UND VERKEHRSTEUERABTEILUNG

Gesamt					
	2008	2009	2010	2011	2012 *
gesamt	7.633	7.634	7.664	7.578	7.511
männlich	3.921	3.867	3.833	3.753	3.661
davon aktiv	3.904	3.848	3.817	3.742	3.653
nicht im Dienst	17	19	16	11	8
weiblich	3.712	3.767	3.831	3.825	3.850
davon aktiv	3.467	3.562	3.653	3.675	3.706
nicht im Dienst	245	205	178	150	144

Beamte					
	2008	2009	2010	2011	2012 *
gesamt	6.293	6.330	6.376	6.379	6.370
männlich	3.639	3.598	3.566	3.499	3.418
davon aktiv	3.624	3.580	3.551	3.488	3.410
nicht im Dienst	15	18	15	11	8
weiblich	2.654	2.732	2.810	2.880	2.952
davon aktiv	2.459	2.569	2.665	2.763	2.838
nicht im Dienst	195	163	145	117	114

Arbeitnehmer					
	2008	2009	2010	2011	2012 *
gesamt	1.340	1.304	1.288	1.199	1.141
männlich	282	269	267	254	243
davon aktiv	280	268	266	254	243
nicht im Dienst	2	1	1	0	0
weiblich	1.058	1.035	1.021	945	898
davon aktiv	1.008	993	988	912	868
nicht im Dienst	50	42	33	33	30

* Es handelt sich jeweils um Kopffzahlen, Stand: 31. Dezember 2012

* Quelle: IPEMA

ZENTRALE BESOLDUNGS- UND VERSORGUNGSSTELLE

Gesamt					
	2008	2009	2010	2011	2012
gesamt	533	546	570	589	637
männlich	231	230	237	239	264
davon aktiv	212	214	219	219	238
nicht im Dienst	19	16	18	20	26
weiblich	302	316	333	350	373
davon aktiv	265	278	295	298	331
nicht im Dienst	37	38	38	52	42

Beamte					
	2008	2009	2010	2011	2012
gesamt	273	285	296	311	318
männlich	153	156	162	167	168
davon aktiv	143	149	155	155	157
nicht im Dienst	10	7	7	12	11
weiblich	120	129	134	144	150
davon aktiv	104	115	121	122	132
nicht im Dienst	16	14	13	22	18

Arbeitnehmer					
	2008	2009	2010	2011	2012
gesamt	260	261	274	278	319
männlich	78	74	75	72	96
davon aktiv	69	65	64	64	81
nicht im Dienst	9	9	11	8	15
weiblich	182	187	199	206	223
davon aktiv	161	163	174	176	199
nicht im Dienst	21	24	25	30	24

*Es handelt sich jeweils um Kopfzahlen, Stand: 31. Dezember 2012

ABTEILUNG BUNDESBAU

Gesamt					
	2008	2009	2010	2011	2012
gesamt	31	30	33	35	35
männlich	21	19	21	21	20
davon aktiv	20	18	20	19	18
nicht im Dienst	1	1	1	2	2
weiblich	10	11	12	14	15
davon aktiv	10	11	12	14	15
nicht im Dienst	0	0	0	0	0

Beamte					
	2008	2009	2010	2011	2012
gesamt	6	6	6	6	7
männlich	6	6	6	5	6
davon aktiv	5	5	5	4	6
nicht im Dienst	1	1	1	1	0
weiblich	0	0	0	1	1
davon aktiv	0	0	0	1	1
nicht im Dienst	0	0	0	0	0

Arbeitnehmer					
	2008	2009	2010	2011	2012
gesamt	25	24	27	29	28
männlich	15	13	15	16	14
davon aktiv	15	13	15	15	12
nicht im Dienst	0	0	0	1	2
weiblich	10	11	12	13	14
davon aktiv	10	11	12	13	14
nicht im Dienst	0	0	0	0	0

*Es handelt sich jeweils um Kopfzahlen, Stand: 31. Dezember 2012



LANDESBERKASSE

Die Landesoberkasse (LOK) ist als eine von vier Landeskassen in Rheinland-Pfalz für den Vollzug des Landeshaushalts zuständig. Sie führte an den Standorten Koblenz, Neustadt und Trier im Jahr 2012 für 220 Dienststellen alle anfallenden Kassengeschäfte aus. Die erforderlichen ca. 1,038 Mio. Buchungen wurden mit zwei Kassenverfahren (OFK-Verfahren: ca. 255.000 Buchungen, HKR-Verfahren: ca. 783.000 Buchungen) in zwölf Buchhaltungen der LOK durchgeführt.

Insgesamt leistete die LOK im Haushaltsjahr 2012 innerhalb des Landeshaushalts Ausgaben in Höhe von 12,00 Mrd. € und Einnahmen von 12,63 Mrd. €. Hinzu kamen im Jahr 2012 als Sonderrechnung Ausgaben in Höhe von 1,51 Mrd. € und Einnahmen in Höhe von 1,01 Mrd. €.

Die LOK ist eingebunden in das Erhebungsverfahren der vier Finanzkassen des Landes. Mit den sonstigen Steuergläubigern wurde im Jahr 2012 wie folgt abgerechnet: Bund: 8,50 Mrd. €, Kommunen: 1,69 Mrd. €, Kirchen: 0,53 Mrd. €.

Im Jahr 2012 wurden rund 32.000 Mahnungen und Zahlungserinnerungen erstellt. Im Berichtszeitraum sind im Aufgabengebiet Vollstreckung insgesamt 19.478 neue Vollstreckungsfälle angefallen. Gleichzeitig konnten 18.809 Vollstreckungsfälle erledigt werden. Schwerpunkte der Vollstreckungsfälle sind Bußgelder aus Verkehrsordnungswidrigkeiten der Polizeipräsidien (45 %), Bußgelder nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (15 %) und Polizeikosten nebst Auslagenerstattungen (15 %). Der Rest der Vollstreckungsfälle verteilt sich auf Verwaltungsgebühren der staatlichen Behörden nach den besonderen Gebührenverzeichnissen sowie auf Zwangsgelder und Rückforderungen von BAföG-Leistungen.

Im Aufgabengebiet Zahlungsverkehr wurden bei neun verschiedenen Geldinstituten die Zahlungsvorgänge über 63 Konten abgewickelt und dabei ca. 13,9 Mio. Girodaten-

sätze per Datenfernübertragung (DFÜ) ausgeführt. Zusätzlich zur vorhandenen DFÜ-Software für die Übertragungen im EBICS-Standard an Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg wird für Einzelverfügungen das Online-Banking der Bundesbank genutzt. Die Installation einer weiteren DFÜ-Software im EBICS-Standard, die auch die spezifischen Vorgaben der Bundesbank erfüllt, soll Anfang des Jahres 2013 eingeführt werden. Das Aufgabengebiet ist auch eingebunden in die anstehende europaweite Umstellung auf die SEPA-Zahlungsverkehrsformate.

Die Produktivsetzung des neuen Kassenverfahrens EKV-RLP ist auch im Jahr 2012 aufgrund weiterer Verzögerungen bei der technischen Umsetzung der geforderten Funktionalitäten nicht erfolgt. Hierzu erfolgten aufwändige, zeitintensive und kassenübergreifende Tests.

Im Dezember 2012 konnte jedoch als wesentlicher Projektfortschritt die Teilfreigabe der sogenannten "HKR-Funktionalitäten" gegenüber dem Auftragnehmer DATAG-ROUP BGS erklärt werden. Der Beginn des Echtbetriebes ist für alle Landeskassen in 2013 geplant und wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte erfolgen.

Die Aufgaben der LOK werden mit folgendem Personal bewältigt (Stichtag: 01.01.2013):

	Standort Koblenz	Standort Trier	Standort Neustadt	LOK gesamt
LOK-Leitung				
Bedienstete	4	1	1	6
VZÄ	4,00	1,00	1,00	6,00
Bedienstete Sonderaufgaben VZÄ	0,10	0,10	0,20	0,40
Ausbildungsbezirk				
Bedienstete	7	0	0	7
VZÄ	5,57	0,00	0,00	5,57
AG Buchführung/Organisation				
Bedienstete	37	13	17	67
VZÄ	35,52	11,20	12,90	59,62
AG Zahlungsverkehr/Automation				
Bedienstete	8	3	3	14
VZÄ	7,75	2,15	2,49	12,39
AG Vollstreckung				
Bedienstete	15	0	0	15
VZÄ	13,51	0,00	0,00	13,51
Gesamt				
Bedienstete	71	17	21	109
VZÄ	66,45	14,45	16,59	97,49

VZÄ = Vollzeitäquivalent

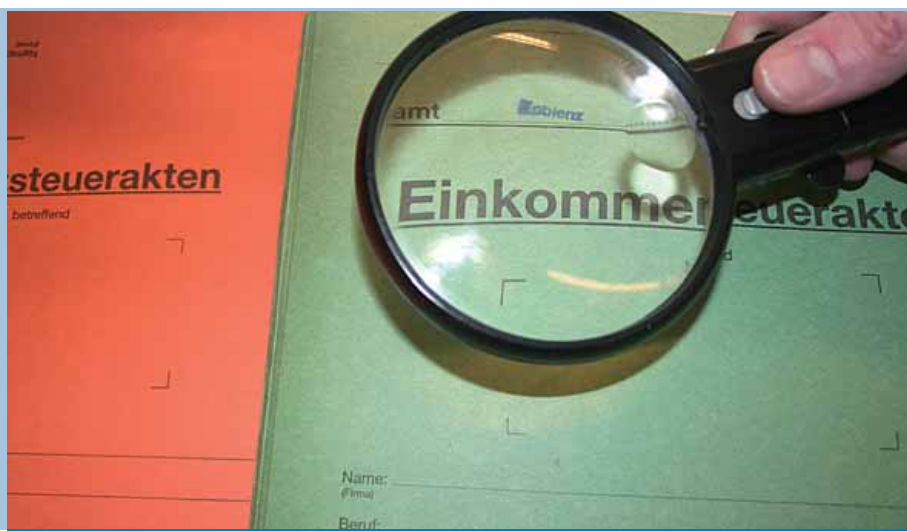
Landesoberkasse Koblenz

Steueraufkommen 2012 (in Tausend Euro)									
Finanzamt	Lohnsteuer Aufkommen	Veranl. Eink.Steuer Aufkommen	Körperschaftsteuer Aufkommen	Umsatzsteuer Aufkommen	Grunderwerbsteuer Aufkommen	Kraftfahrzeugsteuer Aufkommen	Übrige Steuern Aufkommen	Aufkommen	Anteil in % am Gesamtaufkommen
Bad Neuenahr-Ahrweiler	96.725	46.473	17.543	145.893	-	-	29.927	336.561	1,84
Altenkirchen-Hachenburg	214.299	66.681	32.252	243.349	-	-	43.795	600.376	3,28
Bad Kreuznach	172.752	62.717	23.862	199.189	-	-	29.672	488.192	2,67
Bingen-Alzey	349.903	420.944	206.447	221.597	-	-	80.890	1.279.781	7,00
Idar-Oberstein	79.601	34.081	6.595	88.700	-	27.522	10.591	247.090	1,35
Bitburg-Prüm	95.614	35.508	10.955	101.231	-	-	21.395	264.703	1,45
Daun	13.436	47.424	1	45.248	-	63.155	3.086	172.350	0,94
Frankenthal	135.425	39.160	9.173	139.121	-	-	19.834	342.713	1,87
Kaiserslautern	337.503	48.191	58.874	167.126	-	29.118	44.067	684.879	3,75
Koblenz	1.300.801	86.758	148.466	662.080	-	46.798	871.440	3.116.343	17,04
Kusel-Landstuhl	19.445	32.482	-	57.975	-	-	91.761	201.663	1,10
Landau	181.873	69.330	28.309	247.375	87.381	34.045	36.561	684.874	3,75
Mainz-Mitte	698.888	85.838	51.275	585.233	-	-	217.586	1.638.820	8,96
Ludwigshafen	930.966	34.785	72.818	-46.501	-	36.067	114.749	1.142.884	6,25
Mainz-Süd	21.316	48.827	-	74.815	-	41.072	3.336	189.366	1,04
Mayen	145.126	50.436	25.835	27.363	74.701	-	28.234	351.695	1,92
Montabaur-Diez	245.769	79.744	67.484	318.302	-	39.385	45.044	795.728	4,35
Neustadt	293.464	78.898	15.402	194.865	-	-	37.326	619.955	3,39
Neuwied	282.730	89.346	67.989	241.263	-	60.514	69.838	811.680	4,44
Pirmasens-Zweibrücken	177.667	44.567	30.430	101.424	-	19.777	30.532	404.397	2,21
St. Goarshausen-St. Goar	30.824	32.201	12	20.629	-	-	3.063	86.729	0,47
Simmern-Zell	123.552	48.301	19.221	139.671	-	-	20.282	351.027	1,92
Speyer-Germersheim	291.197	116.335	42.901	323.151	-	27.360	46.584	847.528	4,63
Trier	322.286	115.117	66.280	962.029	39.538	-	42.900	1.548.150	8,47
Bernkastel-Wittlich	172.399	68.677	26.163	143.639	-	-	29.190	440.068	2,41
Worms-Kirchheimbolanden	229.971	46.973	30.308	144.308	104.263	32.336	50.617	638.776	3,49
Gesamtaufkommen	6.963.532	1.929.794	1.058.595	5.549.075	305.883	457.149	2.022.300	18.286.328	100,00
Summe LOK	14.194					296	335.947	350.437	
OFD	6.977.726	1.929.794	1.058.595	5.549.075	305.883	457.445	2.358.247	18.636.765	
Steueranteile Zerlegung	1.763.258	2.828	-13.131				205.186	1.958.141	
OFD zzgl. Zerlegung	8.740.984	1.932.622	1.045.464	5.549.075	305.883	457.445	205.186	20.594.906	

rotmarkierte Zahlen = höchstes Steueraufkommen

blaumarkierte Zahlen = niedrigstes Steueraufkommen

- = keine Erhebung



INNENREVISION

Die Innenrevision ist als Stabsstelle direkt dem Oberfinanzpräsidenten unterstellt. Sie setzt sich weiterhin zusammen aus einer Mitarbeiterin, acht Prüfern und einem Stabsstellenleiter.

In 2012 wurden die bereits 2011 begonnenen Geschäftsprüfungen der Vollstreckungsstellen mit der Prüfung eines vierten Finanzamtes zum Abschluss gebracht. Neben den Prüfungsberichten für die einzelnen Finanzämter ist erstmals auch ein zusätzlicher Bericht erstellt worden, der die Ergebnisse der vier Einzelprüfungen zusammenfasst und miteinander vergleicht. Hierdurch konnten die Erkenntnisse zu Fehler Schwerpunkten auch den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden, bei denen selbst keine entsprechende Prüfung stattgefunden hat.

Im Laufe des Jahres 2012 erfolgten weitere Geschäftsprüfungen der Betriebsprüfungsstellen in bisher drei Finanzämtern. Auch hier soll nach Abschluss der örtlichen Erhebungen bei einem vierten Finanzamt ein vergleichender Bericht erstellt werden.

Im materiell-rechtlichen Bereich wurde die Fachgruppe beim landesweiten Aufriff der Pflichtveranlagungsfälle aufgrund nicht abgerufener elektronischer Lohndaten unterstützt. Zu Beginn des Jahres sind den Finanzämtern Listen mit Nachprüfungsfällen zur Verfügung gestellt worden, die zuvor von der Stabsstelle Innenrevision erstellt wurden. Mit der Auswertung der Ergebnisdaten der Finanzämter konnte gegen Ende des Jahres begonnen werden. Der Ergebnisbericht wird Anfang 2013 fertig gestellt sein.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt 2012 war die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des beim Finanzamt Bad Kreuznach zurzeit pilotierten Scanner-Verfahrens (Steuerliche Belegung - SteuBel). Die Ergebnisse dienen u. a. als Entscheidungsgrundlage im Hinblick auf die Frage, ob eine landesweite Ausdehnung des Verfahrens erfolgen soll. Ende 2012 wurde zudem mit einer Prozessanalyse des Veranlagungsbereichs begonnen. Weiterhin erfolgten Erhebungen zu den Ergebnissen aus der landesweiten Auswertung der Rentenbezugsmitteilungen in bereits veranlagten Fällen, insbesondere im Hinblick auf die Qualität der Daten hinsichtlich des Fallaufgriffs. Hier konnten wichtige Erkenntnisse für künftige Nachprüfungsaktionen gewonnen werden.

Schließlich wurden drei Sonderprüfungen wegen des Verdachts der unerlaubten Hilfe in Steuersachen bzw. der Nichtbearbeitung von Vorgängen sowie eine landesweite Prüfung im Hinblick auf unerlaubte Datenabrufe durch Bedienstete durchgeführt.



Geschäftsstelle

Mit dem 01.01.2012 hat erstmals in der OFD eine Geschäftsstelle ihre Arbeit aufgenommen.

Ziel der Geschäftsstelle ist es, Dienstleistungen für die Mitarbeiter an zentraler Stelle zu bündeln und damit kurze Verwaltungswege zu schaffen.

Der Aufgabenbereich der neuen Geschäftsstelle erstreckt sich auf die Bereiche der Personal- und Hausverwaltung einschließlich der Vordruck- und Materialverwaltung sowie der Registratur O und P.

31 Mitarbeiter kümmern sich um die Bedürfnisse der Bediensteten der Besitz- und Verkehrssteuerabteilung mit ihren Stabsstellen, der ZDFin und der LOK an den Standorten Koblenz, Neustadt und Trier.

Dabei gilt es vor allem Anträge der über 520 Bediensteten kompetent und zeitnah zu bearbeiten. Im Erstjahr 2012 waren u.a. 69 Teilzeiten, 22 Beurlaubungen und Elternzeiten, 142 Sonderurlaube, sowie 66 Nebentätigkeiten zu bewilligen. Da im Kontext des Projekts audit berufundfamilie besondere Arbeitsformen ermöglicht werden, konnten im gleichen Zeitraum außerdem 46 Telearbeitsplätze genehmigt und eingerichtet und in 99 Fällen eine Boot-CD zur „Arbeit von zu Hause“ ausgegeben werden.

Die Planung des Personaleinsatzes und die Mitwirkung bei Beurteilungs- und Beförderungsverfahren sind zudem ständige Aufgaben der Personaler in der Geschäftsstelle.

Zudem obliegt der Geschäftsstelle die Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM). In diesem Zusammenhang wurden in 2012 etwa 80 Gespräche mit Kollegen geführt, in denen u.a. auch eine gemeinsame Strategie zur Überwindung der Arbeits- bzw. Dienstunfähigkeit erörtert wurde. In der Folge kam es zur Vereinbarung und Durchführung von 27 Arbeitsversuchen.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit der Geschäftsstelle bildeten im abgelaufenen Jahr die Umsetzung der Dienstvereinbarung zur Regelung der Arbeitszeit, der Änderung der

Jubiläumszuwendungsverordnung sowie der Neuregelung des Anspruchs auf altersunabhängigen Erholungsurlaub einschließlich der elektronischen Erfassung im Zeiterfassungsprogramm „Novatime“.

Besonderen Herausforderungen müssen sich die Mitarbeiter der Hausverwaltung stellen, denn es gilt einen Gebäudekomplex, bestehend aus zwei Hochhäusern mit Tiefgaragen und einem Rechenzentrum mit sensiblen Serverräumen, betriebsbereit zu halten.

Zurzeit läuft das Projekt zur „Sanierung der Sanitärräume und Schaffung von Teeküchen“. Die Maßnahme umfasst die Sanitäreanlagen im Hochhaus der OFD sowie in der ZDFin und soll bis Ende Januar 2016 abgeschlossen werden.

Schließlich gilt es, die Mitarbeiter des Hauses über Veränderungen auf dem Laufenden zu halten. Seit Mitte des Jahres informiert die Geschäftsstelle die Bediensteten des Hauses deshalb monatlich mittels „Telegramm“ über personelle und organisatorische Veränderungen. Zudem verfügt die Steuerabteilung nun über einen visuellen Geschäftsverteilungsplan (GV-Plan), in dem die Mitarbeiter der einzelnen Abteilungen mit Foto abgebildet sind. Der visuelle GV-Plan dient insbesondere den neu zur OFD versetzten Kollegen als Orientierungshilfe.



Auszug aus dem visuellen GV-Plan.



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT/ VERANSTALTUNGSBÜRO

Das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der OFD ist zuständig für die Pressearbeit der Abteilungen der OFD, Besitz- und Verkehrsteuer, Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle sowie Abteilung Bundesbau und koordiniert die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Finanzämter. Dem Referat zugeordnet ist seit dem 1. Oktober 2012 auch das Veranstaltungsbüro, das im Wesentlichen für die Organisation der Fortbildungen der Abteilung Besitz- und Verkehrssteuern sowie die Organisation von Vorsteherdienstbesprechungen, Vorsteher- und Geschäftsstellenleitertagungen sowie Amtswechsel zuständig ist.

Presse- und Medienarbeit

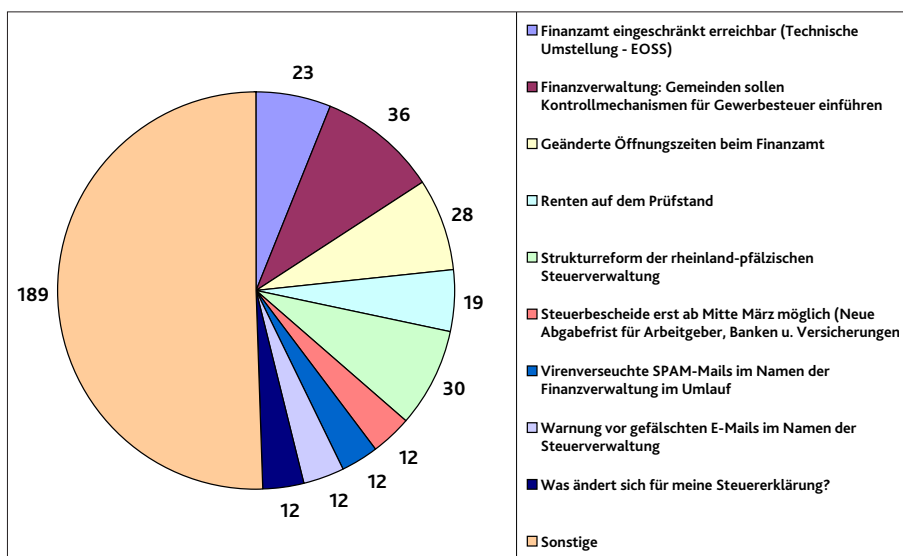
Presseresonanz: Aufgrund der eigenen Pressemeldungen und Muster-Pressemeldungen für die Finanzämter, der Beantwortung zahlreicher Presseanfragen und Interviews, konnten 625 (Vorjahr 476) Veröffentlichungen in überregionalen aber auch regionalen Print-Medien im Jahr 2012 verzeichnet werden. Hinzu kommen Interviews und Beiträge in Hörfunk und Fernsehen.

Die mit der Pressearbeit erzielte landesweite Medienresonanz konnte somit im Vergleich zum Vorjahr um über 30 % gesteigert werden. Dabei ergab die Presseresonanzanalyse der Printmedien, dass 42,7 % der Veröffentlichungen eine positive, 48 % eine nachrichtlich wertneutrale Darstellung der Finanzverwaltung bewirkten und lediglich 9,3 % der Beiträge ein eher negatives Bild der Finanzverwaltung bewirken können. Dies ist jedoch stark themenabhängig. Insbesondere die Berichterstattung über fehlende Kontrollmechanismen bei der Gewerbesteuer, Besteuerung der Renten waren solche Themen.

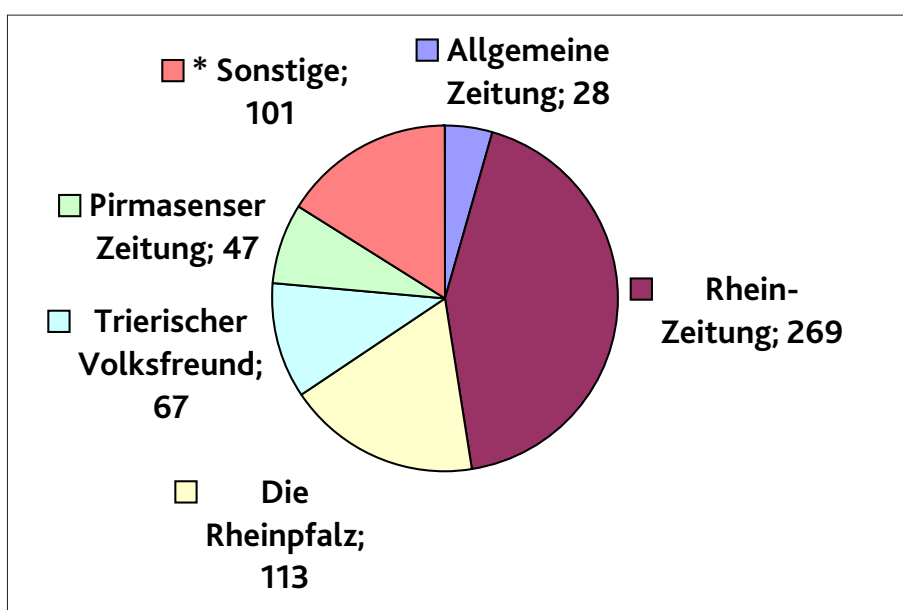
Neue Medien: Der Grund für den deutlichen Anstieg wird auch in der verstärkten Präsenz der durch die Oberfinanzdirektion veröffentlichten Beiträge auch in den sogenannten „Web 2.0“-Medien (hier insbesondere Twitter, Facebook) gesehen, der deutlich zur besseren Auffindbarkeit von Themen der Finanzämter/OFD über Suchmaschinen geführt hat. Die Pressestelle veröffentlicht seit September 2010 auch über den Kurznachrichtendienst „Twitter“ unter „rlpFinanzNews“ aktuelle Pressemeldungen und Veranstaltungstipps und wird hier von über 300 Fachzeitschriften, Steuerberatern und Journalisten regelmäßig verfolgt. Darüber hinaus wird mit einer eigenen Facebookseite unter dem Titel „Ausbildung und Studium @Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz“ gezielt versucht, potenzielle Nachwuchskräfte über das Thema „Ausbildung und Studium“ zu informieren.



Meist veröffentlichte Themen



Pressemeldungen und Presseberichte



* Sonstige sind vor allem Presseagenturen wie dpa/dapd, Amts- und Wochenblätter, aber auch überregionale Zeitungen wie „Die Welt“, „Capital“ und „Der Spiegel“.



Öffentlichkeitsarbeit

Imagepflege durch die Aktion „Schule und Steuern“

Die Aktion „Schule und Steuern“, die durch die Pressestelle begleitet und von allen Finanzämtern aktiv unterstützt wird, konnte im Jahr 2012 über 1.500 Schüler im Land erreichen. Mit Hilfe des Unterrichtskonzepts wird das Verständnis für Steuern und die Arbeit der Finanzämter nachhaltig verbessert, da ein positives Bild der Steuerverwaltung vermittelt wird.

Unterstützung erhält die Aktion auch vom Bildungsministerium, das die Aktion und das Konzept auf dem Bildungsserver darstellt und gezielte Informationen an Fachlehrer vermittelt.

Broschüren, Flyer und Plakate

Die Pressestelle erstellt Druckerzeugnisse sowohl für die interne als auch externe Öffentlichkeit. Im internen Bereich werden insbesondere Themen aus dem Bereich „audit berufundfamilie“ sowie dem Gesundheitsmanagement“, aber auch die quartalsweise erscheinende Mitarbeiterzeitung, „OFD Nachrichten“ und der Jahresbericht erstellt und gestaltet. Mit Wirkung nach außen werden vor allem Flyer und Plakate zur Nachwuchswerbung sowie Steuertipps für die Service-Center der Finanzämter entworfen.

Im Herbst wurde ein Fotoshooting mit eigenen Anwärtern durchgeführt, mit dem Ziel der Gestaltung neuer Werbeproschüren und Messedisplays für die Nachwuchsgewinnung. Mit der Veröffentlichung wird im Laufe des Jahres 2013 gerechnet.

Veranstaltungsbüro

Das neu geschaffene Veranstaltungsbüro übernimmt im Wesentlichen die operativen Aufgaben des bisherigen Fortbildungsreferates.

Neben dem organisatorischen Geschäft gehört auch die Anwendungsbetreuung IPEMA®-Learning Solution sowie die Umsatzsteuerbefreiung und die Überwachung des Fortbildungsbudgets zum Aufgabenbereich des Veranstaltungsbüros.

Fortbildung in Zahlen

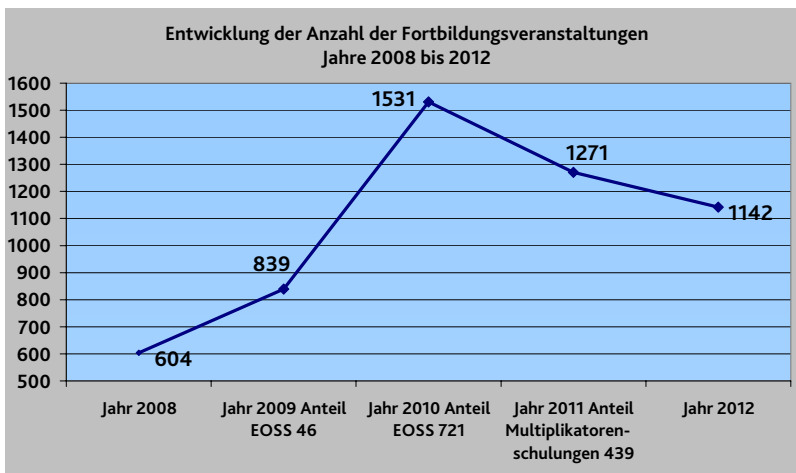
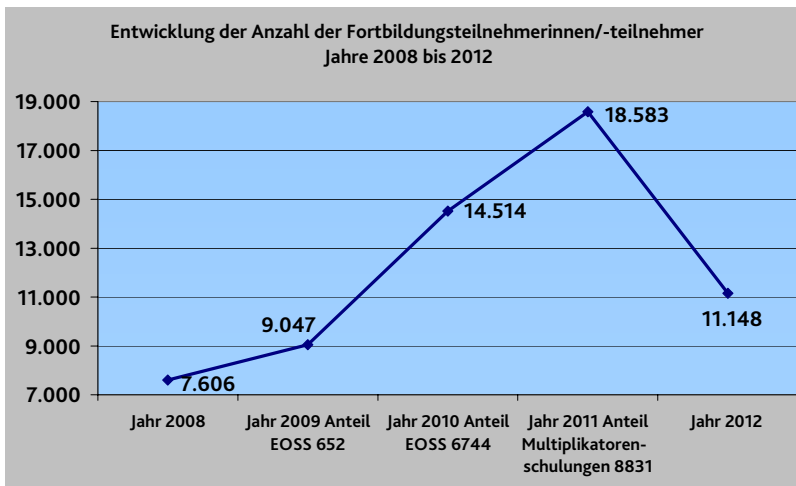
Im Jahr 2012 wurden von den verschiedenen Referaten der Besitz- und Verkehrssteuerabteilung sowie der ZDFin insgesamt 893 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt.

Zusätzlich nahmen 473 Kollegen der Steuerverwaltung an 249 externen Fortbildungsveranstaltungen teil. Externe Anbieter sind im Wesentlichen die Bundesfinanzakademie in Brühl, das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur sowie die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen.

2012 insgesamt:

- 1.142 Fortbildungsveranstaltungen (893 intern und 249 extern)
- 11.148 Fortbildungsteilnehmer
- 18.491 Fortbildungstage

Die Entwicklungen im Bereich Fortbildung (Veranstaltungen und Teilnehmer) seit dem Jahr 2008 ergeben sich aus den nachfolgenden Diagrammen.



Monatsübersichten

Auf Wunsch der Fortbildungsleiter der Finanzämter wurden Monatsübersichten für die internen Trainings eingeführt. Diese werden immer drei Monate im Voraus im Intranet veröffentlicht und enthalten alle wichtigen Informationen. Änderungen werden nachgepflegt und sind farblich markiert. Damit dienen sie dem schnellen, kompakten und stets aktuellen Überblick und sind eine gute Ergänzung zu dem nur einmal jährlich veröffentlichten Fortbildungsplan.

**Monatsübersicht
Fortbildungen im Januar 2013**

Interne steuerrechtliche Veranstaltungen

16b_IN_Betriebsprüfung

IPEMA-ID Thema	Termin	Ort	Zielgruppe	Buchungsart IPEMA	Buchungsschluss
I16b_42006					
PC-Nutzung in der BP/ PC I	21.01.2013 - 23.01.2013	FA Mainz-Süd	Betriebsprüfer, die sich in der Einweisungszeit befinden	Teilnehmer stehen fest	-
I16b_41010					
Erfahrungsaustausch der Fachprüfer für Kreditinstitute	24.01.2013	FA Mainz-Süd	SGL und Fachprüfer Kreditinstitute	Teilnehmer stehen fest	-
I16b_42017					
Aktuelle Fragen des Unternehmenssteuerrecht	29.01.2013 - 31.01.2013	FHFin Edenkoben	Groß- und Konzernbetriebsprüfer/-innen und Bp-SGL	Teilnehmer stehen fest	-



Personalangelegenheiten

Neben den Finanz- und Steueranwärtinnen (siehe nachfolgende Tabelle: Einstellungen von Nachwuchskräften) wurden sieben Beamte des 4. Einstiegsamtes, zwei Beamte des 3. Einstiegsamtes, drei Beamte des 2. Einstiegsamtes und drei Arbeitnehmer neu eingestellt.

Von der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung in andere Verwaltungen versetzt wurden 24 Beamte und zwar 14 Beamte des 3. Einstiegsamtes und zehn Beamte des 2. Einstiegsamtes.

EINSTELLUNGEN VON NACHWUCHSKRÄFTEN

Einstellungen			nachrichtlich: Bewerbungen		
insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich
3. Einstiegsamt zum 01.07.2012					
146	86	60	1.732	926	806
2. Einstiegsamt zum 01.10.2012					
107	65	42	1.804	1.073	731

ZULASSUNGEN ZUR EINFÜHRUNG IN DIE AUFGABEN DER NÄCHSTHÖHEREN LAUFBAHN GEMÄSS §§ 22, 27 UND 34 LBVO

für das 2. Einstiegsamt	6
für das 3. Einstiegsamt	1 Beamtin und 5 Beamte des 2. Einstiegsamtes

IN 2012 BEFANDEN SICH INSGESAMT IN AUSBILDUNG ODER EINFÜHRUNG:

(Diese Zahlen beinhalten **alle** bei den Finanzämtern ausgebildeten/eingewiesenen Nachwuchskräfte einschließlich Abteilung Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle -ZBV- und Bundeszentralamt für Steuern -BZSt-) In Klammern [] Werte des Vorjahres.

- 5 Nachwuchskräfte für das 4. Einstiegsamt [7]; davon
5 Regierungsräte [7] und 0 Arbeitnehmer [0]
- 0 Aufstiegsbeamte für das 4. Einstiegsamt [2]
- 511 Finanzanwärter [518]
- 37 Aufstiegsbeamte für das 3. Einstiegsamt [26]
- 306 Steueranwärter [307]
- 3 Arbeitnehmer im Rahmen der Probezeit [17]
- 10 Rechtsreferendare in der Wahlstage [4]
- 12 Rechtsreferendare in der Verwaltungspflichtstation [9] sowie
5 Rechtsstudenten [7].
- 387 Schülerpraktika wurden durchgeführt [380].

PRÜFUNGEN

(Diese Zahlen beinhalten **alle** bei den Finanzämtern ausgebildeten/eingewiesenen Nachwuchskräfte einschließlich Abteilung ZBV und BZSt)

Von den bei den Finanzämtern und den Bildungseinrichtungen in Edenkoben ausgebildeten Beamten haben im Jahr 2012

- 116 Prüflinge des 3. Einstiegsamtes - Studiengang 01.07.2009 - sowie
- 84 Prüflinge des 2. Einstiegsamtes - Ausbildungsgang 01.10.2010 - die Laufbahnprüfung erfolgreich abgelegt.

Die Prüfungsgesamtnote "sehr gut" wurde bei den Laufbahnprüfungen des Jahres 2012 beim 3. Einstiegsamt einmal und beim 2. Einstiegsamt viermal erzielt.

Die **Absolventen des Studienganges 01.07.2009** erzielten im Durchschnitt eine Endpunktzahl i.S.d. § 6 Abs. 4 StBAPO von 376,89 Punkten [vergleichbar = „9,42“]; mit diesem Ergebnis wird das Vorjahresergebnis (= 402,18 [= 10,46] Punkte) um 25,39 Punkte [= 1,07] unterboten.

Lehrgangsbeste beim Studiengang 01.07.2009 ist Nina Maria Mostberger. Sie hat ihre berufspraktischen Studienzeiten beim Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken absolviert und erzielte die Endpunktzahl '563,97' [= 14,10].

Die **Absolventen des Ausbildungsganges 01.10.2010** erzielten in der Laufbahnprüfung ein Durchschnittsergebnis von 415,16 Punkten [vergleichbar = „10,38“].

Dieser Wert liegt damit über dem Ergebnis beim vorhergehenden Ausbildungsgang (= 374,28 [= 9,36] Punkte) +40,88 Punkte [= 1,02].

Zu den 87 Prüfungsabsolventen zählen null Beamte, die für das Bundeszentralamt für Finanzen in Bonn ausgebildet wurden sowie zwei Beamte aus der Abteilung „Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle“ (ZBV).

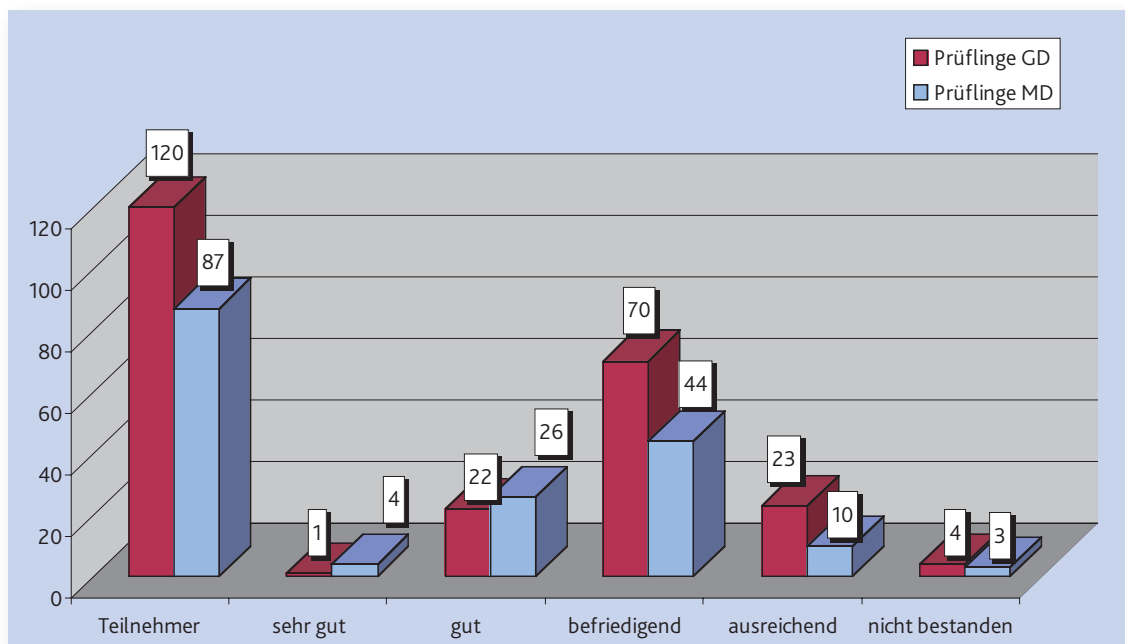
Im Vergleich mit dem Vorjahresergebnis hat sich der Anteil bei der Prüfungsgesamtnote „sehr gut“ und „gut“ mehr als verdoppelt.

Punktesystem lt. StBAPO:

0-600 Punkte entspricht
0-15 nach dem Punktesystem
der gymnasialen Oberstufe

Beste rheinland-pfälzische Absolventin beim Ausbildungsgang 01.10.2010 ist Julia Weimann. Die Beamtin war für ihre berufspraktische Ausbildung dem Finanzamt Neuwied zugewiesen. Sie erzielte eine Endpunktzahl von '553,98' [= 13,95]. Drei weitere Prüfungsabsolventen haben die Prüfung mit der Note „sehr gut“ bestanden. Die weiteren Prüfungsergebnisse ergeben sich aus der nachfolgenden Grafik.

SCHAUBILD: ERGEBNISSE DER LAUFBAHNPRÜFUNGEN 2012



FORTBILDUNG IM AUSSERSTEUERLICHEN BEREICH

Unsere Arbeitswelt wird durch einen ständigen Wandel bestimmt, der eine fortwährende Anpassung aller fordert um beruflich handlungsfähig zu bleiben. Der Schlüssel, der es ermöglicht, berufliche Handlungsfähigkeit zu erhalten, zu aktualisieren, zu vertiefen und zu erweitern heißt Fortbildung im fachlichen aber auch im überfachlichen Bereich. Im Folgenden werden ausgewählte Aspekte der überfachlichen Fortbildung beschrieben.

SGL – Reihe

Im Rahmen eines internen Arbeitskreises wurde die sog. SGL-Reihe (Sachgebietsleiter) einer näheren Prüfung unterzogen. Folgende Maßnahmen wurden bislang aus den Ergebnissen des Arbeitskreises umgesetzt:

1. Modularer Aufbau

Die bisher in fünf einwöchigen Blöcken stattfindende Qualifizierung wurde in eine neue Form gebracht. Ab der 23. Reihe verteilen sich die Qualifizierungsinhalte auf zehn Module mit einer Moduldauer von je zwei bis drei Tagen. Hiermit wurden gleichermaßen den Bedürfnissen und Anforderungen von Familie und Beruf Rechnung getragen.

2. Reduktion von Dopplungen für SGLs der IV. Einstiegsebene

Auf Grund hoher inhaltlicher Übereinstimmung zwischen Bestandteilen der SGL-Reihe und den verpflichtenden Seminaren der A - D Module bei der Bundesfinanzakademie

demie, wird die Teilnahme von Führungskräften der IV. Einstiegsebene an folgenden Themen als entbehrlich erachtet: Management von Veränderungsprozessen sowie Zeit- und Selbstmanagement.

Das Seminar Zeit- und Selbstmanagement wird nicht mehr als verpflichtender Teil der SGL-Reihe angeboten. Bei angezeigtem Bedarf wird das Seminar - speziell für Führungskräfte - einem homogenen Teilnehmerkreis angeboten.

3. Reduktion von Dopplungen zu internen Seminaren

Bedingt durch eine hohe inhaltliche Übereinstimmung wird das bisherige, extern vergebene Seminar „Besprechungen ergebnis- und teilnehmerorientiert leiten“ durch das interne Seminar „Moderation für Führungskräfte“ ersetzt.

4. Weitere Besonderheiten zum Teilnehmerkreis

Das Seminar Kollegiale Beratung wird zukünftig regional angeboten werden. Mit diesem Angebot soll die oftmals bemängelte Hürde „Distanz“ gemildert und eine höhere Frequenz der Treffen gefördert werden.

5. Fortbildung für interne Dozenten der SGL-Reihe

Für interne Dozenten der SGL-Reihe wurde in 2012 ein eintägiger Workshop mit Anregungen, Tricks & Tipps für eine an den Grundsätzen unseres Selbstverständnisses orientierte Gestaltung interner Seminare angeboten.

Weitere Maßnahmen werden geprüft.

Schatztruhe

Auch in 2012 wurden die Aktivitäten der Schatztruhe (Gewinnung und Ausbildung von Dozenten aus eigenen Reihen) weiter vorangetrieben. Dank des hohen Engagements unserer internen Dozenten konnte das Seminar „Der leichtere Einstieg als Sachbearbeiter“ siebenmal, das Seminar „Zeit- und Selbstmanagement“ achtmal und das Seminar „Projektmanagement“ einmal durchgeführt werden.

Damit wurde im Jahr 2012 allen Interessenten eine Teilnahme ermöglicht. Darüber hinaus fand in 2012 erstmals an zwei Standorten das Seminar Motivation, Ziele, Wege statt, welches im Rahmen seiner Pilotierung auf positive Resonanz stieß.

Die inhaltliche Betreuung und Koordination von Seminaren mit mehreren Dozenten im Rahmen der Schatztruhe erfolgt über sog. Seminarpaten. Dank des Einsatzes dieser Seminarpaten konnte in 2012 zu den Seminaren „Der leichtere Einstieg“ und „Zeit- und Selbstmanagement“ für alle internen Dozenten je ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch, der der inhaltlichen und qualitativen Weiterentwicklung der Seminare diente, durchgeführt werden.

Weitere Seminare von Mitgliedern der Schatztruhe sind in der Konzeption befindlich und werden ab 2013/2014 erstmals angeboten werden können.

Projekt Wissenstransfer – Erstellung von Wissensdokumentationen

Wenn Mitarbeiter ihre Stelle verlassen, sei es altersbedingt, aus Mobilitätsgründen oder sonstigen Anlässen, geht mit ihnen häufig auch ihr Wissen und ihre langjährige Erfahrung verloren. Der Idealfall, wonach Vorgänger und Nachfolger eine Zeit lang gemeinsam auf einer Stelle arbeiten und voneinander lernen, ist in der Praxis kaum realisierbar.

Um diesem Verlust vorzubeugen entstand im Jahr 2011 die Idee, Wissenstransfers in Form von Wissensdokumentationen bei Personalwechseln einzuführen und als festen



Bestandteil der Personalentwicklung zu verankern. Diese Wissensdokumentationen halten das Erfahrungswissen des ausscheidenden Kollegen fest und erleichtern dem Nachfolger die Einarbeitung indem sie einen schnellen Überblick über vorhandenes Wissen und Arbeitsabläufe sowie die Zuständigkeiten des neuen Verantwortungsbereichs bieten. Im Jahr 2012 wurde dieses Projekt eigenständig durch die ausgebildeten internen Prozessbegleiter fortgeführt. Diese haben einerseits das Konzept des Wissenstransfers in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung weiter fortgeschrieben und andererseits im Rahmen ihrer Tätigkeit insgesamt drei abgekürzte Wissensdokumentationen und acht Langdokumentationen - hauptsächlich auf Ebene von Vorstehern und Sachgebietsleitern bzw. Referenten - durchgeführt.

Das Instrument der Wissensdokumentation wurde im Rahmen eines Workshops evaluiert und erhielt zusammenfassend ein positives Fazit.



Wissenstransfer im Rahmen des Selbstverständnisses

Der Wissenstransfer mittels Wissensdokumentation stellt nur ein Instrument dar, welches bei Stellenwechseln eingesetzt wird. Da die Notwendigkeit von Unterstützungsmaßnahmen bei Stellenwechseln auch ein Thema ist, dem sich einige Finanzämter im Rahmen der Aktivitäten zur Umsetzung unseres Selbstverständnisses gewidmet haben, fand Ende 2012 ein Erfahrungsaustausch dieser Ämter mit den Prozessbegleitern der OFD statt. Nach Vorstellung der unterschiedlichen Ansätze wurde beschlossen, die einzelnen Maßnahmen zum Wissenstransfer bei Stellenwechseln in einem gemeinsamen landesweiten Projekt zu bündeln und voran zu treiben.



AUDIT BERUFUNDFAMILIE

AUDIT BERUFUNDFAMILIE

Die familienbewusste Personalpolitik ist durch die intensive Arbeit im Rahmen des audit berufundfamilie ein fester Bestandteil in der Finanzverwaltung geworden. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung ist für eine zukunftsfähige Personalentwicklung zwingend notwendig. Das audit berufundfamilie trägt dem gesellschaftlichen Wertewandel Rechnung. Danach wollen immer mehr Frauen und Männer in einer gleichberechtigten Partnerschaft leben, in der beide gleichberechtigt arbeiten. Gleichzeitig steigt die Anzahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen. Damit steigt zugleich die Anzahl der Menschen, die Pflegeaufgaben wahrzunehmen haben. Auch auf das Arbeitspotential dieser Personen kann die Steuerverwaltung nicht oder nur teilweise verzichten, da sie aufgrund des demografisch bedingten Abgangs von Beschäftigten bereits in den nächsten Jahren ohnehin einen hohen Wissensverlust kompensieren muss.

Mit dem Durchlaufen der Zertifizierungen im Rahmen des Projekts audit berufundfamilie wird der Prozess der familienbewussten Personalpolitik nachhaltig weitergeführt.

Seit 2006 wurden zunächst die Oberfinanzdirektion Koblenz mit den beiden Abteilungen St und ZBV sowie anschließend in mehreren Wellen alle 26 Finanzämter auditiert bzw. zwischenzeitlich teilweise bereits reauditert.

Im Frühjahr 2012 wurde in Form des Konsolidierungsverfahrens die anstehenden Re-Auditierungen für die OFD, aller 26 Finanzämter und auch erstmals für die FHFIn/LFS gemeinsam durchgeführt.

Trotz der unterschiedlichen Startzeitpunkte erlaubten die Struktur und der erreichte Umsetzungsstand eine gemeinsame Verfahrensweise.

Bei der weiteren Optimierung der familienbewussten Ausrichtung geht es nicht mehr um grundsätzliche Fragen und Aufgabenstellungen im Vereinbarkeitskontext, sondern im Vordergrund steht die **nachhaltige und flächendeckende Implementierung**.



Stand: Zertifizierung bis
24. Mai 2015
Auditierungsnummer
73-20120524-8061

Zertifikat 2012

Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz

Oberfinanzdirektion Koblenz (Besitz- und Verkehrssteuerabteilung, Zentrale Beschäftigungs- und Versorgungsstelle), Finanzämter und Fachhochschule für Finanzen / Landesfinanzschule
Ferdinand-Saarenbruch-Str. 17, 56073 Koblenz

Die berufundfamilie gemeinnützige GmbH bescheinigt hiermit die erneute erfolgreiche Durchführung des audit berufundfamilie.

Im Rahmen der Re-Auditierung wurden der Bestand der Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie begutachtet und weiterführende Ziele einer familienbewussten Personalpolitik definiert. Die daraus resultierenden Maßnahmen werden innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt.

24. Mai 2012
Frankfurt am Main

H. J. Becker
Vorstandsvorsitzende
berufundfamilie

berufundfamilie
gemeinnützige GmbH
Postfach 10
60528 Frankfurt am Main

18. März 2012 09:00
18. März 2012 09:00
18. März 2012 09:00
18. März 2012 09:00

berufundfamilie

Herzie-Stiftung

www.berufundfamilie.de

Die weitere Verankerung einer familienbewussten Personalarbeit ist zwar im Wesentlichen nur vor Ort zu leisten, aber es können auch wirksame Mechanismen einer zentralen Steuerung genutzt werden.

Von den familienbewussten Angeboten profitieren bei der Finanzverwaltung rund 7.000 Bedienstete. Auch in Zukunft wird sie an dem Ausbau des Angebots zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie arbeiten. Wesentliche Ziele dabei sind es, durch eine lebensphasenorientierte Personalentwicklung, durch die Verbesserung der Zufriedenheit der Beschäftigten und durch die Steigerung ihrer Identifikation mit der Finanzverwaltung als Arbeitgeber einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Organisation zu leisten.

Informationen zur Altersvorsorge

Für viele Frauen ist die Möglichkeit der Teilzeitarbeit ein zentrales Instrument zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hierbei rückt oft das jetzt und hier in den Vordergrund der Betrachtung. Das Thema „Altersvorsorge“ wird lediglich als Zukunftsthema wahrgenommen.

Informationsveranstaltungen über die besoldungsrechtlichen und versorgungs- sowie rentenrechtlichen Auswirkungen von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung wurden daher in 2012 konzipiert und im Rahmen von Pilotveranstaltungen durchgeführt. Flächendeckend werden die Vorträge im 1. Halbjahr 2013 angeboten.

Ziel ist es, dass sich Beurlaubte und Teilzeitkräfte **frühzeitig** mit der zu erwartende Altersvorsorge auseinandersetzen, um so dem Phänomen „Altersarmut ist weiblich“ durch frühzeitige Rückkehr oder Aufstockung der Teilzeitquote entgegen wirken zu können.



Merkblatt „Flexibilitätsoptionen von Arbeitszeit und Arbeitsort“

Die im Merkblatt zusammengestellten Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Telearbeit, Heimarbeit und Nutzung der BootCD sowie der Flexibilität hinsichtlich der Verteilung der Arbeitszeit sollen zur Aufnahme weitergehender Beschäftigungszeiten (z.B. Erhöhung des Teilzeitumfangs; Möglichkeit der Beschäftigung in Vollzeit statt in Teilzeit; Verkürzung der Elternzeit) anregen.

Workshop „Flexibilität beanspruchen und bieten. Wie kann ein Interessensausgleich gelingen?“

Nach dem in der Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz geltenden Arbeitszeitmodell ist ein sehr hohes Maß an Flexibilität für alle Beschäftigten möglich.

Den dienstlichen Belangen ist hierbei jedoch Rechnung zu tragen.

Dies führt häufig zu Konflikten im Interessensausgleich zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Auch deshalb, weil nicht allen Teilzeitkräften immer bewusst ist, dass die mangelnde Flexibilität des Einzelnen den Handlungsspielraum der Anderen immer stark begrenzt.

Mit Hilfe eines Workshops sollen Teilzeitkräfte für die entsprechende Problematik sensibilisiert und angeregt werden, über eigene Möglichkeiten, flexibler Arbeitszeiten zugunsten der dienstlichen Anforderungen nachzudenken und diese anschließend auch offenzulegen.

Der Workshop wurde in 2012 konzipiert und bekanntgegeben. Im Frühjahr 2013 werden die ersten Workshops auf der Finanzamtsebene durchgeführt.

Einstiegsunterstützung für Führungskräfte des 4. Einstiegsamtes nach der Familienphase

Für Führungskräfte des 4. Einstiegsamtes wird - bei Bedarf - ein individuelles Einarbeitungskonzept erstellt, das auf die Bedürfnisse des Rückkehrers abgestimmt ist. So kann z. B. im Rahmen einer Hospitation die spezifische Einarbeitung in einem anderen Finanzamt erfolgen oder es wird z.B. bei den Lehrenden oder Dozenten eine Einarbeitungszeit zur Vertiefung des zu vermittelnden Stoffes gewährt.

Allen Rückkehrern wird zudem das Informationsblatt „Wissenswertes für Führungskräfte, die nach der Familienphase in den Beruf zurückkehren“ zur Verfügung gestellt.

Handlungsempfehlungen für Führungskräfte

Damit ein familienbewusstes Führungsverhalten zur Grundlage des täglichen Führungsverhaltens werden kann, wurden Handlungsempfehlungen für Führungskräfte formuliert und allen Führungskräften bekanntgegeben.

Veranstaltungen 2012

Insgesamt wurden im Jahr 2012 in den Finanzämtern und der OFD Koblenz Besitz- und Verkehrssteuerabteilung fünf Kulturprüfungen, sechs Seminare, ein Vertiefungsmodul zum Konsolidierungsverfahren, ein Erfahrungsaustausch, ein Workshop „Führungskräfte als Gestalter und Nutzer einer familienbewussten Personalpolitik“ und diverse Informationsveranstaltungen und Fachvorträge angeboten, welche regen Zuspruch fanden. Dabei wurden Themen wie z.B. „Pflegebedürftigkeit“, „Rückkehr in den Beruf“, „Umgang und Kommunikation mit Demenzkranken“, „Erste Hilfe für Betreuer der Ferienbetreuungen“, „Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung“ oder „Kann man Demenz vermeiden?“ angesprochen.



Organisationsangelegenheiten

FINANZKASSE: KOMMUNIKATIONS-CENTER UND STEUERKONTENABFRAGE

Themen für Steuerberater und Finanzverwaltung

Um das Anrufaufkommen in den Kommunikations-Centern (KC) einerseits zu verringern und andererseits die Nutzung der ELSTER-Steuerkontoabfrage zu vergrößern, hatten Kassenreferat, ZDFin sowie Vertreter des Steuerberaterverbands Rheinland-Pfalz und der DATEV Niederlassung Koblenz zu Informationsveranstaltungen in Koblenz, Mainz, Neustadt und Trier eingeladen. Insgesamt nahmen gut 300 Vertreter der steuerberatenden Berufe an den Veranstaltungen teil.

Wurden die Kollegen in den vier KC's in 2011 täglich mit rund 1.600 Anrufen konfrontiert, waren es in 2012 bereits rund 1.700 täglich; Tendenz steigend.

Bedingt durch die Personalreduzierung wird sich die Beantwortungsquote von 65 % (2012) auf 45 % verringern. Damit einhergehend werden sich die Wartezeiten in der Schleife drastisch erhöhen.

Nicht nur aus diesem Grund besteht Einvernehmen, die Möglichkeiten der ELSTER-Steuerkontoabfrage / Steuerkonto-Online künftig verstärkt zu nutzen. Registrierungs- und Freischaltungsvorgang zu den beiden Verfahren, insbesondere die Erleichterungen für das Berufsträgerkartenverfahren, speziell für Steuerberater entwickelt, wurde den Teilnehmern erläutert.

Die umfassende Betrachtung und Darstellung der Steuerkontoabfrage aus verschiedenen Blickwinkeln wurde von allen Beteiligten sehr positiv aufgenommen.



ERHEBUNGSVERFAHREN 2012 IN DEN FINANZKASSEN

Statistik über die Anzahl personell angewiesener Buchungsanweisungen

Die nachfolgende Übersicht spiegelt die Aufgabengliederung der Personalbedarfsberechnung wider und stellt den Stand sowie die Veränderungen bei den personell angewiesenen Buchungsanweisungen in einem Zweijahresvergleich dar.

Dass die Gesamtzahl aller personell angewiesener Buchungsanweisungen in 2012 im Vergleich zum Vorjahr nur um 1 % gestiegen ist, ist im Saldo auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückzuführen:

- **Rückgang** um rund 110.000 Buchungsanweisungen - 80.000 bei der Korrektur von Istzahlungen (automatisierte Buchung der Rücklastschriften) und 30.000 bei den Einzahlungen (Rückgang bei den Scheck- und Vollziehereinzahlungen)
- **Zunahme** um rund 150.000 Buchungsanweisungen zur Abwicklung unklarer Gutschriften (Wegfall der Zahlungshinweise vor Fälligkeit bei den V-Steuern)

Statistik über die Fallzahlen personeller Eingaben in den Finanzkassen im Kj. 2012 und 2011					
Aufgabe	Daun	Idar-Oberstein	Montabaur-Diez	Pirmasens-Zweibrücken	insgesamt OFD Koblenz
Bearbeitung von Vollziehereinzahlungen					
Fallzahlen 2012	12.701	16.115	21.984	20.120	70.920
Änderungen gegenüber 2011: absolut	397	-8.794	754	-6.837	-14.480
Bearbeitung von Scheckeinzahlungen					
Fallzahlen 2012	3.069	6.730	9.986	7.723	27.508
Änderungen gegenüber 2011: absolut	-1.445	-1.806	-2.127	-2.518	-7.896
Bearbeitung von sonstigen Einzahlungen					
Fallzahlen 2012	7.934	11.024	11.438	27.752	58.148
Änderungen gegenüber 2011: absolut	-774	-3.440	-2.609	-4.938	-11.761
Personelle Erstattungen					
Fallzahlen 2012	2.452	1.280	2.388	2.156	8.276
Änderungen gegenüber 2011: absolut	60	188	-100	299	447
Korrektur von Ist-Zahlungen					
Fallzahlen 2012	2.961	9.792	9.362	9.142	31.257
Änderungen gegenüber 2011: absolut	-7.438	-25.876	-23.013	-22.889	-79.216
Bearbeitung von 600er-Verwahrungen/Vorschüssen					
Fallzahlen 2012	5.341	10.403	12.681	8.868	37.293
Änderungen gegenüber 2011: absolut	-2.355	-687	-2.434	1.107	-4.369
Abwicklung unklarer Gutschriften im EZÜ-Verfahren					
Fallzahlen 2012	139.073	446.985	456.543	392.935	1.435.536
Änderungen gegenüber 2011: absolut	20.605	42.017	37.584	50.504	150.710
Umbuchungen					
Fallzahlen 2012	159.760	323.677	349.092	282.192	1.114.721
Änderungen gegenüber 2011: absolut	2.155	1.117	-15.253	20.425	8.444
Auszahlungen in Fällen mit Erstattungshinderungsgründen					
Fallzahlen 2012	34.863	98.449	108.794	86.013	328.119
Änderungen gegenüber 2011: absolut	-119	-1.252	-966	185	-2.152
Übernahmen (incl. Kontenumsetzungen)					
Fallzahlen 2012	43.207	137.927	141.446	144.264	328.119
Änderungen gegenüber 2011: absolut	7.721	-3.891	-7.041	11.703	8.492
Bearbeitung von 000er-Verwahrungen					
Fallzahlen 2012	66.537	88.031	88.317	56.160	299.045
Änderungen gegenüber 2011: absolut	-7.970	1.750	-6.963	2.972	-10.211
Zusammenfassung					
Fallzahlen 2012	477.898	1.150.413	1.212.031	1.037.325	3.877.667
Änderungen gegenüber 2011: absolut	10.837	-674	-22.168	50.013	38.008
Änderungen gegenüber 2011: in %	2,3 %	-0,1 %	-1,8 %	5,1 %	1,0 %
Landesweiter Anteil	12,3 %	29,7 %	31,3 %	26,8 %	100,0 %



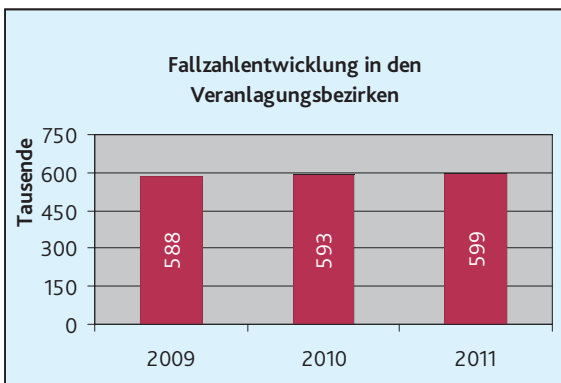
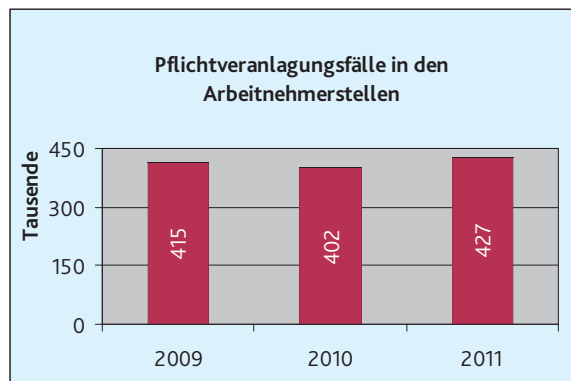
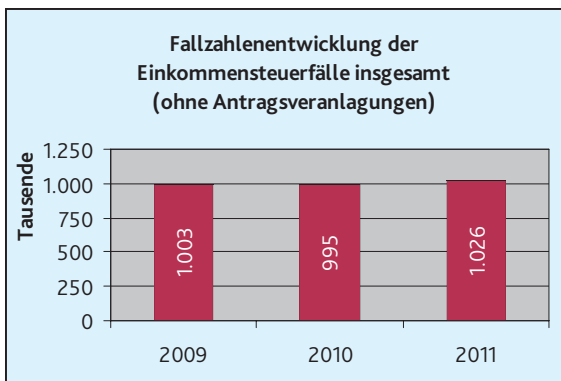
Fachbereiche

FALLZAHLENENTWICKLUNG BEI DEN ERTRAGSTEUERN

Die Arbeitsergebnisse der Veranlagungsstellen sind in den folgenden Diagrammen und Erläuterungen dargestellt:

Quelle: Leistungsvergleich oder Daten des Leistungsvergleichs

Einkommensteuer

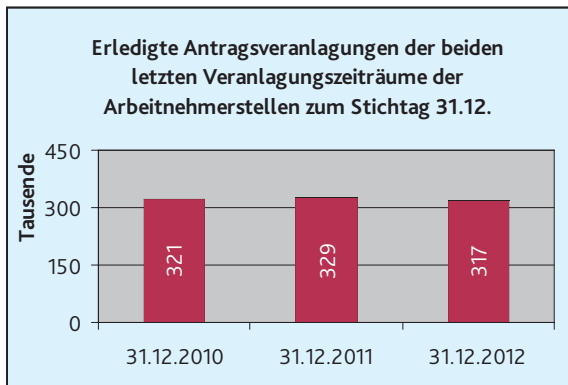


Die Fallzahl in den Veranlagungsbezirken und die Zahl der Pflichtveranlagungsfälle hat sich im Veranlagungszeitraum 2011 um 31.082 (+3,12%) auf 1.026.247 (Vorjahr: 995.165) erhöht.

In den Arbeitnehmerstellen ist die Zahl der Pflichtveranlagungsfälle des Veranlagungszeitraums 2011 gegenüber dem Vorjahr um 25.207 (+6,27%) auf 427.106 (Vorjahr: 401.899) gestiegen. Die Zahl der Einkommensteuerfälle der Veranlagungsbezirke hat sich im gleichen Zeitraum um 5.875 (+0,99%) erhöht.

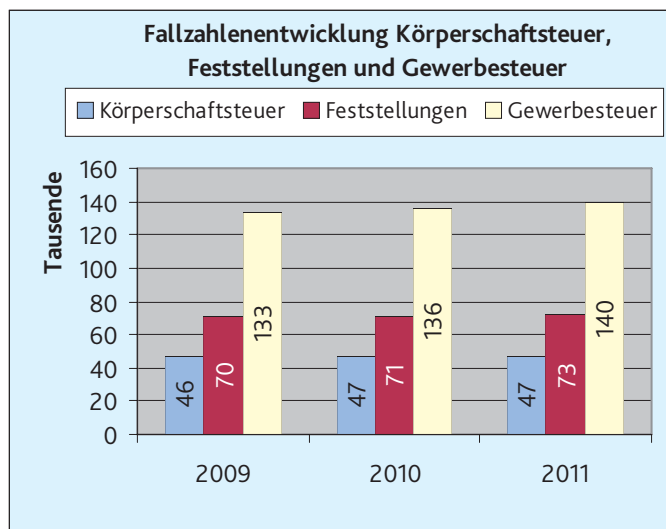
Bis zum 31.12.2012 waren - ohne Antragsveranlagungsfälle - 676.763 Einkommensteuer-Veranlagungen 2011 (68,46%) durchgeführt, was einen gegenüber dem Vorjahr um 0,26% unbedeutend gestiegenen Veranlagungsstand zur Folge hat.

Bis zum 31.12.2011 waren - ohne Antragsveranlagungsfälle - 678.723 Einkommensteuer-Veranlagungen 2010 (68,20%) durchgeführt, was einen gegenüber dem Vorjahr um 0,24% unbedeutend gestiegenen Veranlagungsstand zur Folge hat.



Die Anzahl der im maßgebenden Zeitraum von 4 Jahren gestellten Anträge und durchgeführten Antragsveranlagungen wird statistisch nicht mehr ermittelt. Im Kalenderjahr 2012 wurden für den Veranlagungszeitraum 2010 und 2011 insgesamt 317.282 Fälle (Vorjahr 329.086) erledigt. Die Zahl der erledigten Fälle hat sich somit um 11.804 (-3,59%) vermindert.

Körperschaftsteuer



Quelle: Leistungsvergleich

Die Anzahl der Körperschaftsteuerfälle hat sich im Veranlagungszeitraum 2011 gegenüber 2010 mit 47.300 Fällen nicht verändert.

Bis zum 31.12.2012 waren 23.500 Veranlagungen 2011 (= 48,5%) durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Rückgang um 1,37% zu verzeichnen.

Feststellungen

Die Anzahl der Feststellungsfälle (siehe obiges Diagramm) hat sich im Veranlagungszeitraum 2011 gegenüber 2010 wiederum um 946 Fälle (+1,70%) etwas erhöht.

Bis zum 31.12.2012 waren 35.459 Feststellungen 2011 (= 48,85 %) durchgeführt. Im Vergleich zu dem Vorjahr bedeutet dies einen fast identischen Bearbeitungsstand (Anstieg um 0,26%).

Gewerbesteuer

Die Anzahl der Gewerbesteuerfälle (siehe Diagramm Seite 33) hat sich im Veranlagungszeitraum 2011 gegenüber 2010 um 4.008 Fälle (+2,95%) erhöht.

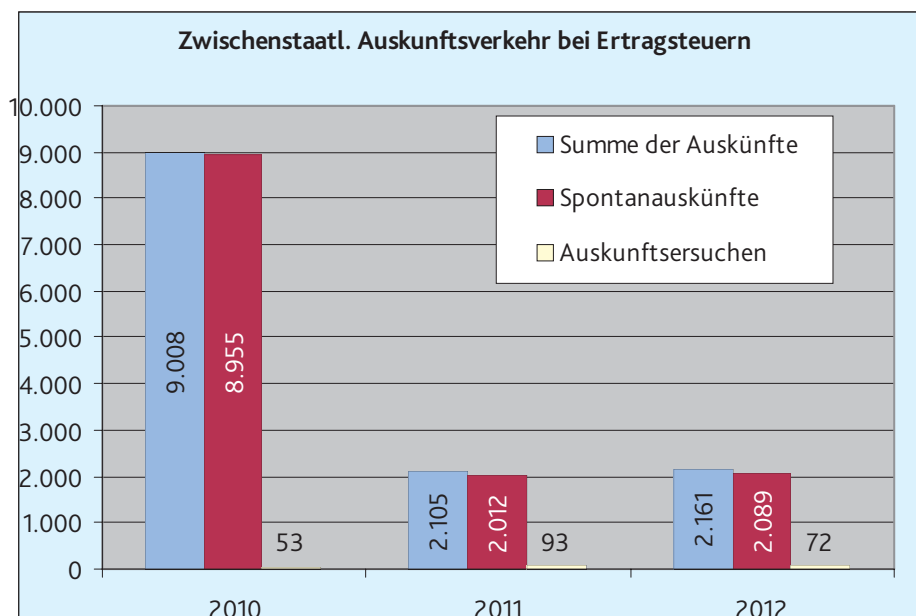
Bis zum 31.12.2012 waren 55.328 Veranlagungen 2011 (= 39,52%) durchgeführt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr wiederum eine geringe Minderung um 0,58%.

Freistellung bei Bauleistungen

Im Kalenderjahr 2012 wurden 11.591 Anträge auf Freistellung bei Bauleistungen gestellt und 11.392 Bescheinigungen ausgestellt. In 182 Fällen wurde die Bescheinigung widerrufen; in 17 Fällen zurückgenommen.

Die Gültigkeitsdauer der Freistellungsbescheinigungen betrug in 3.721 Fällen ein Jahr, in 218 Fällen zwei Jahre und in 7.278 Fällen drei Jahre. In 175 Fällen wurde die Bescheinigung für einzelne Vorhaben ausgestellt.

Zwischenstaatlicher Auskunftsverkehr bei Ertragsteuern



Die Anzahl der Spontanauskünfte und Auskunftsersuchen (2.161) im Bereich der Ertragsteuern ist im Kalenderjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 56 Anfragen bzw. Auskünfte (+2,66%) leicht gestiegen.

FORTBILDUNG IM ERTRAGSTEUERRECHT

Im Kalenderjahr 2012 wurde die Fortbildung im Ertragsteuerrecht trotz reduziertem Fortbildungsetat mit hohem Zeit- und Arbeitsaufwand weiter intensiv fortgeführt. Die Fortbildungsthemen waren über das gesamte Rechtsgebiet breit gefächert und umfassten sowohl aktuelle Fragen und Rechtsänderungen, insbesondere im Einkommen-, Körperschaft-, Umwandlungs- und Lohnsteuerrecht sowie im Internationalen Steuerrecht als auch jeweils einwöchige Lehrgänge für dienstjunge Sachgebietsleiter, Sachbearbeiter und Mitarbeiter zur Einführung in besondere Bereiche des Ertragsteuerrechts.

In den Bereichen des Körperschaftsteuer-, Gewerbesteuer- und Umwandlungssteuerrechts sowie bei der Anteilseignerbesteuerung erfolgte die Fortbildung überwiegend durch Großveranstaltungen, bei denen die Bediensteten vom Referat St 33 unmittelbar fortgebildet wurden. Neben den Schulungen für den Innendienst fanden Fortbildungsveranstaltungen für den Außendienst statt. Letztere bilden inzwischen Schwerpunkte der Fortbildungstätigkeit der Referate St 31 und St 33.

Im Einkommensteuerrecht wurde gleich zu Jahresbeginn der Start der Veranlagung 2011 in sechs eintägigen Veranstaltungen mit über 400 Teilnehmern umfangreich geschult. Dabei wurden die wichtigsten ertragsteuerlichen Änderungen ebenso wie die Änderungen im maschinellen Verfahren und bei den Erklärungsvordrucken vorgestellt. Wichtiger Bestandteil dieser Fortbildungsreihen sind die Kollegen der Finanzämter, die die Themen in den Ämtern multiplizieren und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Über diese Art der Fortbildung kann eine große Zahl von Bediensteten mit vergleichsweise sehr geringem Kostenaufwand fortgebildet werden.

Für den Bereich der Ertragsbesteuerung von Personenunternehmen wurden darüber hinaus Fortbildungsveranstaltungen für Bedienstete der allgemeinen Veranlagungsstellen und der Veranlagungsstellen für Personenhandelsgesellschaften (ca. 400 Bedienstete) durchgeführt.

Das dreizehnte Steuerforum Rheinland-Pfalz - ein hochkarätiger zweitägiger Steuerkongress - fand 2012 erneut in der Mittelrheinhalle Andernach statt und erzielte bei den insgesamt über 350 Zuhörern aus den Steuerabteilungen des Bundes und der Länder sowie von Seiten der steuerberatenden Berufe wiederum ein sehr positives Echo. Im Rahmen des Steuerforums erfolgte auch die Verabschiedung von Ewald Dötsch in den Ruhestand.



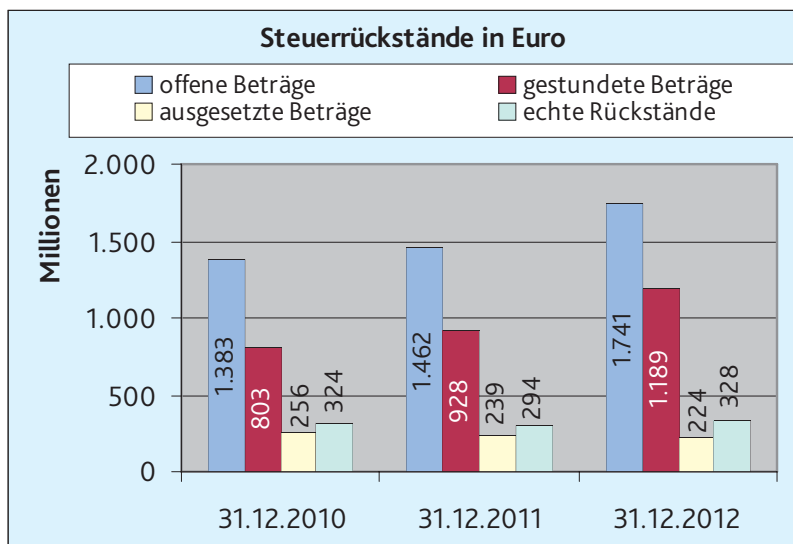
VOLLSTRECKUNG

Die Steuerrückstände und die Arbeitsergebnisse der Vollstreckung sind in den folgenden Diagrammen und Erläuterungen dargestellt:

Volumen der Steuerrückstände

Im Berichtszeitraum 2012 betrug das Kassensoll 20.232 Mio. € (Vorjahr 18.750 Mio. €).

Die noch offenen Beträge haben sich wie folgt entwickelt:



Die Erhöhung des Stundungsvolumens ist auf das Stundungsverfahren nach § 6 Abs. 5 Außensteuergesetz (AStG) zurückzuführen (rd. 1.157 Mio. €).

Beitreibung der Steuerrückstände

Zur Beitreibung der Steuerrückstände waren im vergangenen Jahr neben 111 Sachbearbeitern und 177 Mitarbeitern im Innendienst (in 2011: 181 Mitarbeiter) noch 39 Vollziehungsbeamte im Außendienst und 10 Liquiditätsprüfer eingesetzt.

Insgesamt hatten die Vollstreckungsstellen Rückstände (BT 92) im Gesamtvolumen von ca. 550 Mio. € zu bewältigen. Hiervon hat jeder Vollziehungsbeamte im Durchschnitt 0,5 Mio. € beigetrieben.

Die Intensität, mit der im Berichtszeitraum vollstreckt wurde, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

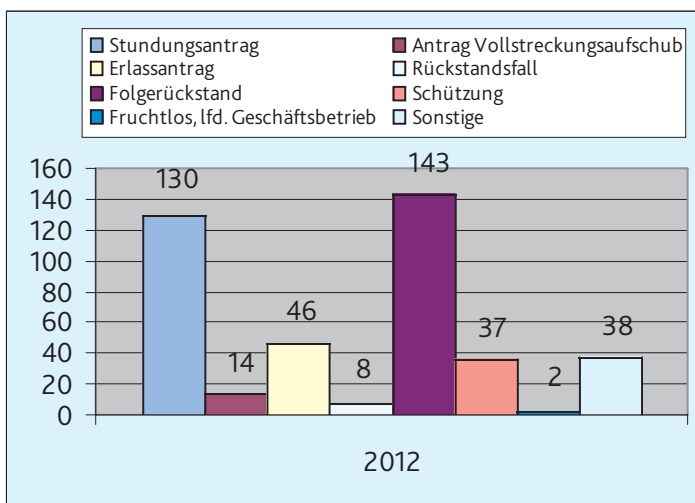
Sachpfändungen	24.287
Pfandverwertungen	5.897
erwirkte Durchsuchungsbeschlüsse	665
Forderungspfändungen	62.988
eingeleitete Verfahren nach § 284 AO	751
erwirkte Haftbefehle	235
Antrag auf Eintragung einer Zwangshypothek	981
Antrag auf Zwangsabmeldung von Kfz	15.615

Liquiditätsprüfung

Im Berichtszeitraum 2012 wurden die Liquiditätsprüfer in 418 Fällen von den Finanzämtern mit der Prüfung beauftragt.

In 65 Fällen wurden die bestehenden Abgabenforderungen bereits nach Prüfungsankündigung vollständig gezahlt. Neue - bislang unbekannte Vollstreckungsmöglichkeiten - wurden in 189 Fällen, anfechtbare Rechtshandlungen in 10 Fällen festgestellt.

Die Prüfungsgründe ergeben sich aus der nachfolgenden Darstellung:



Für die Liquiditätsprüfer fand am 26.04.2012 in der OFD Koblenz ein Erfahrungsaustausch statt. Thematisiert wurde u.a. der Zusammenhang zwischen Liquiditätsprüfung und Insolvenzanfechtung.

VoSystem

In 2012 fanden drei einwöchige Einführungsschulungen in das VoSystem statt. Allen Teilnehmern wurde eine eintägige Nachbetreuung in ihrem jeweiligen Finanzamt angeboten.

Zudem fand in 2012 wieder ein zweitägiges Einführungsseminar für Sachgebietsleiter im Finanzamt Koblenz statt.

Fortbildung in der Vollstreckung

In 2012 wurden Einführungsveranstaltungen für dienstjunge Sachbearbeiter sowie dienstjunge Mitarbeiter durchgeführt, die erstmals in der Vollstreckung eingesetzt waren.

Die dienstjungen Sachbearbeiter wurden vom 05.11. - 15.11.2012 in der OFD Koblenz geschult. Der aktualisierte Schulungsfall „Stich“ wurde abgearbeitet und die jungen Kollegen wurden mit vielen praktischen Themen, u. a. Besuch des Insolvenzgerichts Koblenz, auf den Praxiseinsatz vorbereitet. Daneben wurden die neuen Kollegen auch in der Bearbeitung der Stundung- und Erlassanträge geschult. Unter fachlicher Begleitung durch das Vollstreckungsreferat fand am 03.07. und 04.07.2012 für die dienstjungen Sachbearbeiter ein zweitägiges Seminar in der Gesprächs- und Verhandlungsführung statt.

Die dienstjungen Mitarbeiter wurden im März 2012 in Koblenz eine Woche lang auf die Vollstreckungspraxis vorbereitet. Darüber hinaus wurden sie in einem zweitägigen Seminar vom 03.09. auf den 04.09.2012 in der Gesprächs- und Verhandlungsführung geschult.

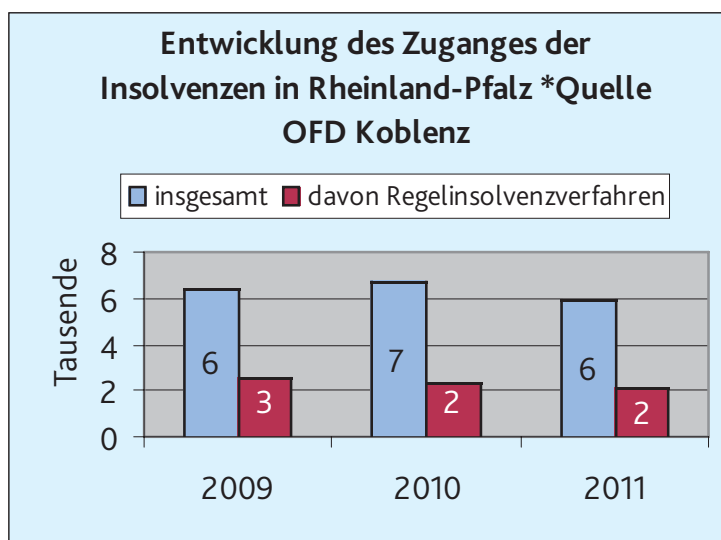
Vom 26.06. bis 27.06.2012 fand in Landau ein Erfahrungsaustausch für Sachgebietsleiter statt. Zu Fragen des Insolvenzrechts referierte Prof. Dr. Jens Schmittmann, Essen. Mit Rechtsanwalt Wolfgang Fensch konnte darüber hinaus ein ausgewiesener Spezialist zu Fragen des zivilgerichtlichen Verfahrens für den Erfahrungsaustausch gewonnen werden.

Im Bereich der internationalen Vollstreckungshilfe wurden vier eintägige Fortbildungsveranstaltungen zu der Einführung von E-Formularen durchgeführt.

Insolvenzrecht

Vom 02.07. bis 04.07.2012 fand in der OFD Koblenz die Sitzung der länderübergreifenden Arbeitsgruppe Insolvenz statt. Schwerpunkte waren neben den Änderungen des § 55 Abs. 4 Insolvenzordnung (InsO) auch die Überarbeitung der Vollstreckungskartei zum Insolvenzanfechtungsrecht.

In 2011 ist die Anzahl der eröffneten Insolvenzverfahren erstmals rückläufig. Für das Jahr 2012 setzt sich diese Entwicklung aber voraussichtlich nicht fort.



Fortbildung im Insolvenzrecht

In 2012 wurde im VoSystem der Insolvenzauftrag eingeführt. Hierzu fanden vier zweitägige Schulungen unter Einbindung der VoSystem-Trainer statt.

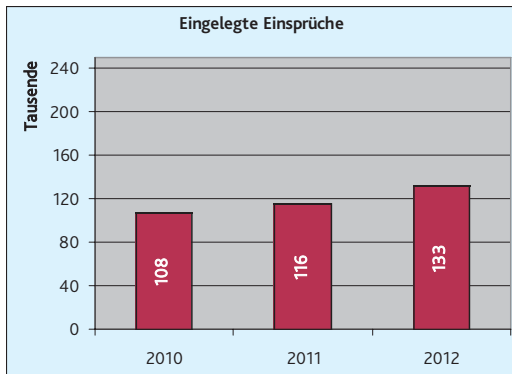
Im September 2012 wurden die Mitarbeiter in einem Insolvenzworkshop für ihre praktische Arbeit trainiert. Als Praktiker konnte Diplom Wirtschaftsjurist Daniel Bauer aus der Insolvenzkanzlei Jens Lieser in Koblenz die Schulung ergänzen.

FALLZAHLENENTWICKLUNG IM RECHTSBEHELFSVERFAHREN

Die dargestellten Zahlen basieren auf Erhebungen für die Bundesstatistik im Rechtsbehelfsverfahren.

Einspruchsverfahren

Die Zahl der Einsprüche am 01.01.2012 lag bei 213.434 (01.01.2004 nur 82.514 Einsprüche; 01.01.2011: 357.758 Einsprüche) und damit deutlich niedriger als im Vorjahr. Im Jahr 2011 wurden im ersten Halbjahr 2011 mit einem maschinellen Sonderlauf sehr viele Einsprüche durch das nachträgliche Setzen von Vorläufigkeitsvermerken erledigt (Steuerfall wird durch Vorläufigkeitsvermerk insoweit offen gehalten). Die Zahl der anhängigen Einsprüche konnte daher zu Beginn des Berichtszeitraums um über 144.324 auf 213.434 Fälle vermindert werden. Fast 83% dieser Einsprüche ruhten am 01.01.2012 und zwar zum weit überwiegenden Teil wegen anhängiger Musterverfahren (sog. Masseneinsprüche).

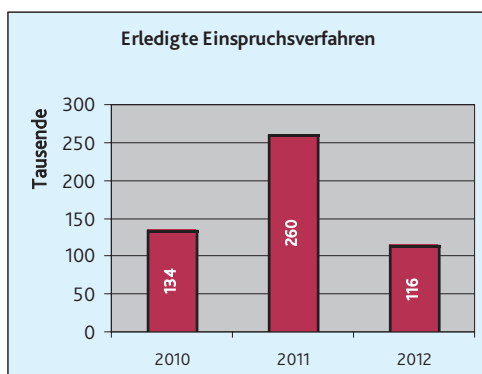


In 2012 wurden insgesamt 132.592 Einsprüche eingelegt. Im Vergleich zum Vorjahr macht dies eine Steigerung von 14,26% aus. Dabei ist zu beachten, dass die Zugangszahlen stark davon abhängen, welche neuen Musterverfahren mit Breitenwirkung bei den Gerichten im Berichtszeitraum anhängig geworden sind, auf die sich die Einspruchsführer in ihrem Einspruch berufen. Im Vergleich zu Jahren wie 2008 oder 2009 - mit Zugangszahlen von je etwa 200.000 Einsprüchen - stellt sich die Situation in 2012 noch „moderat“ dar. Dies ist auch damit zu begründen, dass die Steuerbescheide vielfach bereits mit Vorläufigkeitsvermerken versehen sind, die den Steuerfall punktuell offen halten, ohne dass ein Einspruch eingelegt werden muss.

Nach wie vor wird aber trotzdem - insbesondere im Veranlagungsbereich - ein erheblicher Anteil der Einsprüche nicht mit Fehlern bei der individuellen Steuerfestsetzung begründet, sondern es wird ausschließlich auf anhängige gerichtliche Musterverfahren verwiesen, die die Verfassungsmäßigkeit oder die einzelgesetzliche Auslegung einer Steuerrechtsnorm betreffen (= reine Masseneinsprüche). Auf diesem Wege möchten die Einspruchsführer von möglichen günstigen Entscheidungen der Finanzgerichte, des Bundesfinanzhofs oder des Bundesverfassungsgerichts auch in ihrem Steuerfall profitieren.

Bei der Einkommensteuer (ESt) gingen Masseneinsprüche z. B. zu folgenden Streitfragen ein:

- Verfassungsmäßigkeit des Ansatzes einer zumutbaren Belastung bei der steuerlichen Berücksichtigung von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung mit ca. 15.000 Einsprüchen
- Verfassungsmäßigkeit der beschränkten Abziehbarkeit von Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG mit ca. 6.800 Einsprüchen
- Nichtabziehbarkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe mit ca. 2.900 Einsprüche
- Verfassungsmäßigkeit der Bewertung der privaten Nutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs nach dem Listenpreis im Zeitpunkt der Erstzulassung - „1 %-Regelung“ - mit ca. 2.450 Einsprüchen

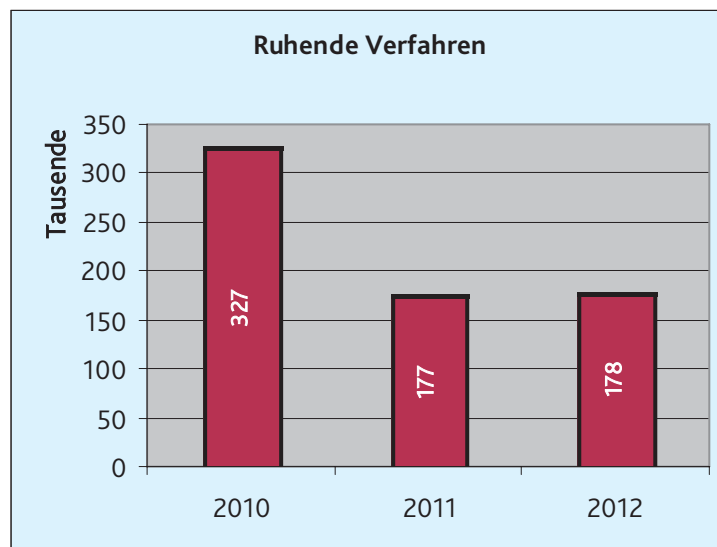


In 2012 wurden 115.684 Einsprüche erledigt. Dies entspricht im Vergleich zu 2011 einer Minderung von rd. 56%. Allerdings war in 2011 die höchste Erledigungsquote aller bisherigen Statistikzeiträume zu verzeichnen, da mit Automationsunterstützung sehr viele Einsprüche durch das nachträgliche Setzen von Vorläufigkeitsvermerken erledigt wurden. Ein Vergleich mit dem Jahr 2010 (= 133.877 Fälle) ergibt nur eine verminderte Erledigungsquote 2012 von rd. 14 %.

Die verminderten Erledigungszahlen 2012 sind größtenteils auf eine zeitliche Verlagerung der Erledigung bearbeitungsreifer Masseneinsprüche zurückzuführen. Denn 13.709 bereits in 2012 bearbeitungsreife Masseneinsprüche wurden erst Anfang 2013 mit Automationsunterstützung aufgegriffen. Die Einspruchsführer wurden hierbei mittels zentral erstellter Anschreiben um Rücknahme ihres Masseneinspruchs gebeten, da die dem Einspruch zugrundeliegenden Musterverfahren mittlerweile erledigt waren.

In 2012 lag die Abhilfequote in der Einspruchsbearbeitung bei ca. 57%. Diese Quote bedeutet aber nicht, dass die angegriffenen Steuerbescheide tatsächlich in mehr als der Hälfte der strittigen Fälle fehlerhaft waren. Teils wurden nämlich von den Einspruchsführern noch Belege im Einspruchsverfahren nachgereicht oder einem Einspruch wurde durch das nachträgliche Setzen eines Vorläufigkeitsvermerks abgeholfen, da dieser Vermerk erst nach Einlegung des Einspruchs bundeseinheitlich festgelegt wurde. Die Rücknahmequote lag 2012 bei 30,17%, in 12,19% der Fälle ergingen Einspruchsentscheidungen und in 0,48% der Fälle Teil-Einspruchsentscheidungen.

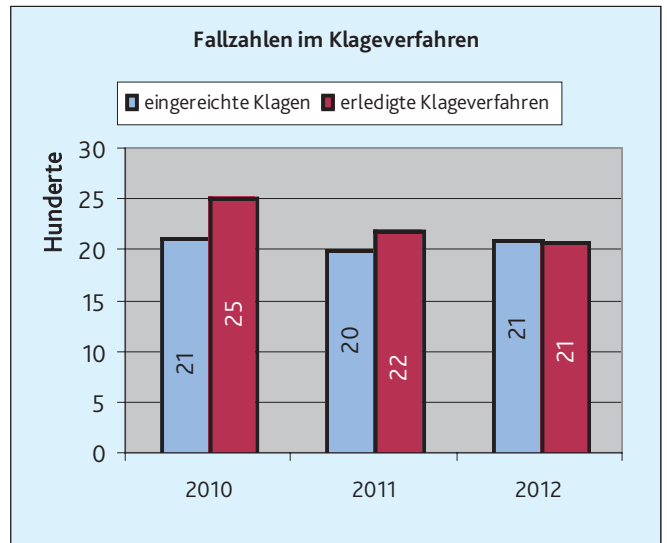
Die Zahl der ruhenden Einspruchsverfahren lag in 2012 bei 178.458 Fällen. Dies entspricht gut 77 % der am 31.12.2012 bestehenden 230.342 Einsprüche.



Klageverfahren

Die Anzahl der eingelegten Klagen ist gegenüber dem Vorjahr um 88 Klagen (+ 4,2%) auf 2.099 Klagen gestiegen. Bei insgesamt 2.091 erledigten Klagen erfolgte in 88 Fällen (= 4,2%) eine volle Stattgabe durch das Finanzgericht. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Stattgabequote 2012 leicht rückläufig (2009 = 5,5%; 2010 = 4,45%; 2011 = 5,04%).

In 2012 wurden die Entscheidungen des Finanzgerichts in 35 Fällen (Vorjahr 52) mit Revision und in 338 Fällen (Vorjahr 225) mit Nichtzulassungsbeschwerde angegriffen.



Fortbildung zur Abgabenordnung

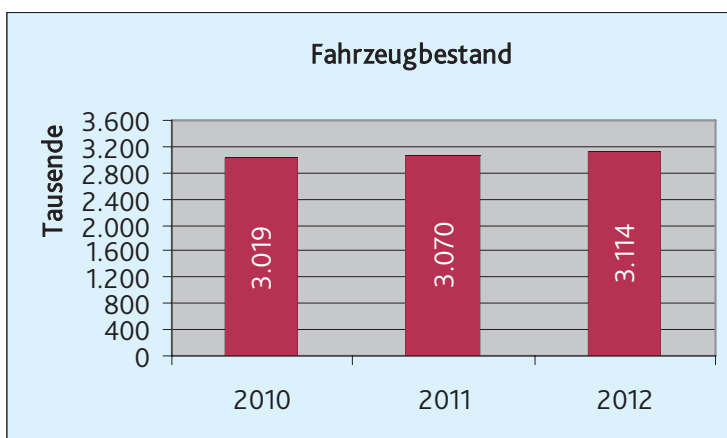
In 2012 wurde ein Erfahrungsaustausch mit den Sachgebietsleitern der Rechtsbehelfsstellen durchgeführt. Themen waren u. a. das weitere Vorgehen zur Bearbeitung der Massenrechtsbehelfe und das neue Berichtswesen in Gerichtssachen seit 01.07.2012. Darüber hinaus fand hierbei ein Erfahrungsaustausch mit dem Finanzgericht und der Prozessvertretung statt.

VERKEHRSTEUERN UND EINZELSTEUERN

Die Arbeitsergebnisse der Stellen für die Verkehrs- und Einzelsteuern ergeben sich aus den folgenden Tabellen und Erläuterungen:

Kraftfahrzeugsteuer

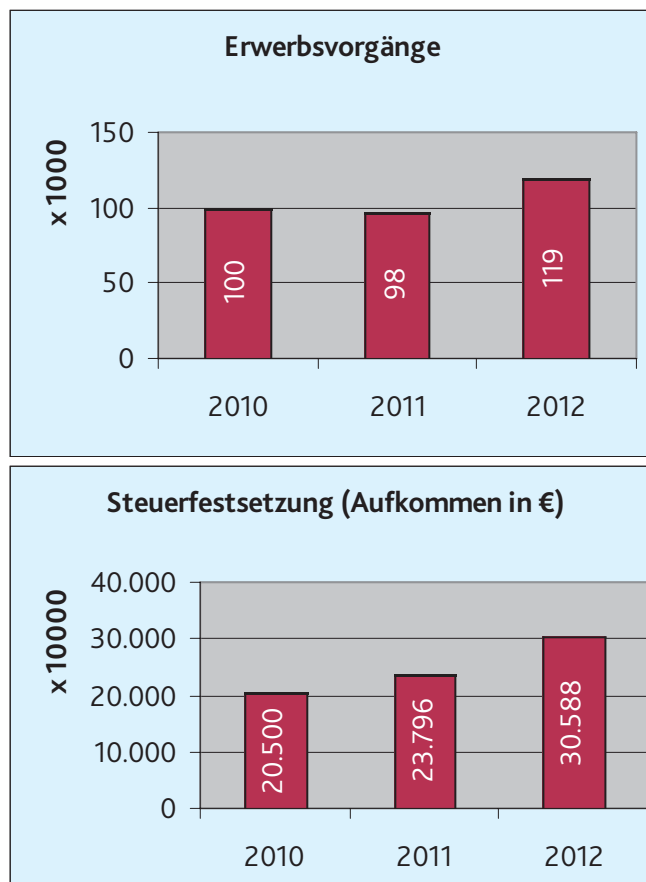
Fahrzeugbestand



Zum 01.01.2012 waren bei den Finanzämtern 3.069.998 Fahrzeuge steuerlich erfasst. Der Bestand erhöhte sich in 2012 wiederum geringfügig um 43.640 Fahrzeuge (+1,42%).

Grunderwerbsteuer

Fallzahlen und Aufkommensentwicklung



Die Zahl der Erwerbsvorgänge ist im Vergleich zum Vorjahr um 16,6 % gestiegen. Der deutliche Anstieg des Steueraufkommens gegenüber dem Vorjahr (28,55 %) steht mit der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes von 3,5 % auf 5 % zum 01.03.2012 in Zusammenhang.

Fortbildung zur Grunderwerbsteuer

In Zusammenarbeit mit dem für die Fortbildung der Betriebsprüfer zuständigen Referat wurden insgesamt drei Veranstaltungen zu dem Thema "Gesetzliche Grundlagen und gesellschaftsrechtliche Besonderheiten der Grunderwerbsteuer" durchgeführt.

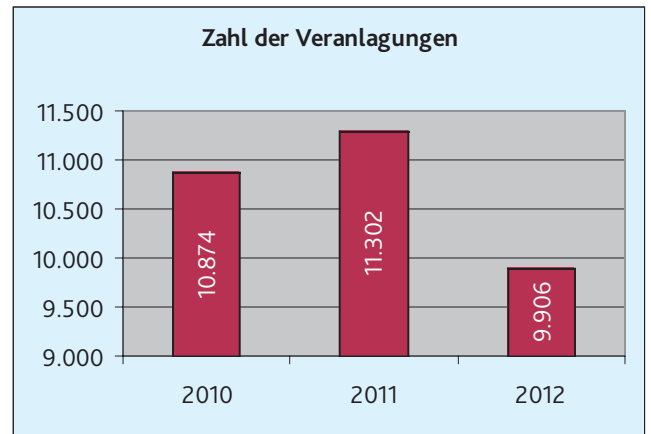
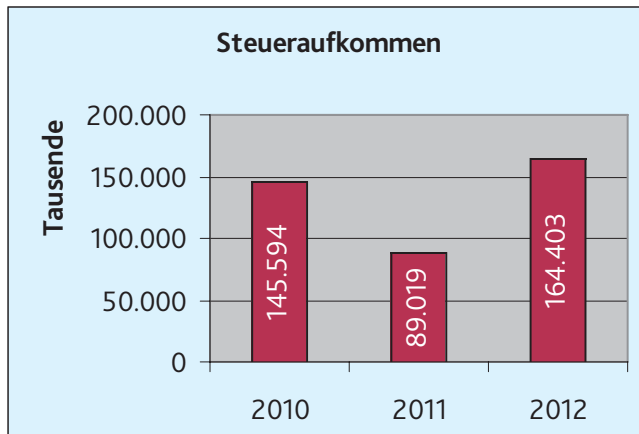
Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

Fallzahlen und Aufkommensentwicklung

Gegenüber den Vorjahren ergab sich in 2012 ein deutlicher Rückgang bei der Zahl der erstmaligen Veranlagungen. Erfolgte in 2011 noch 11.302 Erstfestsetzungen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer, so ist dieser Wert in 2012 auf 9.906 Veranlagungen gefallen. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei im Wesentlichen um eine Folge des seit 01.01.2009 geltenden Erbschaftsteuerrechts handelt.

Das Steueraufkommen betrug im Kalenderjahr 2012 164.402.784,88 €. Somit ist das Steueraufkommen gegenüber den Vorjahren um 84,68 % (2011) bzw. 12,99 % (2010) gestiegen. Der drastische Rückgang des Steueraufkommens in 2011 ist auf einen Einzelfall zurückzuführen.

In 19 Fällen (Vorjahr 25 Fällen) wurde im Kalenderjahr 2012 für einzelne Erwerbe Erbschaft- und Schenkungsteuer von jeweils mehr als 500.000 € festgesetzt.



Fortbildung

In 2012 fand im ersten und zweiten Halbjahr jeweils ein eintägiger Erfahrungsaustausch mit den Sachgebietsleitern und Hauptsachbearbeitern der Finanzämter Koblenz und Kusel-Landstuhl statt.

Die „Auster“ Sondernutzer der Finanzämter Koblenz und Kusel-Landstuhl nahmen darüber hinaus zusammen mit den Kollegen aus den anderen Bundesländern an zwei mehrtägigen Workshops im Bildungszentrum des Landes Brandenburg in Königs-Wusterhausen teil.

Elf neu im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer eingesetzte Kollegen haben darüber hinaus an einem einwöchigen Grundkurs in der Bedienung des Programms Auster im Landesamt für zentrale Dienste in Saarbrücken teilgenommen.

In Zusammenarbeit mit dem für die Fortbildung der Betriebsprüfer zuständigen Referat wurden insgesamt drei Veranstaltungen zu dem Thema „Schenkungssteuer bei Zuwendungen von Kapitalgesellschaften bzw. zwischen Kapitalgesellschaften“ durchgeführt.

Organisatorische Veränderungen

Das Jahr 2012 war von den Arbeiten zur Zentralisierung der Erbschaft- und Schenkungssteuerstellen am Standort Kusel geprägt. In diesem Zusammenhang ist auch eine Kooperation mit dem Saarland geplant.

Bereich Spielbankaufsicht

Mit den Leitenden Aufsichtsbeamten der Spielbanken und deren Stellvertretern wurde ein Erfahrungsaustausch zur Erörterung aktueller Rechtsentwicklungen und Probleme in den Spielbanken des Landes durchgeführt.

EINHEITS- UND BEDARFSBEWERTUNG

Personaleinsatz in den Bewertungsstellen

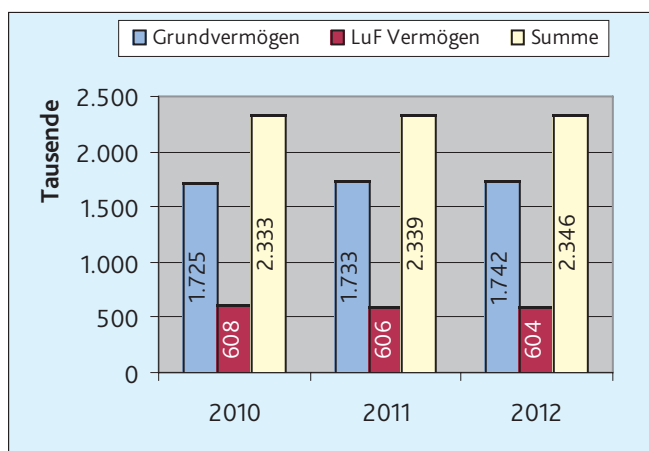
	Bedienstete
31.12.2010	192,64
31.12.2011	185,97
31.12.2012	186,92

Im 3-Jahresvergleich ergibt sich somit ein Personalabbau von 5,72 Bediensteten (2,97 %).

Die Arbeitsergebnisse der Bewertungsstellen sind in den folgenden Diagrammen dargestellt:

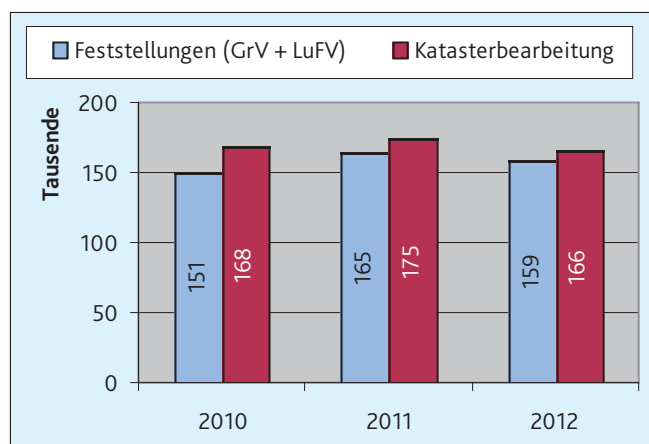
Einheitsbewertung

Zahl der wirtschaftlichen Einheiten



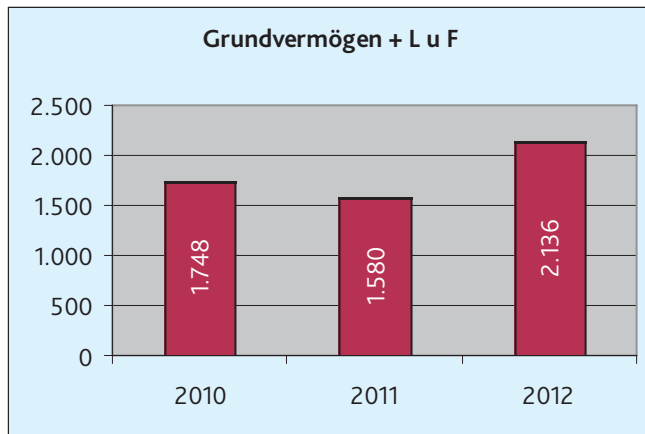
Auch in 2012 setzte sich der Trend der vergangenen Jahre fort. In der Summe ist wiederum ein Anstieg der Zahl der wirtschaftlichen Einheiten festzustellen. Dabei steht dem Anstieg der Fallzahlen im Bereich des Grundvermögens ein leichtes Absinken im Bereich des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens gegenüber.

Feststellungen, Bestandspflege, Kataster



In 2012 wurden die Erledigungszahlen des Jahres 2011 nicht mehr erreicht. Sowohl im Bereich der maschinellen Einheitswertfeststellungen als auch in der Katasterbearbeitung ist ein Rückgang zu verzeichnen. Dementsprechend stieg die Zahl der offenen Katasterfälle von 15.844 (31.12.2011) auf 23.792 (31.12.2012) an. Dieser Fallzahlenanstieg verhielt sich in den Finanzämtern regional unterschiedlich.

Erledigte Einspruchsverfahren zur Einheitsbewertung

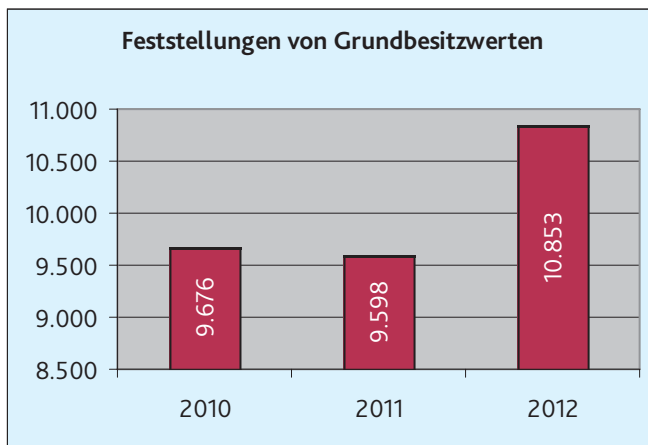


Durch die öffentliche Diskussion über die Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung sind die Einheitswertbescheide zunehmend streitbehaftet.

Bedarfsbewertung

Feststellungen der Grundbesitzwerte

Die Fallzahlen umfassen die Anzahl der Feststellungen von Grundbesitzwerten für Zwecke der Erbschaft- und Schenkung- sowie der Grunderwerbsteuer.

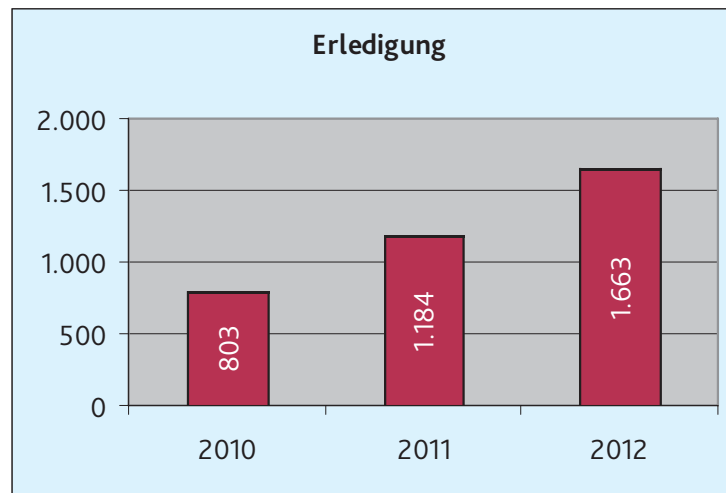


Die Fallzahlen enthalten nun auch die Bedarfsbewertungen für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft nach dem Erbschaftsteuerreformgesetz 2008 („neues Recht“). In 2012 ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Jahr 2011 festzustellen.

Volumen der Grundbesitzwerte

Das Volumen der Grundbesitzwerte der Bedarfswertfeststellungen aller Ämter lag in 2012 bei 2,5 Mrd. Euro und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert von 1,9 Mrd. Euro. Die Grundbesitzwerte werden für erbschaft- bzw. Grunderwerbsteuerliche Zwecke festgestellt.

Erledigte Einspruchsverfahren zur Bedarfsbewertung



Die Zahl der erledigten Rechtsbehelfe ist in 2012 spürbar angestiegen. Die Gründe hierfür liegen zum einen an der gegenüber 2011 höheren Anzahl der Feststellungen und zum anderen an der Streitbehaftung der Grundbesitzwertfeststellungen. Die Steuerpflichtigen machen zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch, erst im Rechtsbehelfsverfahren einen niedrigeren Verkehrswert durch Vorlage eines Gutachtens nachzuweisen.

Fortbildung

Im Jahr 2012 fand ein Erfahrungsaustausch zwischen den Erbschaftsteuerstellen und den Zentralstellen für die Bewertung von Betriebsvermögen sowie ein Erfahrungsaustausch zwischen den Sachgebietsleitern der Bewertungsstellen jeweils unter der Leitung des Fachreferates statt.

Allgemein

Im Fachbereich Bewertung war das Jahr 2012 neben dem Tagesgeschäft im Wesentlichen von den Verprobungsarbeiten zur geplanten Grundsteuerreform, der Immobilienneuordnung eines bundesweit tätigen Konzerns sowie der Prüfung eines alternativen maschinellen Verfahrens zur Einheitsbewertung geprägt. Aktuell wird davon ausgegangen, dass ein zeitnaher Umstieg auf ein anderes maschinelles Verfahren zur Einheitsbewertung nicht erfolgen wird.

TÄTIGKEITSBERICHT DER SACHVERSTÄNDIGEN

Allgemein

Die zunehmende Aufarbeitung, Erfassung und Speicherung einzelbetrieblicher Datenbestände auf Landesebene, im Bund und in der EU lässt zunächst erwarten, dass die Sachverständigen in gleicher Weise von den zahlreichen digitalen Datenbeständen profitieren. Dies trifft jedoch in der Praxis nicht oder nur sehr eingeschränkt zu. Umfangreiche Recherchemöglichkeiten bestehen derzeit nur im Zusammenhang mit Abfragen bei Grundstücken im land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, dem Grundvermögen und dem Betriebsvermögen. Obwohl in anderen Behörden z. B. einzelbetriebliche Unterlagen zu Fördermitteln und Strukturkennzahlen geführt werden, stehen diese den Sachverständigen in der Finanzverwaltung im Regelfall nicht oder nur in Einzelfällen zur Verfügung.

Die Entwicklung auf den Finanzmärkten zeigt auch in Rheinland-Pfalz Auswirkungen. In Anbetracht sinkender Geldwertstabilität werden Investitionen in Sachwerte immer attraktiver. Ein Anstieg der Boden- und Immobilienpreise sowie der Einstieg branchenfremder Kapitalgeber im Agrarsektor kennzeichnen die aktuelle Situation.

Fachgebiete

Landwirtschaft und Gartenbau

Landesweit ist eine Zunahme von steuerlichen Fällen mit Pferdehaltung feststellbar. Die jeweilige Motivation der Steuerbürger hierbei ist unterschiedlich. In vielen Fällen stellt sich nach einer mehr oder weniger langen Anlaufphase die Frage der Gewinnerzielungsabsicht. Bei der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen gemäß § 13a EStG wurde vermehrt Gestaltungsmissbrauch im Bereich der Sondernutzungen und bei der Viehhaltung festgestellt. Die überprüften Einzelfälle waren sehr komplex, extrem arbeitsaufwendig und mit hohem Streitwert behaftet. Auftraggeber der Sachverständigen waren hierbei die Veranlagung, Betriebsprüfung, Rechtsbehelfsstellen und Fahnung. Neben umfangreichen Gutachten für die oben genannten Bereiche bildeten Stellungnahmen und Wertermittlungen bei Betriebsaufgaben und Entnahmen von Wirtschaftsgütern sowie bei Kaufpreisaufteilungen die Schwerpunkte der Amtlich Landwirtschaftlichen Sachverständigen (ALS) Tätigkeit.

Bei schwierigen Gutachten hat sich in der jüngsten Vergangenheit die Fall-optimierte Bearbeitung in Form einer zielgerichteten Poolbildung bewährt. Durch die Komplexität der Produktionsverfahren ist es zwingend erforderlich, das Spezialwissen einzelner Kollegen im Sachverständigenkreis zu bündeln. Hinsichtlich des immer noch fehlenden Internetzugangs ist die unterstützende Recherche durch das Fachreferat obligatorisch.

Die Gesamtfläche der Bodenschätzung, die im Jahr 2012 von 10 ALS und deren vermessungstechnischen Mitarbeitern bearbeitet wurde, betrug 4.595 ha; darin sind die Wertermittlungen von 3.337 ha in 23 Flurbereinigungsverfahren enthalten. Der Umfang der Bodenschätzung ist rückläufig.

Forstwirtschaft

Insgesamt wurden 19 Anmeldungen zu kalamitätsbedingten Holznutzungen infolge höherer Gewalt vorgelegt. Eine abschließende Bearbeitung der Anträge auf Anwendung der ermäßigten Steuersätze nach § 34 b EStG wurde in 18 Fällen durchgeführt. Zur Feststellung der steuerlichen Nutzungssätze der privaten Forstbetriebe wurden 47 Betriebswerke überprüft. In 37 Fällen wurden Kaufpreisaufteilungen (Aufwuchs, Grund und Boden) abschließend bearbeitet. Für sechs Forstbetriebe waren Neubewertungen zur Feststellung der Einheitswerte erforderlich. Daneben wurde eine umfangreiche gutachtliche Stellungnahme zur Liebhaberei erarbeitet.

Weinbau

Im abgelaufenen Kalenderjahr lag der Arbeitsschwerpunkt im Fachreferat in der Erstellung und Überprüfung von Einzelgutachten nach Betriebsaufgaben und Entnahmen. Dabei wurde festgestellt, dass in grundstücksbezogenen Fällen höherwertige Flächen nicht, nur unzureichend oder unzutreffend bewertet wurden. Insbesondere bei der Abgrenzung vom Betriebsvermögen zum Privatvermögen sowie nach Flurbereinigungen mussten zielgerichtete Grundbuchrecherchen durchgeführt werden.

Wie in den vergangenen Jahren wurden im Zusammenhang mit der Problematik der Gewinnerzielungsabsicht bei Weinbaubetrieben Fremdgutachten auf ihre Plausibilität hin überprüft sowie Betriebsanalysen und Ertragsprognosen erstellt und in umfangreichen Stellungnahmen ausgearbeitet. Zusätzlich ergänzten Kaufpreisaufteilungen, Pachtpreisgestaltungen und Teilwertermittlungen das Betätigungsfeld.

Bausachverständige

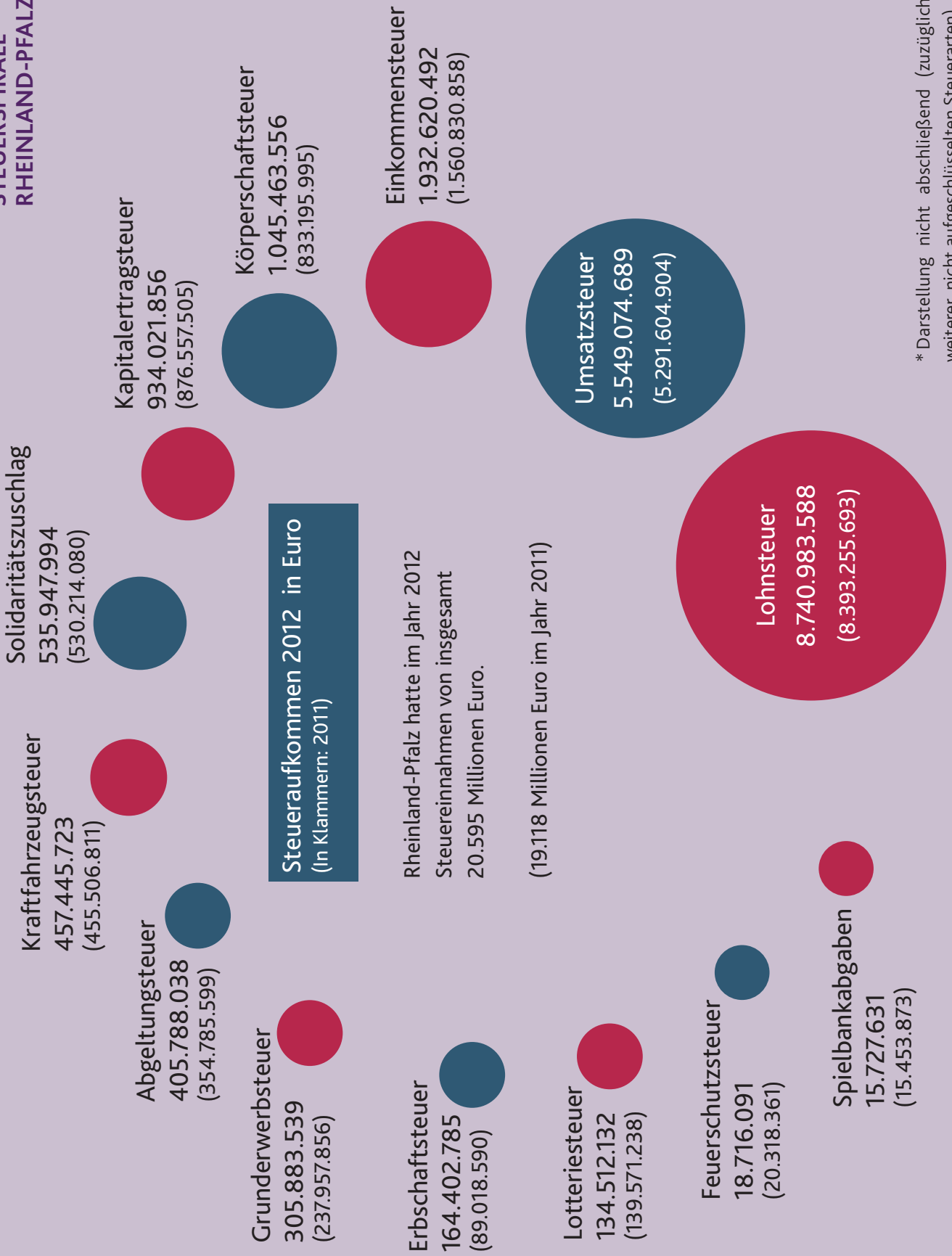
Die 18 Bausachverständigen erstellten im Jahr 2012 Verkehrswertgutachten über insgesamt 422 Mio. €. Die Wertermittlungen dienen u. a. der Aufdeckung stiller Reserven bei der Entnahme aus dem Betriebsvermögen bzw. bei Betriebsaufgaben sowie der Feststellung von AfA-Bemessungsgrundlagen bei der Einlage von Grundstücken und Gebäuden in das Betriebsvermögen.

Nach wie vor stellt die im Zuge der Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts erforderlich gewordene Überprüfung von Wertgutachten externer Sachverständiger im Zusammenhang mit § 198 Bewertungsgesetz (Nachweis eines niedrigeren gemeinen Wertes) einen Arbeitsschwerpunkt mit weiterhin zunehmendem Auftragsvolumen dar.

In der Einheitsbewertung wurde die Neubewertung von Einzelhandelsgrundstücken aufgrund eines BFH-Urteils aus dem Jahr 2010 weiter fortgeführt.

Den Schwerpunkt eines zweitägigen Erfahrungsaustausches in Bad Marienberg bildeten fachliche Neuerungen im Zusammenhang mit dem deutlich zunehmenden Aufgabengebiet der Verkehrswertermittlung. Insbesondere die Vorträge zur neuen Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) und der in der Folge veröffentlichten Sachwertrichtlinie (SW-RL) wurden mit großem Interesse verfolgt. Da weitere Rechtsänderungen (z. B. Ertragswertrichtlinie, Vergleichswertrichtlinie, neue Herstellungskosten NHK 2010) in der Praxis umzusetzen sind, ist auch zukünftig ein entsprechender Schulungsbedarf unabdingbar.

**STEUERSPIRALE *
RHEINLAND-PFALZ**



* Darstellung nicht abschließend (zuzüglich weiterer, nicht aufgeschlüsselter Steuerarten)
Quelle: Landesoberkasse

BETRIEBSPRÜFUNG



Vorhandene Betriebe und Sonstige Fallarten

Nach der Einordnung der Betriebe in Größenklassen ist die Zahl der vorhandenen Betriebe und Sonstigen Fallarten zum 01.01.2010 neu festgeschrieben worden. Dieser Bestand ist die Grundlage für die Berechnung des Personalbedarfs und die Ermittlung des Prüfungsturnus. Zu diesem Stichtag wurden folgende Fallzahlen erfasst.

Gewerbliche Betriebsprüfung

Stichtag	G1-Betriebe	G2-Betriebe	G3-Betriebe	G-Betriebe / ges.
01.01.2010	654	1.673	4.991	7.318

Stichtag	M-Betriebe	K-Betriebe	KSt-Betriebe	Gesamt
01.01.2010	37.077	48.949	254.756	340.782

Sonstige Fallarten

Stichtag	BHG ¹	bE ²	VZG ³	BKÖ ⁴
01.01.2010	259	668	38	2

Land- und forstwirtschaftliche Betriebsprüfung

Stichtag	G1-Betriebe	G2-Betriebe	G3-Betriebe	G-Betriebe / ges.
01.01.2010 ⁵	--	--	1.010	1.010

Stichtag	M-Betriebe	K-Betriebe	KSt-Betriebe	Gesamt
01.01.2010	2.914	4.813	28.946	36.673

¹ Bauherrengemeinschaften

² Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften

³ Verlustzuweisungsgesellschaften

⁴ Steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände

⁵ Lt. Beschluss der Bp-RL zu TOP 12 der Sitzung Bp II/09 vom 15.-17.09.2009 sind alle land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe dem Bereich G3 zuzuordnen

Vorhandene Prüfer

Im Hinblick darauf, dass die Ermittlung des Prüfeinsatzes (siehe Tabelle „Eingesetzte Prüfer“ auf dieser Seite) in den Ländern nicht nach einheitlichen Kriterien erfolgt, ist nach der ab dem 01.01.2006 geltenden Neuregelung auch die Zahl der vorhandenen Prüfer darzustellen. Bei der Ermittlung der nachstehenden Werte wurde von 250 Arbeitstagen ausgegangen. Dabei wurden lediglich Zeiten der Freistellung, der Dauererkrankung und solche Zeiten, in Abzug gebracht, die nicht für die Betriebsprüfung verwendet worden sind.

In den Jahren	2011	2012
betrug die Zahl der vorhandenen Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)		
in der gewerblichen Betriebsprüfung (Bp)		
im gehobenen Dienst	534,97	534,59
im mittleren Dienst	9,57	8,49
insgesamt in der gewerblichen Bp	544,54	543,08
in der land- und forstwirtschaftlichen Bp		
im gehobenen Dienst	30,69	29,97
im mittleren Dienst	2,00	1,97
insgesamt in der land- und forstwirtschaftlichen Bp	32,69	31,94
in der gesamten Bp	577,23	575,02

Eingesetzte Prüfer

Unter Berücksichtigung der von der Arbeitszeit insgesamt abzusetzenden Zeiten stellt sich der Prüfeinsatz wie folgt dar:

In den Jahren	2011	2012
betrug die Zahl der vorhandenen Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)		
in der gewerblichen Bp		
im gehobenen Dienst	441,07	450,03
im mittleren Dienst	8,87	7,50
insgesamt in der gewerblichen Bp	449,94	457,53
in der land- und forstwirtschaftlichen Bp		
im gehobenen Dienst	26,28	26,67
im mittleren Dienst	1,86	1,87
insgesamt in der land- und forstwirtschaftlichen Bp	28,14	28,54
in der gesamten Bp	478,08	486,07

Prüfungen

Verglichen mit dem Vorjahr wurden im Jahr 2012 in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen und Betriebsarten folgende Prüfungen abgeschlossen:

	2011	2012
Größtbetriebe (G1-Betriebe)	181	212
bedeutende Großbetriebe (G2-Betriebe)	455	393
übrige Großbetriebe (G3-Betriebe)	1.324	1.493
Stpfl. mit bedeutenden Einkünften (bE)	50	58
Bauherrengemeinschaft und Verlustzuweisungsgesellschaft (BHG u. VZG)	9	4
Summe der geprüften Großbetriebe	2.019	2.160
Sonstige Prüfungen	100	41
Zwischensumme	2.119	2.201
Mittelbetriebe	3.315	3.327
Kleinbetriebe	2.250	2.184
Kleinstbetriebe	3.000	2.633
insgesamt	10.684	10.345

Mehrergebnisse

Bei der Prüfung gewerblicher, freiberuflicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Betriebe wurden folgende Mehr-/Mindersteuern einschließlich Zinsen erzielt:

	2011	2012
insgesamt	565.160.826 €	577.838.373 €
pro Prüfung	52.898 €	55.857 €
pro vorhandener Prüfer	979.092 €	1.004.901 €
pro eingesetzter Prüfer	1.182.147 €	1.188.797 €

Änderungen der Bemessungsgrundlagen zum Ende des Prüfungszeitraums

Als Abweichung von den jeweiligen Bemessungsgrundlagen wurden im Jahr 2012 Verluständerungen im Sinne des § 10d EStG/KStG zum Ende des Prüfungszeitraums in folgender Höhe erfasst.

Verluständerungen zum Ende des Prüfungszeitraums in Tausend €							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	Summe
gewerbliche Bp	87.720 €	11.598 €	120.792 €	35.159 €	5.820 €	30.667 €	291.756 €
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	0 €	545 €	-93 €	0 €	452 €
Gesamt	87.720 €	11.598 €	120.792 €	35.704 €	5.727 €	30.667 €	292.208 €

Verluständerungen zum Ende des Prüfungszeitraums in Tausend €				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	747 €	0 €	30 €	777 €

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum

Im Jahr 2012 wurden in allen Größenklassen im Durchschnitt etwa drei bis vier Jahre in einem Prüfungszeitraum zusammengefasst.

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum in Jahren						
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe
gewerbliche Bp	3,3	3,4	3,4	3,0	3,0	3,0
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	3,4	3,1	2,9	3,1

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum in Jahren			
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO
Sonstige Fallarten	3,4	4,0	3,4

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr

Bei den im Jahr 2012 abgeschlossenen Prüfungen enden die Prüfungszeiträume in der Mehrheit der Fälle im Jahr 2009.

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr						
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe
gewerbliche Bp	2009,06	2009,47	2009,17	2009,47	2009,46	2009,30
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	2009,35	2009,23	2009,16	2009,25

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr			
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO
Sonstige Fallarten	2008,74	2007,50	2008,77

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen

Da in den Fällen, in denen eine Beschränkung auf die wesentlichen Besteuerungsgrundlagen geboten erscheint, vorrangig Schwerpunktprüfungen durchgeführt werden, wurde das Instrument der abgekürzten Außenprüfung im Jahr 2012 wenig in Anspruch genommen:

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	Summe
gewerbliche Bp	0	1	1	1	1	1	5
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	0	0	0	0	0
Gesamt	0	1	1	1	1	1	5

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	0	0	0	0

Prüfungsturnus

Bei den gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Betrieben stellte sich die Prüfungsdichte im Jahr 2012 wie folgt dar:

Prüfungsturnus							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	gewichteter Mittelwert
gewerbliche Bp	3,08	4,26	3,78	11,66	23,49	102,77	36,01
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	5,84	19,69	48,13	187,96	66,34
Gesamt	3,08	4,26	4,02	12,02	24,62	107,75	37,67

Quote der qualifiziert abgesetzten Fälle

Der Anteil der qualifiziert abgesetzten Fälle entwickelte sich bezogen auf die Zahl der Prüfungen einschließlich der Absetzungen im Jahr 2012 wie folgt:

Absetzungsquote							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	gewichteter Mittelwert
gewerbliche Bp	0,00%	3,91%	10,08%	11,05%	14,10%	20,24%	13,66%
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	5,98%	10,30%	9,91%	12,50%	9,59%
Gesamt	0,00%	3,91%	9,62%	11,02%	13,91%	19,82%	13,45%

Absetzungsquote				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	38,95 %	55,56 %	2,38 %	29,45 %

Aus- und Fortbildung

In 2012 wurden in 79 Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie in sechs Workshops 1.449 rheinland-pfälzische Prüfer und 20 Prüfer aus anderen Bundesländern aus- und fortgebildet.

Die Ausbildung der dienstjungen Bezirksbetriebsprüfer erfolgte in der ersten Phase in zwei Einführungslehrgängen "Modellfall Ulmer", 15 PC-Kursen ("BpA-Euro", "IDEA" und "Indirekte Prüfungsmethoden - Verprobung der Einnahmen") sowie in drei Strafrechtslehrgängen. In der 2. Phase wurde die Ausbildung durch zehn steuerliche sowie zwei PC-Seminare ergänzt.

Die Ausbildung der dienstjungen Großbetriebsprüfer sowie der dienstjungen Sachgebietsleiter der Betriebsprüfung erfolgte in insgesamt fünf steuerlichen Seminaren und einem PC-Lehrgang.

Die Fortbildung der bereits eingesetzten Prüfer sowie der Sachgebietsleiter wurde in 23 steuerrechtlichen und 24 PC-Fortbildungsveranstaltungen vorgenommen.

■ **Steuerrechtliche Fortbildungsveranstaltungen**

Neu im Fortbildungsprogramm aufgenommen waren:

- „Englisch-Lehrgänge“ (2 Veranstaltungen)
- „UmwStR für Ansprechpartner“ (1 Veranstaltung)
- „Der praktische Fall des UmwStR“ (1 Veranstaltung)
- „IDEA-Multiplikatorenschulungen“ (2 Veranstaltungen)
- „Workshop der Ansprechpartner UmwStR“ (1 Veranstaltung)

Die länderübergreifenden Seminare "Aktuelle Fragen aus dem Unternehmensteuerrecht" (Baden-Württemberg/NRW/Saarland), "Fortbildung für neu eingesetzte Sachgebietsleiter der Betriebsprüfungsstellen" (Hessen/Thüringen) und „Bilanzbuchhaltung und Prüfungstechnik für dienstjunge Bp-Sachgebietsleiter" (Hessen/Thüringen) fanden im AkademieHotel des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes in Karlsruhe (Teilnahme von 27 rheinland-pfälzischen Prüfern), in der Thüringer Landesfinanzdirektion in Erfurt (Teilnahme von zwei Bp-Sachgebietsleiter) und im Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz Rotenburg an der Fulda (Teilnahme von drei Bp-Sachgebietsleiter) statt.

■ **PC-Fortbildungsveranstaltungen**

Neben den jährlich durchzuführenden Veranstaltungen (in der Einarbeitung, in der Fortbildung Körperschaftsteuer, Workshops "Systemverwalter", Workshop „Datenzugriff“, SAP) wurden in zwölf eintägigen Schulungen den Prüfer die Neuerungen in den PC-Programmen vorgestellt, sowie in sechs eintägigen Seminaren vertiefende Kenntnisse in der Prüfsoftware IDEA vermittelt. Daneben wurden in zwei jeweils zweitägigen Multiplikatorenschulungen 50 Prüfer in den Bereichen Datenzugriff/Fallverwaltung/Makros geschult, die diese Inhalte in bisher 37 Veranstaltungen an über 400 Kollegen in den Finanzämtern weitergegeben haben.

Zur Durchführung der genannten Veranstaltungen wurden überwiegend Dozenten aus der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung eingesetzt (FHFin Edenkoben, Bereiche Einkommen-/Körperschaft- und Umsatzsteuer sowie Betriebsprüfung).

Aus der nachstehenden Übersicht ergibt sich die Entwicklung der Aus- und Fortbildungen (inklusive Workshops und Erfahrungsaustausche) der letzten Jahre:

Jahr	Zahl der Seminare	Teilnehmerzahl insgesamt	Summe der Fortbildungstage	Fortbildungstage je Prüfer*
2008	110	1.982	4.438	7,32
2009	113	1.871	4.012	6,63
2010	81	1.838	4.957	8,35
2011	84	1.622	3.968	6,64
2012	85	1.449	3.331	5,53

* Die Wertermittlung basiert auf dem zum 01.07. eines jeden Jahres vorhandenen Prüferbestand - ohne Berücksichtigung von Ausfallzeiten.

(In den vorgenannten Veranstaltungen sind die externen Seminare, z.B. der Bundesfinanzakademie in Brühl und die Fortbildungsveranstaltungen anderer Gruppen nicht enthalten).

LOHNSTEUER



Statistik zur Lohnsteuer-Außenprüfung

In den Jahren	2011	2012
betrug die Zahl der Arbeitgeber	113.096	115.990
betrug die Anzahl der durchgeführten Prüfungen	6.163	5.678
Gesamtmehrergebnis in Euro	31.942.118	35.811.511
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfung in Euro	5.183	6.307
Anzahl der tatsächlich eingesetzten Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)	100,94	101,78
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfer in Euro	316.447	351.852



STEUERFAHNDUNG BUSSGELDER UND STRAFSACHEN

Steuerfahndung

In den vergangenen Jahren haben die Steuerfahnder in folgendem Umfang geprüft und Amtshilfe geleistet:

Jahr	Fälle	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	2.010	+1,23 v.H.
2009	2.212	+10,05 v.H.
2010	2.507	+13,34 v.H.
2011	3.132	+24,93 v.H.
2012	2.817	-10,06 v.H.

Die Prüfungen führten in diesem Zeitraum zu rechtskräftig festgesetzten Mehrsteuern, einschließlich der Mehrsteuern, für die von einer Festsetzung nach § 156 Abs. 2 AO abgesehen wurde, von:

Jahr	Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	84.708.960 €	-2,14 v.H.
2009	88.362.503 €	+4,31 v.H.
2010	101.004.715 €	+14,31 v.H.
2011	145.312.928 €	+43,87 v.H.
2012	134.506.905 €	-7,44 v.H.

Im Einzelnen wurden folgende Mehrsteuern ermittelt:

Jahr	Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	117.864.814 €	+22,43 v.H.
2009	107.098.443 €	-9,13 v.H.
2010	123.730.933 €	+15,53 v.H.
2011	186.109.621 €	+50,41 v.H.
2012	223.013.037 €	+19,83 v.H.

Die von den Steuerfahndungsdiensten ermittelten Mehrsteuern beruhen in der Mehrzahl auf strafbarem oder ordnungswidrigem Verhalten der Steuerpflichtigen, enthalten aber auch die Ergebnisse von Prüfungen im Besteuerungsverfahren. Der Anstieg der ermittelten Mehrsteuern in den Jahren ab 2011 ist insbesondere auf die Ermittlungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen im Ausland zurückzuführen.

Aufgrund der Ermittlungen der Steuerfahndungsdienste wurden Geldbußen, Geldstrafen und Geldbeträge nach § 153 a StPO wie folgt rechtskräftig festgesetzt:

Jahr	Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr	Geldstrafen Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr	Geldbeträge nach 153a StPO	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	40.620 €	+153,88 v.H.	1.054.375 €	-35,78 v.H.	1.044.027 €	-11,13 v.H.
2009	11.900 €	-70,70 v.H.	2.131.075 €	+102,12 v.H.	1.520.857 €	+45,67 v.H.
2010	182.350 €	+1.432,35 v.H.	1.302.020 €	-38,90 v.H.	1.695.925 €	+11,51 v.H.
2011	106.000 €	-41,87 v.H.	1.068.960 €	-17,90 v.H.	1.298.678 €	-23,42 v.H.
2012	20.900 €	-80,28 v.H.	1.348.325 €	+26,13 v.H.	1.370.945 €	+5,56 v.H.

Außerdem führten die Ermittlungen zur Verhängung von Freiheitsstrafen:

Jahr	Zeitraum (Jahre/Monate)	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	77/02	-25,92 v.H.
2009	94/02	+22,03 v.H.
2010	94/02	+/-0,00 v.H.
2011	93/10	-0,35 v.H.
2012	117/03	+24,96 v.H.

Ein Zusammenhang zwischen den im Jahre 2012 rechtskräftig abgeschlossenen Straf- und Bußgeldverfahren und den rechtskräftig festgesetzten Strafen und Geldbußen einerseits und den im selben Jahr rechtskräftig gewordenen Mehrsteuern andererseits besteht nicht, da die Mehrsteuern in der Regel andere Zeiträume betreffen.

Ergebnisse der Bußgeld- und Strafsachenbearbeitung

Zusammenstellung der von den Bußgeld- und Strafsachenstellen im Jahr 2012 und in den vier davor liegenden Jahren bearbeiteten Vorgängen:

Eingegangene Meldungen

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	8.918	+24,69 v.H.
2009	8.184	-8,23 v.H.
2010	10.919	+33,42 v.H.
2011	8.796	-19,44 v.H.
2012	9.966	+13,30 v.H.

Strafprozessuale Maßnahmen der Bußgeld- und Strafsachenstellen

Verfahrenseinleitungen und -abschlüsse

Jahr	Eingeleitete Strafverfahren	Veränderung gegenüber Vorjahr	Abgeschlossene Strafverfahren	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	3.035	+21,01 v.H.	2.728	+5,13 v.H.
2009	3.328	+9,65 v.H.	3.100	+13,64 v.H.
2010	5.771	+73,41 v.H.	4.218	+36,06 v.H.
2011	4.215	-26,96 v.H.	4.757	+12,78 v.H.
2012	3.968	-5,86 v.H.	4.060	-14,65 v.H.

Die Zunahme der Einleitungen von Strafverfahren und der Verfahrensabschlüsse ab 2010 ist durch den Eingang von Selbstanzeigen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen im Ausland begründet.

Nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellte Strafverfahren aufgrund von Selbstanzeigen

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	109	+/- 0 v.H.
2009	425	+289,91 v.H.
2010	1.206	+183,76 v.H.
2011	1.297	+7,55 v.H.
2012	1.223	-5,71 v.H.

Nach § 153 a StPO eingestellte Verfahren

Jahr	Eingestellte Verfahren	Veränderung gegenüber Vorjahr	Geldbeträge nach § 153a StPO	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	1.071	+5,41 v.H.	1.964.250 €	-2,89 v.H.
2009	1.079	+0,75 v.H.	2.030.865 €	+3,39 v.H.
2010	1.206	+11,77 v.H.	2.314.560 €	+13,97 v.H.
2011	1.314	8,96 v.H.	2.355.216 €	+1,76 v.H.
2012	1.097	-16,51 v.H.	2.538.741 €	+7,79 v.H.

Beantragte Strafbefehle und Abgaben an die Staatsanwaltschaft

Jahr	Beantragte Strafbefehle Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr	Abgaben an die Staatsanwaltschaft Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	162	+3,85 v.H.	412	+8,71 v.H.
2009	164	+1,23 v.H.	409	-0,73 v.H.
2010	213	+29,88 v.H.	500	+22,25 v.H.
2011	206	-3,29 v.H.	454	-9,20 v.H.
2012	177	-14,08 v.H.	466	+2,64 v.H.

Bußgeldfestsetzungen und Urteile

wegen leichtfertiger Steuerverkürzung, Steuergefährdung und Gefährdung von Abzugsteuern

Jahr	Anzahl Bußgeldbescheide	Veränderung gegenüber Vorjahr	Verhängte Geldbußen	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	51	-1,92 v.H.	68.720 €	+15,61 v.H.
2009	79	+54,90 v.H.	64.308 €	-6,42 v.H.
2010	35	-55,70 v.H.	91.830 €	+42,80 v.H.
2011	61	+74,29 v.H.	81.831 €	-10,89 v.H.
2012	95	+55,74 v.H.	101.132 €	+23,59 v.H.

Bußgelder gegen juristische Personen und Personenvereinigungen (§30 OWiG) und wegen der Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen (§130 OWiG)

Jahr	Anzahl Bußgeldbescheide	Veränderung gegenüber Vorjahr	Verhängte Geldbußen	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	0	+/- 0,00 v.H.	0 €	+/- 0,00 v.H.
2009	1	--	2.850 €	--
2010	1	+/- 0,00 v.H.	6.000 €	+110,53 v.H.
2011	2	+100,00 v.H.	80.000 €	+1.233,33 v.H.
2012	2	+/- 0,00 v.H.	70.000 €	-12,50 v.H.

Straferkenntnisse wegen Steuerhinterziehung

Geldstrafen

Jahr	Zahl der Tagessätze	Veränderung gegenüber Vorjahr	Betrag der Geldstrafe in Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	40.935	+5,91 v.H.	1.476.244	+1,92 v.H.
2009	40.929	-0,01 v.H.	2.518.098	+70,57 v.H.
2010	42.489	+3,81 v.H.	1.548.907	-38,49 v.H.
2011	49.185	+15,76 v.H.	1.968.150	+27,07 v.H.
2012	45.812	-6,86 v.H.	1.956.090	-0,61 v.H.

Gesamtdauer der rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen wegen Steuerhinterziehung

Jahr	Dauer J/M	Veränderung gegenüber Vorjahr
2008	90/07	-15,41 v.H.
2009	80/10	-10,76 v.H.
2010	115/05	+42,78 v.H.
2011	142/03	+23,25 v.H.
2012	160/05	+12,77 v.H.

STEUERPRÜFUNG

Aus- und Fortbildung

Die Bediensteten der Steuerfahndung und der Bußgeld- und Strafsachenstellen wurden in 2012 in 34 Seminaren aus- und fortgebildet. Siebzehn dieser Veranstaltungen fanden im Rahmen des Steuerstrafrechtlichen Ausbildungsverbundes der Länder statt, dem neben Rheinland-Pfalz die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen angehören. Davon wurden wiederum sieben Seminare vom Fachreferat der Oberfinanzdirektion Koblenz organisiert und durchgeführt.

Insgesamt haben an den Veranstaltungen des Fachreferats 537 Bedienstete aus Rheinland-Pfalz und den oben genannten Bundesländern teilgenommen.

UMSATZSTEUERBETRUGSBEKÄMPFUNG ALS QUERSCHNITTAUFGABE DER REFERATE STEUERFAHNDUNG UND UMSATZSTEUER

Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs ist eine Querschnittsaufgabe der Referate St 43 (Steuerfahndung) und St 44 (Umsatzsteuer). Die Aufgabe wird wahrgenommen durch die Zentralstelle für Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung bei der OFD Koblenz, in der unter Federführung des Steuerfahndungsreferates Bearbeiter aus beiden Referaten zusammenarbeiten. Die Zentralstelle ist zuständig für die Kontakte zu anderen Ländern und dem Bund sowie für die landesweite Koordinierung der Aktivitäten der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung.

Das Umsatzsteuerreferat betreut federführend die Fortbildung von Prüfern aus den Bereichen Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung (Fallstudie Rotenburger) sowie die Datenbank Zauber.

Das Steuerfahndungsreferat sammelt und koordiniert u.a. die Kontakte zur „zentralen Stelle zur Koordinierung der Prüfungsmaßnahmen der Länder im Bereich der Umsatzsteuer (KUSS)“ beim Bundeszentralamt für Steuern.

Das operative Geschäft der Fallbearbeitung wird von den Umsatzsteuer-Sonderprüfungsstellen in den Finanzämtern sowie den aus Steuerfahndern und Umsatzsteuer-Sonderprüfern zusammengesetzten „Operativen-Ermittlungs-Teams (OET)“ wahrgenommen.

Informations-Sammel-Datei Rheinland-Pfalz (Info SaD-RLP)

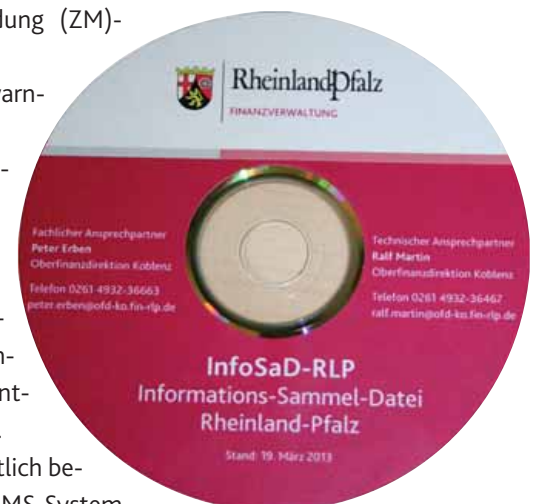
Im Risikomanagement-System (RMS)-Bereich zur USt-Betrugsbekämpfung sind in den letzten Jahren zu den im UVV- und USt-Verfahren eingesetzten Programmhinweisen eine Vielzahl von zusätzlichen Informationsquellen aus unterschiedlichen Verwaltungsebenen (Land, Bund und EU) geschaffen worden. Hier sind insbesondere folgende Verfahren zu nennen:

- Kontrollmitteilungen des BZSt über Erwerbssteigerungen (Steigerungsfälle, Jahreszahlerfälle, Neugründungsfälle),
- Kontrollmitteilungen des BZSt über die Zusammenfassende Meldung (ZM)-Verweigerer,
- EUROFISC WF 1 und WF 2 (europaweite Risiko-Management-Frühwarnsysteme zur Erkennung von USt-Betrugsfälle) und
- NEPOMUK und NEPTUN (beides KONSENS-Produkte, die als sog. „neuronal“ Produkte von sich aus lernfähig sind).

Um die Anzahl der auftretenden Fälle (Ergebnisse aus den entsprechenden Verfahrensläufen) besser verwalten zu können und gleichzeitig möglichst schnell einen Gesamtüberblick zu erhalten, wurde in der Zentralstelle für Umsatzsteuer-Betrugsbekämpfung der OFD Koblenz in enger Zusammenarbeit mit dem Automationsbereich eine neue Datei (InfoSaD-RLP) entwickelt. Die Datei arbeitet auf der Basis von Microsoft Office Access 2003.

Die Entwicklung der Datei wurde von der Idee geleitet, dass sich vermeintlich betrugsbehaftete Unternehmer nicht nur ein Mal und nicht nur in einem RMS-System zeigen. Anhand einer Importfunktion können über Datenschnittstellen die Ergebnisse einzelner RMS-Verfahren elektronisch verarbeitet und mehrfach gelistete Fälle sofort angezeigt werden.

Zusätzlich können – unabhängig von den Namen der handelnden Unternehmen – auch Fälle mit vergleichbarem Betrugsmuster (z. B. In-/Out-Buffer) dargestellt und Auswertungen für statistische Zwecke durchgeführt werden.



Bundeseinheitliche Fallstudie Rotenburger

Seit 2008 werden die rheinland-pfälzischen Betriebsprüfer und Umsatzsteuer-Sonderprüfer im Rahmen einer einwöchigen Fortbildungsveranstaltung anhand dieser Fallstudie frühzeitig auf typische Betrugsmuster aufmerksam gemacht.

In 2012 konnte die Fallstudie zweimal durchgeführt werden.

Am ersten Tag der Studie werden die Aufgaben der Zollverwaltung vorgestellt und aufgezeigt, wie wichtig und sinnvoll die Zusammenarbeit zwischen Zoll und Finanzverwaltung ist. An den folgenden Tagen geht es darum, die Kollegen für mögliche Betrugs-szenarien zu sensibilisieren und zu verdeutlichen, welche Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung ergriffen werden können.

Die Teilnehmer begrüßten besonders, dass sich die Prüfer-Teams aus den beiden Außendienststellen USt-Sonderprüfung und Betriebsprüfung zusammensetzten. Hierdurch konnte jeder von den Erfahrungen des anderen Prüfungsdienstes profitieren.

Datenbank Zauber

Programmänderungen

Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) stellt seit Anfang Mai 2012 die neue Programmversion 8.0 der Datenbank ZAUBER sowie die aktualisierte Fassung des Anwenderhandbuchs (Version 8.0, Stand Mai 2012) auf der ZAUBER-Startseite zur Verfügung. Die wesentlichen Programmänderungen sind dort dokumentiert.

Nutzung der Datenbank ZAUBER

Quartal	aktive Benutzer	zugel. Benutzer	Anmeldungen (Login)	Suche mit Treffer	Suche ohne Treffer	Lesezugriffe auf Fallebene	Neuaufnahmen Fälle	Änderungen Fälle
I/2012	603	3.964	3.766	2.037	5.912	3.399	98	259
II/2012	554	3.981	3.177	1.727	4.731	2.844	52	247
III/2012	556	4.012	3.005	1.717	4.812	2.847	66	302
IV/2012	537	4.044	2.803	1.587	4.158	3.050	56	353
Summe			12.751	7.068	19.613	12.140	272	1.161
Vergleich auf Bundesebene								
Bund			484.161	245.191	821.608	369.122	15.401	42.392
Anteil RLP			2,63 %	2,88 %	2,39 %	3,29 %	1,77 %	2,74 %

Eingegebene Fälle in die Datenbank ZAUBER

Quartal	eingegebene Fälle	allgemeine Betrugsfälle	Scheinrechnungen	Kfz-Fälle	Scheinunternehmen	Mehrergebnisfälle	Gründungs-täter
I/2012	98	38	5	3	68	0	0
II/2012	52	25	6	3	29	0	0
III/2012	66	26	4	3	37	0	0
IV/2012	56	11	7	1	46	0	0
Summe	272	100	22	10	180	0	0
Vergleich auf Bundesebene							
Bund	15.401	7.034	785	637	8.162	1	22
Anteil RLP	1,77 %	1,42 %	2,80 %	1,57 %	2,21 %	0,00 %	0,00 %

Die Statistiken zur Datenbank Zauber werden jedes Quartal auf der Zauber-Startseite und im Intranet der OFD Koblenz eingestellt.

Länderübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des KUSS-Konzepts

Aus der Statistik der zentralen Stelle zur Koordinierung der Prüfungsmaßnahmen der Länder im Bereich der Umsatzsteuer (KUSS), die - von Seiten der KUSS - aktuell für 2011 vorliegt, ergeben sich aus Sicht des Bundes für Rheinland-Pfalz folgende Fallmeldungen:

Falleingänge (01.01.2011 – 31.12.2011)

	Koordinierungs-fälle	Unterrichtungs-fälle	Summe der gemeldeten Fälle	Anteil USt-Sopr	Anteil Steufa
Bund	466	252	718	524	136
Anteil RLP Fälle	25	10	35	18	17
Anteil RLP in %	5,36	3,97	4,87	3,44	12,50

Aufteilung der Falleingänge

	länder- und staaten- übergreifende Koordinierung	länderüber- greifende Koordinierung	staatenübergreifende Koordinierung	gesamt
Bund	208	343	167	718
Anteil RLP Fälle	15	12	8	35
Anteil RLP in %	7,21	3,5	4,79	4,87

Ergebnisse der OET

Die von den anderen Bundesländern über die KUSS geleiteten Überprüfungsfälle werden in Rheinland-Pfalz von den Operativen Ermittlungs-Teams (OET) zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung sowie von den Umsatzsteuersonderprüfern bearbeitet. Die von den OET bearbeiteten KUSS-Fälle sind in der nachfolgenden Aufstellung enthalten:

OET beim Finanzamt	Gesamteingang seit Gründung	Eingang 2012	Abschluss 2012	Mehrergebnis €	Tatsächlich vorhandene Prüfer 31.12.
Kaiserslautern	344	94	20	2.113.398	1,87
Koblenz	776	106	48	5.498.572	1,87
Mainz-Süd	392	84	35	1.678.504	2
Neustadt	452	109	37	8.292.819	1,83
Trier	330	41	33	611.942	1,81
OFD Koblenz	2.294	434	173	18.195.235	9,38

UMSATZSTEUER



Entwicklung des Grundkennbuchstabens U

Besteuerungszeitraum	Stichtag	Zahl der Fälle	(gegenüber Vorjahr)	
			+/-	in %
2010	31.12.2011	291.995	+6.874	+2,41
2011	31.12.2012	301.539	+9.544	+3,27

Im Fünfjahresvergleich ist die Zahl der Umsatzsteuerfälle (von 279.877 auf 301.539) um 21.662 = rd. 7,74 % gegenüber 2007 angestiegen.

Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens im Dreijahresvergleich

Haushaltsjahr	Betrag	(gegenüber Vorjahr)	
		+/-	in %
2010	5.318.321.566,53 €	-157.043.211,64 €	-2,95 %
2011	5.291.604.903,76 €	-26.716.662,77 €	-0,50 %
2012	5.549.074.688,88 €	+257.469.785,12 €	+4,87 %

Umsatzsteuer-Sonderprüfung

	2011	2012
Anzahl der durchgeführten Prüfungen	6.403	6.443
Gesamtergebnis in Euro	93.971.051	125.460.705
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfung in Euro	14.676	19.472
Zahl der im Kalenderjahr vorhandenen USt-Sonderprüfer	106	112
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfer in Euro	884.433	1.121.186
nachrichtlich:		
durchgeführte Umsatzsteuer-Nachschaun	1.473	1.600
Prüfungsergebnis in Euro	5.039.936	4.002.753

Aus- und Fortbildung

Der Vorrang der Arbeiten lag - wie in den Vorjahren - bei der Aus- und Fortbildung. Fortbildungen wurden für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, die Umsatzsteuerstellen, die USt-Hauptsachgebietsleiter und USt-Hauptsachbearbeiter sowie für die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung durchgeführt. Insgesamt organisierte und führte das Umsatzsteuer-Referat für **522 Bedienstete an 72 Fortbildungstagen 31 Fortbildungen** durch. Schwerpunkte der Fortbildung lagen bei der Vermittlung von Umsatzsteuer-

erwiesen im Rahmen von mehrtägigen Fallstudien (Düssel und Rotenburger) sowie im Bereich des Datenzugriffs. Im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Fachreferat Umsatzsteuer und dem Fachbereich Umsatz-/Anmeldungssteuern der Automation konnte für 38 Sachbearbeiter der Umsatzsteuer-Stellen erstmals ergänzend eine Veranstaltung zur „Bearbeitung von steuerfachlichen Hinweisen im UVV-Verfahren“ durchgeführt werden.

An den Veranstaltungen haben zusätzlich **58 Bedienstete** aus anderen Bundesländern (Saarland, Hessen) sowie aus dem Bereich der Zollverwaltung und des Finanzgerichts teilgenommen.

Dabei zeichnet sich insbesondere die Fortbildungsveranstaltung „Aktuelle Fragen des Umsatzsteuerrechts für den Außendienst“ durch die Beteiligung eines breiten Teilnehmerforums über mehrere Entscheidungsebenen als besonders wertvoll aus. Durch die Teilnahme der Finanzrichter des 6. Senats des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz (Umsatzsteuer-Senat), Vertreterinnen der Prozessvertretung und Vertretern des Zolls sowie Bedienstete benachbarter Oberfinanzdirektionen an dieser Veranstaltung - die schwerpunktmäßig für Umsatzsteuer-Sonderprüfer konzipiert ist - konnte ein besonders intensiver Meinungs- und Erfahrungsaustausch auf kurzem Wege erreicht werden.

Bedienstete des Umsatzsteuer-Referats haben zudem in Kooperation mit der saarländischen Finanzverwaltung im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung im Saarland referiert sowie fachübergreifend bei Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Betriebsprüfung und bei Workshops zur Umsatzsteuer-Betrugsbekämpfung mitgewirkt.

Amtshilfe Umsatzsteuer

Direkte Amtshilfe

Durch die Ausdehnung der direkten Amtshilfe in Umsatzsteuer-Sachen auf die Inter-région Est in Frankreich, das Königreich Belgien sowie das Großherzogtum Luxemburg werden regelmäßig bilaterale Sitzungen der begleitenden Arbeitsgruppen im Bereich der zwischenstaatlichen Amtshilfe durchgeführt.

Frankreich: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben in den Jahren 2000 bzw. in 2003 einen direkten Auskunftsverkehr zwischen den beiden Staaten im Bereich der Umsatzsteuer und Ertragssteuern beschlossen. Auf deutscher Seite nehmen die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie das Saarland teil; auf französischer Seite vierzehn ostfranzösische Departements (Interrégion Est).

Auf der Grundlage dieser Abkommen fand im Mai 2012 die turnusmäßige Amtshilfetagung zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Finanzverwaltung in Colmar statt.

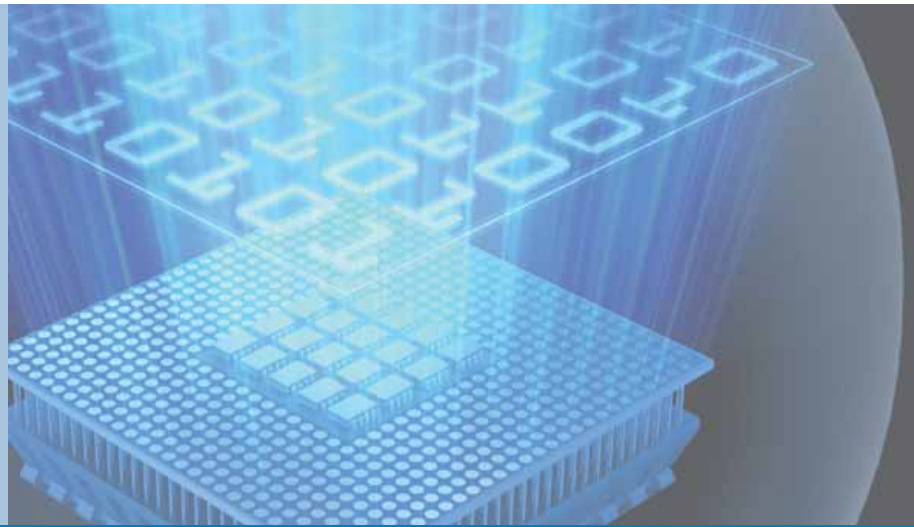
Auf rheinland-pfälzischer Seite nahmen Vertreter der Fachreferate der Oberfinanzdirektion Koblenz sowie Vertreter des Finanzamts Trier an der Tagung teil.

Luxemburg: Die turnusmäßige Amtshilfetagung fand im März 2012 in Saarbrücken statt.

Belgien: Die turnusmäßige Amtshilfetagung richtete das Umsatzsteuer-Referat der Oberfinanzdirektion Koblenz im Mai 2012 in Trier aus.

Direkte Amtshilfe

Ein Bediensteter des Umsatzsteuer-Referats hat im September 2012 an einem länderübergreifenden Erfahrungsaustausch zur zwischenstaatlichen Amtshilfe in Umsatzsteuersachen in Bonn teilgenommen.



Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin)

PROJEKT- UND AUFTRAGSMANAGEMENT IN DER ZDFIN

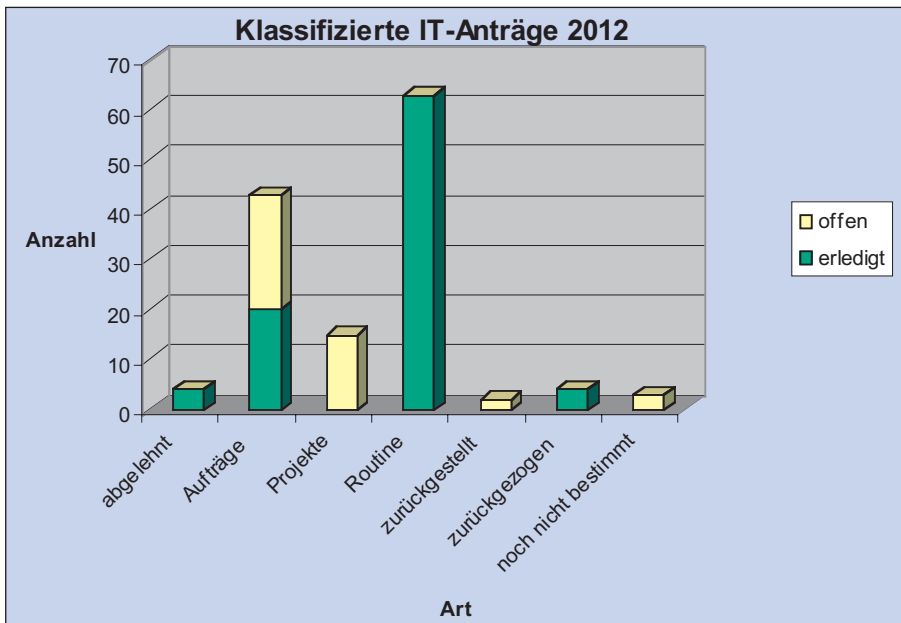
Seit November 2007 werden alle IT-Anforderungen an die ZDFin und die daraus resultierenden Aufträge, Projekte und Routinen im Projekt- und Auftragsbüro (PAB) der ZDFin verwaltet und dort auch das Projektcontrolling betrieben.

Die IT-Anforderungen von IT-Kunden werden vom Projekt- und Auftragsbüro in drei Stufen klassifiziert:

- **Routinetätigkeiten** sind definierte IT-Prozesse, die i.d.R. ohne Unterbrechung und ohne Abstimmungsaufwand von einer Person abgearbeitet werden können.
- Ein **Auftrag** ist ein Vorhaben, das aus den Routinetätigkeiten herausragt, das aber nicht die Kriterien eines Projekts erfüllt.
- Ein **Projekt** ist ein Vorhaben, das sich von Routinetätigkeiten und von Aufträgen durch bestimmte Kriterien, insbesondere hohe Dauer, Komplexität und Abstimmungsaufwand, unterscheidet.

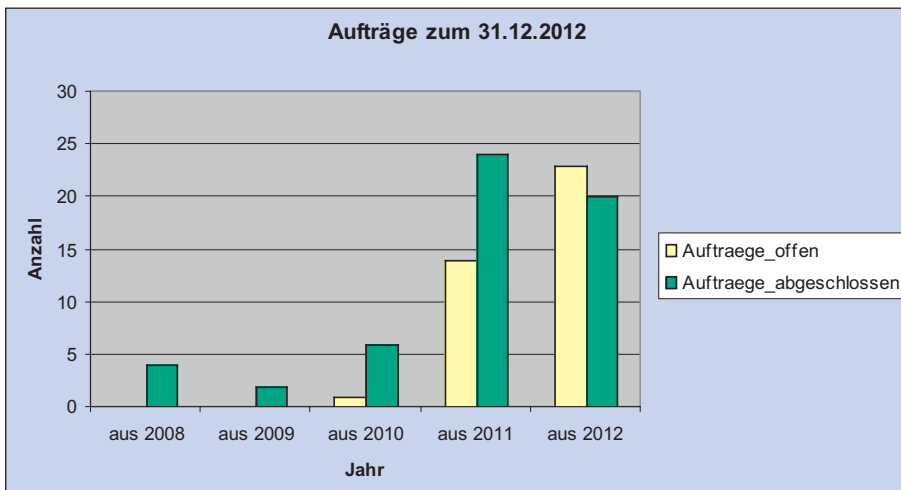
IT-Anträge

Im Projekt- und Auftragsbüro (PAB) gingen im Jahr 2012 insgesamt 134 Anträge auf IT-Anforderung ein.



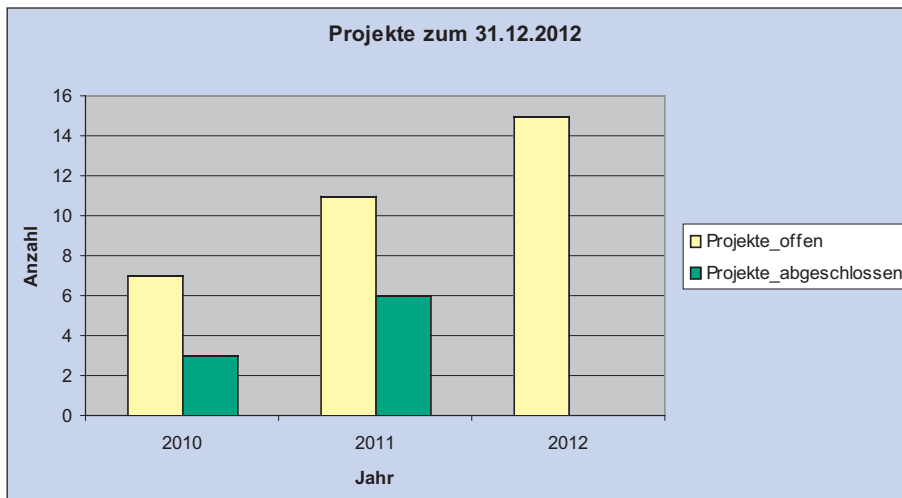
Aufträge

Aus den vor 2011 eingegangenen und als Aufträgen klassifizierten IT-Anträgen waren zum 31.12.2011 51 Aufträge noch nicht abgeschlossen. Zusammen mit den im Jahr 2012 43 neu klassifizierten Aufträgen konnten 56 Aufträge abgeschlossen werden, 38 Aufträge waren zum Stand 31.12.2012 noch in Bearbeitung und damit offen.



Projekte

Aus den vor 2012 eingegangenen und als Projekten klassifizierten IT-Anträgen waren zum 31.12.2011 27 Projekte noch nicht abgeschlossen. Zusammen mit den im Jahr 2012 15 neu klassifizierten Projekten konnten 9 Projekte abgeschlossen werden, 33 Projekte waren zum Stand 31.12.2012 noch in Bearbeitung und damit offen.



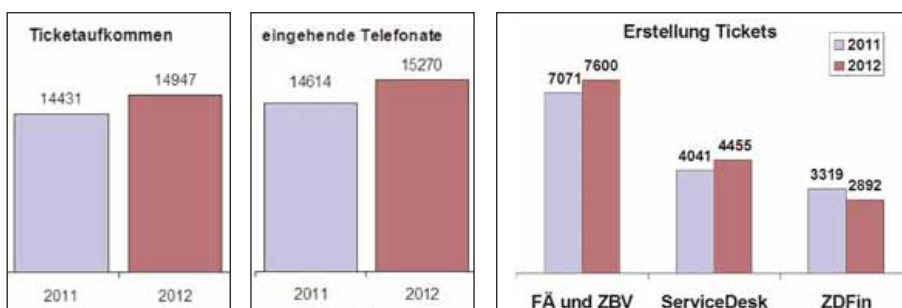
SERVICE-DESK DER ZDFIN

Aus der einstigen „Hotline“ über den „Helpdesk“ hat sich der heutige „ServiceDesk“ entwickelt, mit veränderten aber auch völlig neuen Aufgaben. Im Folgenden wird auf eine kleine Auswahl der Aufgabenfelder eingegangen.

Tickets

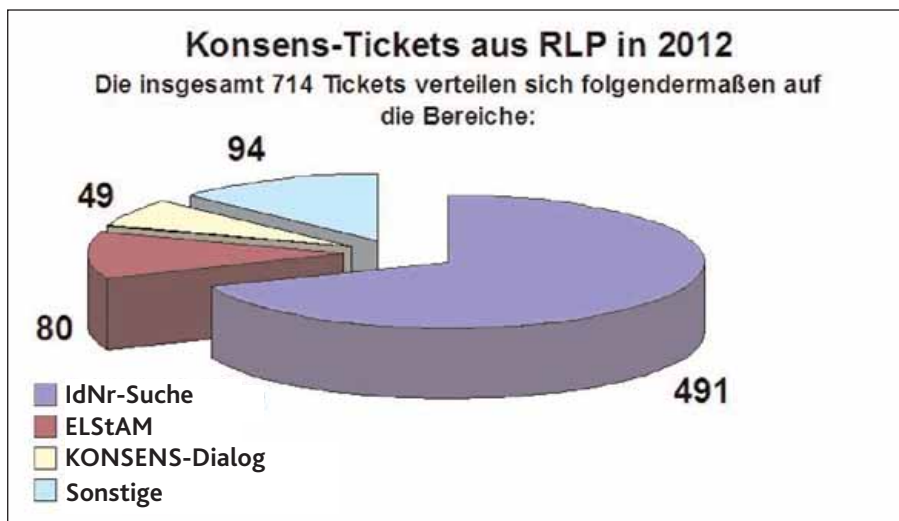
Bei örtlich auftretenden IT- Problemen und Service-Anfragen haben die lokalen Systembetreuer der Finanzämter den ServiceDesk in seiner Funktion als 1st-Level Support abgelöst. Nur noch den Kollegen der Oberfinanzdirektion und der ZDFin steht der ServiceDesk als erster Ansprechpartner zur Verfügung. Der ServiceDesk – nunmehr überwiegend in seiner Funktion als 2nd-Level Support - prüft und bearbeitet alle durch den 1st-Level-Support elektronisch als Tickets erfassten IT-Anfragen und Störungen. Vielfach werden in dieser Bearbeitungsstufe die Anfragen bereits gelöst bzw. erledigt. Andernfalls werden die Tickets in einer weiteren Phase an die Fachabteilungen der ZDFin, den sogenannten 3rd-Level-Support, weitergeleitet.

Anhand der Vorjahreswerte 2011 ist erkennbar, dass im Jahr 2012 das Ticketaufkommen, sowie die Zahl der Anrufer im ServiceDesk bei leicht gestiegener Tendenz, sich auf einem Niveau zwischen 14.000 und 15.000 Fällen eingependelt haben.



KONSENS-Tickets

EDV-Probleme in KONSENS-Verfahren werden an die zuständige IT-Abteilung des jeweiligen Bundeslandes gemeldet. Dies geschah bisher über eine externe Webanwendung. Seit August 2012 ist es möglich, diese Fehler über unser landesweit etabliertes Softwaretool „TicketControl“ zu erfassen und über die IMK-Plattform (Incident-Management-Konsens-Plattform) der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung an das Ticketsystem des jeweiligen Landes zu senden. Hierdurch wird die Ticketerfassung beschleunigt und das Handling vereinfacht. Außerdem entlastet es die Kollegen, die mit der Bearbeitung von häufig auftretenden Fehlern, in den neu aufgebauten, zentralen Konsens-Datenbeständen ELStAM (Elektronische LohnsteuerAbzugsMerkmale) und IdNr (Steuer-Identifikationsnummer) befasst sind.



FACHREFERATE DER ZDFIN

Einführung KONSENS-Produkt BuKon und offizieller Einsatz EOSS-Konzernverzeichnis

Im Juni 2012 wurden das KONSENS-Produkt BuKon - Bundeseinheitliches Konzernverzeichnis - und das EOSS-Konzernverzeichnis - Konzernverknüpfungen auf Landesebene - eingeführt. In BuKon werden die Daten zu Konzernen in regelmäßigen Abständen aus allen Bundesländern gesammelt und für die Finanzämter abfragbar zur Verfügung gestellt.

Alle notwendigen betrieblichen Daten zu den rheinland-pfälzischen Konzernbetrieben, zu den geprüften Fällen, den geprüften Zeiträumen sowie die Namen der Prüfer werden wöchentlich aus der DAVID-Datei BPK ausgelesen und an das Speicherkonto übermittelt. Diese Daten werden monatlich aus dem Speicherkonto in das EOSS-Konzernverzeichnis übernommen. Daten von Konzernbetrieben außerhalb von Rheinland-Pfalz werden personell im EOSS-Konzernverzeichnis erfasst und gepflegt. Anhand der zuvor ermittelten Daten wird monatlich ein Update für das Bundeseinheitliche Konzernverzeichnis BuKon erstellt. Diese Informationen werden elektronisch zur Weiterverarbeitung nach NRW gesendet und stehen anschließend bundesweit den Betriebsprüfern zur Verfügung.

Übergabe der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer an den Bund

Der Bund hat zum 1. Juli 2009 die Ertrags- und Verwaltungshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt) von den Ländern übernommen. Die Länder verwalten seitdem die KraftSt im Wege der Organleihe bis längstens 30. Juni 2014. Ab 2014 soll innerhalb des Geschäftsbereichs des BMF die Zollverwaltung mit 41 Hauptzollämtern für die Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Kraftfahrzeugsteuer zuständig sein.

Für die Produktivmigration und Inbetriebnahme des IT-Verfahrens auf Seiten des Bundes wurden in Zusammenarbeit mit den Ländern im Laufe des Jahres 2012 umfangreiche Konzepte erarbeitet.

Dazu wurden im Projekt KraftSt/Zoll die Verfahrensbesonderheiten der Länder untersucht, um ein neues Festsetzungsverfahren und die Anpassung eines bestehenden Erhebungsverfahrens zu konzipieren. Die an den Bund zu übergebenden Daten setzen sich aus den Festsetzungs- und Erhebungsdaten (=Steuerkonto) sowie den Vollstreckungsdaten (VO-Datenbank), den archivierten Daten und den Papierakten zusammen. Aufgrund des riesigen Datenvolumens erfolgt die Produktivmigration in vier Tranchen. Rheinland-Pfalz wird seine Daten am 04.04.2014 migrieren.

Erste Testdatenlieferungen erfolgten im Sommer 2012 und im Januar 2013. Das entsprechende IT-Verfahren soll ab Juli 2013 pilotiert werden.

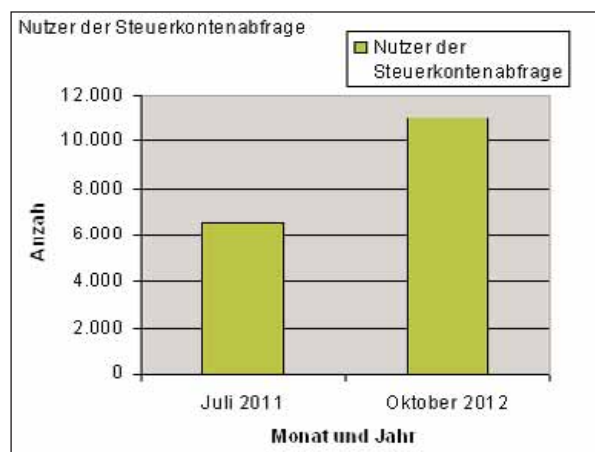
Zur umfassenden Einarbeitung der künftigen Bearbeiter der Kraftfahrzeugsteuer beim Zoll sind längerfristige Hospitationen an den Finanzämtern der Länder geplant, die in Rheinland-Pfalz im 2. Quartal 2013 beginnen und bis zum Tag der Produktivmigration dauern können.

Steuerkontoabfrage

Die Oberfinanzdirektion Koblenz hat die Nutzung der ELSTER-Steuerkontoabfrage auf weiteren Informationsveranstaltungen unter dem Motto „Gemeinsam in die digitale Zukunft“ im April/Mai 2012 in Trier, Neustadt und Mainz in Zusammenarbeit mit der DATEV und dem Steuerberaterverband empfohlen.

Wie bei der Auftaktveranstaltung in der OFD im Spätsommer 2011 war die Beteiligung hoch und die umfassende Betrachtung und Darstellung der Steuerkontoabfrage aus verschiedenen Blickwinkeln wurde sehr positiv aufgenommen (siehe auch Seite 30).

Die Inanspruchnahme der Steuerkontoabfrage ist seit dem deutlich angestiegen. So wuchs die Zahl der Nutzer (inkl. Untervollmachten) seit Juli 2011 bis Ende Oktober 2012 von 6.500 auf 11.000 (das entspricht einer Steigerungsrate von fast 70 %). Für die Steuerberater sind nunmehr insgesamt rund 340.000 Abfrageberechtigungen (inkl. Untervollmachten) erteilt worden, mit denen auf über 69.000 Steuerkonten online zugegriffen werden kann.



SEPA – Single Euro Payments Area

Am 31. März 2012 ist die SEPA-Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Kraft getreten. Inländische Überweisungen und Lastschriften werden danach bis zum 1. Februar 2014 durch die europäischen SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften abgelöst.

Zur Beschleunigung der Analyse und Umsetzung dieser Verfahren auf Bundesebene wurde die Bundesarbeitsgruppe AG Erh./SEPA gegründet, in der auch die ZDFin vertreten ist. In der ZDFin wurden in 2012 entsprechend zwei Projekte aufgesetzt.

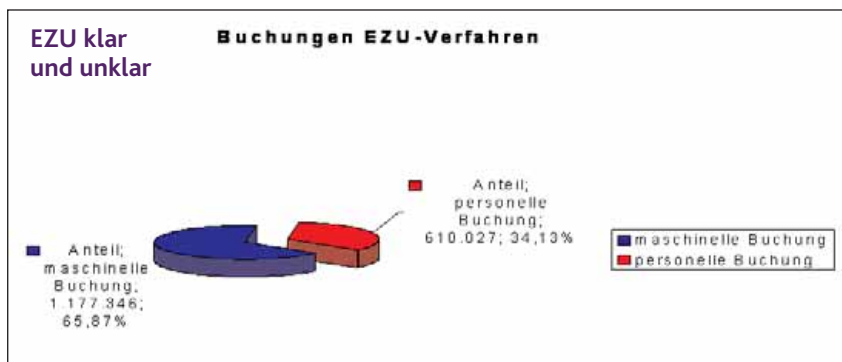
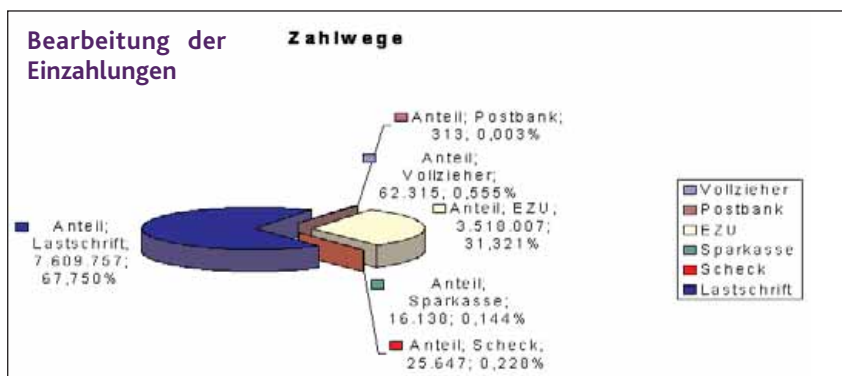
Seit Herbst 2012 können die Finanzämter IBAN und BIC in den Grunddaten des jeweiligen Steuerfalls speichern. Es ist bundesweit geplant, im Frühjahr/Sommer 2013 erste inländische SEPA-Überweisungen vorzunehmen. Die Umstellung der herkömmlichen Bankverbindungen in SEPA-Bankverbindungen erfolgt im Sommer 2013 zentral durch die ZDFin. Ab 01.02.2014 werden sämtliche Auszahlungen der Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz als SEPA-Überweisungen ausgeführt.

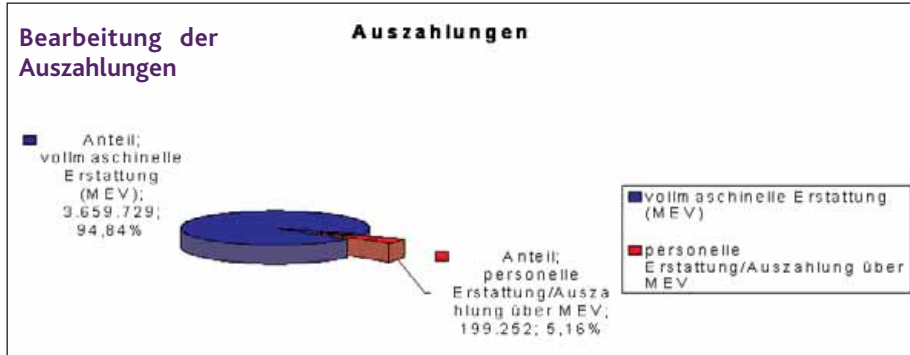
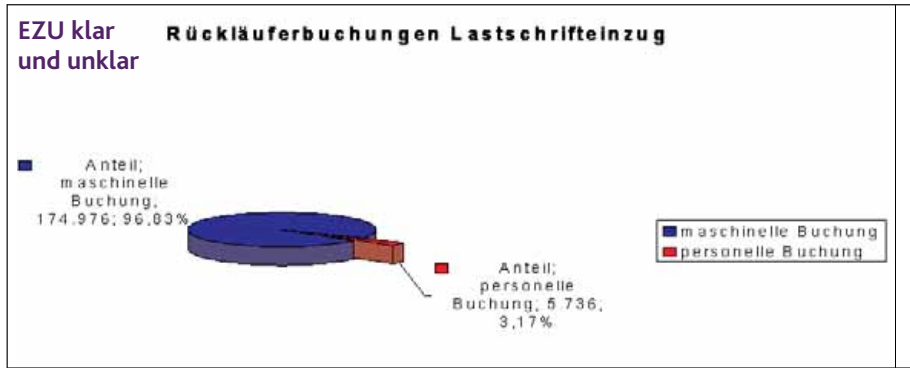
Erst ab diesem Zeitpunkt ist dann auch die Speicherung von ausländischen IBAN/BIC und die automatisierte Durchführung von SEPA-Auslandsüberweisungen, d.h. Erstattung auf ausländische Konten der Steuerpflichtigen im SEPA-Raum, möglich.

Voraussichtlich im Herbst 2013 können die Bediensteten der Finanzämter die ersten SEPA Mandate speichern. Dann wird für diese Fälle auch das SEPA-Lastschriftverfahren eingesetzt werden. Bis spätestens Ende des Jahres 2013 ist die Bestandsumstellung geplant, in der die bisher gespeicherten Lastschrifteinzugsermächtigungen in SEPA-Basislastschriftmandate umgewandelt werden. Ab 01.02.2014 werden nur noch SEPA Lastschriften beauftragt.

Unterstützung der Einzahlungen und Auszahlungen durch zentrale maschinelle Verfahren

Die Unterstützung der zentralen maschinellen Verfahren bleibt oft unbemerkt. Die nachfolgenden Übersichten verdeutlichen das Maß an Hilfestellungen für die Bediensteten im Bereich des Zahlungsverkehrs.



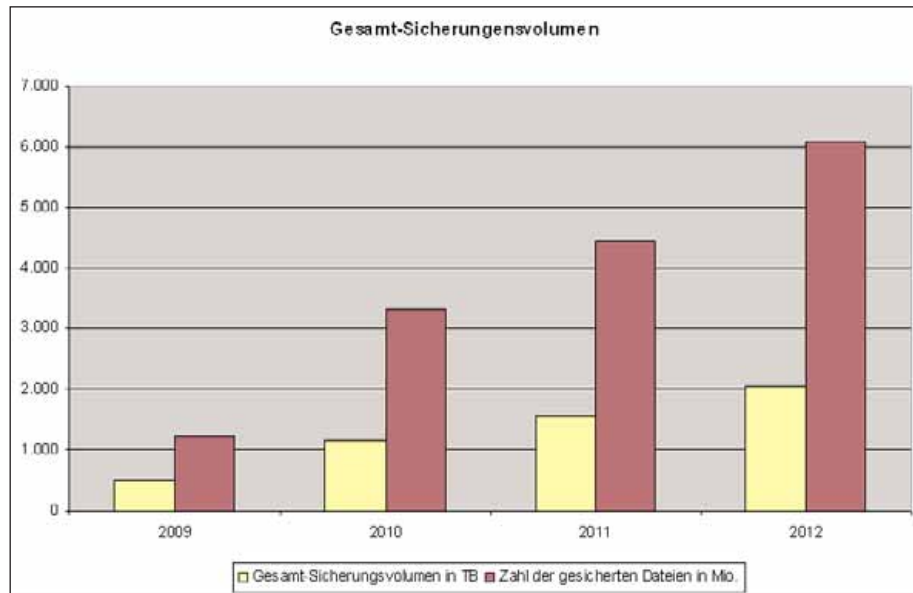


1 Byte = 8 Bit
 1 Kilobyte = 1024 Byte
 1 Megabyte = 1024 Kilobyte
 1 Gigabyte = 1024 Megabyte
 1 Terabyte = 1024 Gigabyte
 1 Petabyte = 1024 Terabyte
 1 Exabyte = 1024 Petabyte
 (Quelle: Wikipedia)

Anstieg des Datensicherungsvolumen

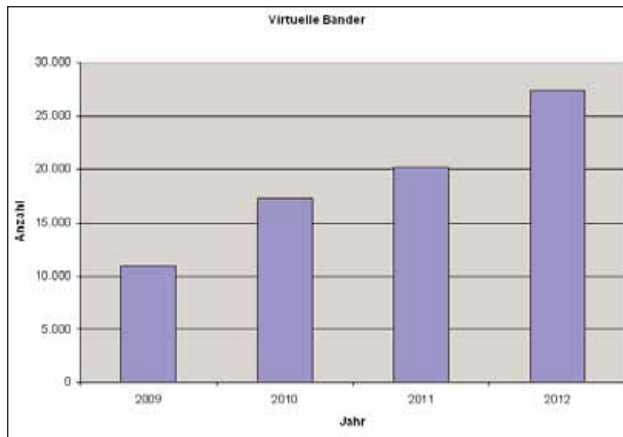
Seit Anfang 2009 ist das Datensicherungs-Programm NetWorker produktiv und löste das bis dahin im Einsatz befindliche FDR-Upstream ab. NetWorker sichert sowohl Dateien und Datenbanken als auch ganze Serversysteme als Image.

Im Jahr 2012 wurden täglich durch inkrementelle Sicherungen im Schnitt 5 Terabyte (TB) an Daten gesichert.



Das Gesamtsicherungsvolumen hat sich in den letzten vier Jahren **vervierfacht**, die Anzahl der gesicherten Dateien sogar fast **versechsfacht**.

Die von NetWorker produzierten Sicherungen, werden mittels einer Virtual Tape Library gespeichert. Hier werden die Sicherungen erst auf virtuelle Bänder (eigentlich auf Festplatte) à 20 Gigabyte geschrieben und erst später auf echte Bänder verschoben. Diese Vorgehensweise ist flexibler und schneller.



Systemumstellung UNIFA-Server im Zuge des Einsatzes der UNIFA-Version 5.3.3

Zu Beginn des Jahres lief der Hersteller-Support für die derzeit auf den UNIFA-Servern eingesetzten Betriebssystem- und Datenbank-Versionen aus.

Nach den Vorgaben der KONSENS-Architektursteuerung war diese Umstellung zwingend für alle KONSENS-Länder bis zum 16.09.2012 durchzuführen, da zukünftige Weiterentwicklungen nur noch auf Basis der neuen Betriebssystem- und Datenbank-Versionen erfolgen und ansonsten nicht mehr installiert werden könnten.

Die Umstellung auf diese neue Systemarchitektur erfolgte in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Einsatzes der Unifa-Version 5.3.3.

Einhergehend mit der Umstellung der UNIFA-Server musste auch auf den UNIFA-Terminalservern (= UNIFA-Clients) die UNIFA-Version 5.3.3 zum Einsatz gebracht werden.

Die Systemumstellung der UNIFA-Umgebung erforderte einen hohen Planungs- und Koordinierungsaufwand. Deshalb wurde die Umstellung im Rahmen eines Projekts durchgeführt.

Sie war nicht vergleichbar mit den bisherigen Einsätzen neuer UNIFA-Versionen und konnte deshalb auch nicht landesweit zeitgleich in Einsatz gebracht werden.

Bedingt durch einen Systemarchitektur-Wechsel von 32-Bit auf 64-Bit konnten die UNIFA-Server nicht einfach „hochgerüstet“ werden, sondern mussten komplett neu und parallel zu den ursprünglichen Servern installiert/betrieben und die Datenbank- und Dateisystem-Inhalte migriert werden.

Der Projektzeitraum wurde durch den produktiven Einsatzes des KONSENS-Produktes DBRB in Rheinland-Pfalz im Dezember 2011 sowie durch die anstehende Office-2007-Migration und den Einsatz der UNIFA-Version 5.4 auf die Monate Januar und Februar 2012 begrenzt.

Dank der sehr guten Zusammenarbeit innerhalb des Projektteams, mit den Administratoren in den Finanzämtern vor Ort sowie der Kooperation mit Ansprechpartnern im EOSS/KONSENS-Verbundes konnte das Projekt, trotz des engen zeitlichen Rahmens, termingerecht und ohne Datenverlust abgeschlossen werden.

Rheinland-Pfalz war zu diesem Zeitpunkt (Ende Februar 2012) erst das zweite Bundesland (nach Bayern), welches diese Systemumstellung flächendeckend durchgeführt hatte.

Insgesamt wurden im Rahmen des Projektes

- 50 UNIFA-Server neu installiert
- 50 Datenbank- und Dateisysteme migriert u.a. Acustig-Berechtigungsdaten, Eingaben der Bearbeiter in UNIFA, Office-Dokumente und -vorlagen, Bifi-Daten etc.
- Ferner wurden 190 Terminalserver neu installiert und konfiguriert

Speyer-
Germersheim

Trier

Worms-
Kirchheimbolanden

**Altenkirchen-
Hachenburg**

Bad Kreuznach

Bad Neuenahr-
Ahrweiler

Bernkastel-
Wittlich

Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg

Hauptstelle:

Frankfurter Str. 21
57610 Altenkirchen

Außenstelle:

Tilmannstr. 8
57627 Hachenburg

Telefon: 0 26 81 86 - 0

Telefax: 0 26 81 86 - 10 090

Telefon: 0 26 62 94 52 - 0

Telefax: 0 26 62 94 52 10 092

E-Mail: poststelle@fa-ak.fin-rlp.de

www.finanzamt-altenkirchen-hachenburg.de



Hauptstelle in Altenkirchen

Personal

Vorsteher:	Hans-Dieter Wirth
Personalstand:	252 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,27 %*
Durchschnittsalter:	45,55 Jahre*
Anwärter:	20*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Altenkirchen, vom Westerwaldkreis die Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg, Rennerod und Westerburg
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	223.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Neuwied

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	214.299 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	66.681 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	32.252 €	Übrige Steuern:	43.795 €
Umsatzsteuer:	243.349 €	Aufkommen gesamt:	600.376 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	32,4 %
--	--------

Trier

Worms-
KirchheimbolandenAltenkirchen-
Hachenburg**Bad Kreuznach**Bad Neuenahr-
AhrweilerBernkastel-
Wittlich

Bingen-Alzey

Finanzamt Bad Kreuznach

Ringstraße 10
55543 Bad KreuznachTelefon: 06 71 7 00 - 0
Telefax: 06 71 7 00 - 11772E-Mail: poststelle@fa-kh.fin-rlp.de
www.finanzamt-bad-kreuznach.de

Personal

Vorsteher:	Michael Nauth
Personalstand:	214 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,85 %*
Durchschnittsalter:	47,78 Jahre*
Anwärter:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Bad Kreuznach
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	156.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<i>Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft</i> auch für das Finanzamt Bingen-Alzey <i>Liquiditätsprüfung</i> auch für die Finanzämter Idar-Oberstein und Kusel-Landstuhl <i>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</i> auch für die Finanzämter Mainz-Mitte, Mainz-Süd, Hauptstelle Bingen des Finanzamts Bingen-Alzey <i>Bausachverständige</i> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Mainz-Mitte und Mainz-Süd

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	172.752 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	62.717 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	23.862 €	Übrige Steuern:	29.672 €
Umsatzsteuer:	199.189 €	Aufkommen gesamt:	488.192 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	33,1 %
--	--------

- Worms-Kirchheimbolanden
- Altenkirchen-Hachenburg
- Bad Kreuznach
- Bad Neuenahr-Ahrweiler**
- Bernkastel-Wittlich
- Bingen-Alzey
- Bitburg-Prüm

Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler

Römerstraße 5
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Telefon: 0 26 41 382 - 0
Telefax: 0 26 41 38 2 - 12 060

E-Mail: poststelle@fa-aw.fin-rlp.de
www.finanzamt-ahrweiler.de



Personal

Vorsteher:	Carolin Philipps
Personalstand:	177 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	27,59 %*
Durchschnittsalter:	46,42 Jahre*
Anwärter:	14*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Ahrweiler
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	129.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Spielbankaufsicht</u> für die Spielbank Bad Neuenahr-Ahrweiler und das Ring Casino am Nürburgring

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	96.725 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	46.473 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	17.543 €	Übrige Steuern:	29.927 €
Umsatzsteuer:	145.893 €	Aufkommen gesamt:	336.561 €

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	30,0 %
--	--------

Altenkirchen-
Hachenburg

Bad Kreuznach

Bad Neuenahr-
Ahrweiler**Bernkastel-
Wittlich**

Bingen-Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Finanzamt Bernkastel-Wittlich

Hauptstelle:Unterer Sehlemet 15
54516 Wittlich**Außenstelle:**Cusanusstraße 21
54470 Bernkastel-Kues

Telefon: 0 65 71 95 36 - 0

Telefax: 0 65 71 95 36 - 13 400

Telefon: 0 65 31 506 - 0

Telefax: 0 65 31 506 - 13 600

E-Mail: poststelle@fa-wi.fin-rlp.dewww.finanzamt-bernkastel-wittlich.de

Hauptstelle in Wittlich

Personal

Vorsteher:	Wilhelm Simon
Personalstand:	171 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	23,08 %*
Durchschnittsalter:	45,63 Jahre*
Anwärter:	20*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Bernkastel-Wittlich
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	113.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<i>Betriebsprüfung Mittelbetriebe und Besteuerung der Körperschaften</i> auch für das Finanzamt Daun

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	172.399 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	68.677 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	26.163 €	Übrige Steuern:	29.190 €
Umsatzsteuer:	143.639 €	Aufkommen gesamt:	440.068 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	31,4 %
--	--------

- Bad Kreuznach
- Bad Neuenahr-Ahrweiler
- Bernkastel-Wittlich
- Bingen-Alzey**
- Bitburg-Prüm
- Daun
- Frankenthal

Finanzamt Bingen-Alzey

Hauptstelle: Rochusallee 10 55411 Bingen Telefon: 0 67 21 706 - 0 Telefax: 0 67 21 706 - 14 080 E-Mail: poststelle@fa-bi.fin-rlp.de www.finanzamt-bingen-alzey.de	Außenstelle: Römerstraße 33 55232 Alzey Telefon: 0 67 31 400 - 0 Telefax: 0 67 31 400 - 14 081
--	---



Hauptstelle in Bingen

Personal

Vorsteher:	Werner Boos
Personalstand:	248 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,14 %*
Durchschnittsalter:	43,06 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mainz-Bingen die Städte Bingen und Ingelheim, die Verbandsgemeinden: Rhein-Nahe, Gau-Algesheim, Heidesheim/Rhein und Sprendlingen-Gensingen. Vom Landkreis Alzey-Worms die Stadt Alzey und die Verbandsgemeinden Alzey-Land, Wöllstein und Wörrstadt.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	186.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	349.903 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	420.944 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	206.447 €	Übrige Steuern:	80.890 €
Umsatzsteuer:	221.597 €	Aufkommen gesamt:	1.279.781 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	30,6 %
--	--------

Bad Neuenahr-
AhrweilerBernkastel-
WittlichBingen-
Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Finanzamt Bitburg-Prüm

Hauptstelle:

 Kölner Straße 20
54634 Bitburg

Außenstelle:

 Kreuzerweg 2
54595 Prüm

Telefon: 0 65 61 603 - 0

Telefon: 0 65 51 940 - 0

Telefax: 0 65 61 603 - 15090

Telefax: 0 65 51 940 - 15 093

 E-Mail: poststelle@fa-bt.fin-rlp.de
www.finanzamt-bitburg-pruem.de


Hauptstelle in Bitburg

Personal

Vorsteher:	Hans-Dieter Natus
Personalstand:	121 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	31,61 %*
Durchschnittsalter:	44,93 Jahre*
Anwärter:	16*
Anzahl der Sachgebiete:	6
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Bitburg-Prüm die Stadt Bitburg und die Verbandsgemeinden Bitburg-Land, Irrel, Kyllburg, Neuerburg und Speicher. Vom Landkreis Bitburg-Prüm die Verbandsgemeinden Arzfeld und Prüm.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	95.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	95.614 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	35.508 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	10.955 €	Übrige Steuern:	21.395 €
Umsatzsteuer:	101.231 €	Aufkommen gesamt:	264.703 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	32,5 %
--	--------

Bernkastel-
Wittlich

Bingen-Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Finanzamt Daun

Berliner Straße 1
54550 Daun

Telefon: 0 65 92 95 79 - 0
Telefax: 0 65 92 95 79 - 16 175

E-Mail: poststelle@fa-da.fin-rlp.de
www.finanzamt-daun.de



Personal

Vorsteher:	Ulrike Laux
Personalstand:	116 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	34,81%*
Durchschnittsalter:	47,11 Jahre*
Anwärter:	14*
Anzahl der Sachgebiete:	4
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Vulkaneifel
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	63.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<i>Finanzkasse</i> auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Trier <i>Kraftfahrzeugsteuer</i> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIT, BKS, DAU, PRÜ, SAB, TR und WIL <i>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</i> auch für das Finanzamt Bitburg-Prüm

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	13.436 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	47.424 €	Kraftfahrzeugsteuer:	63.155 €
Körperschaftsteuer:	1 €	Übrige Steuern:	3.086 €
Umsatzsteuer:	45.248 €	Aufkommen gesamt:	172.350 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	30,3 %
--	--------

Bingen-Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Finanzamt Frankenthal

Friedrich-Ebert-Straße 4a
67227 Frankenthal

Telefon: 0 62 33 49 03 - 0
Telefax: 0 62 33 49 03 - 17 082

E-Mail: poststelle@fa-ft.fin-rlp.de
www.finanzamt-frankenthal.de



Personal

Vorsteher:	Peter Schall (ab 14.01.2013 kommissarischer Leiter)
Personalstand:	138 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,69 %*
Durchschnittsalter:	43,97 Jahre*
Anwärter:	17*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Frankenthal und vom Rhein-Pfalz-Kreis die Gemeinden Bobenheim-Roxheim und Lamsheim und die Verbandsgemeinde Heßheim, vom Landkreis Bad Dürkheim die Stadt Grünstadt und die Verbandsgemeinden Grünstadt-Land und Hettenleidelheim
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	119.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	135.425 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	39.160 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	9.173 €	Übrige Steuern:	19.834 €
Umsatzsteuer:	139.121 €	Aufkommen gesamt:	342.713 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	30,2 %
--	--------

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Finanzamt Idar-Oberstein

Hauptstraße 199
55743 Idar-Oberstein

Telefon: 0 67 81 68 - 0
Telefax: 0 67 81 68 - 18 333

E-Mail: poststelle@fa-io.fin-rlp.de
www.finanzamt-idar-oberstein.de



Personal

Vorsteher:	Margarete Möllenkamp-Lintz
Personalstand:	188 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	16,50 %*
Durchschnittsalter:	47,39 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Birkenfeld
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	87.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Finanzkasse</u> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Mainz-Mitte, Mainz-Süd und Worms-Kirchheimbolanden <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIR und KH

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	79.601 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	34.081 €	Kraftfahrzeugsteuer:	27.522 €
Körperschaftsteuer:	6.595 €	Übrige Steuern:	10.591 €
Umsatzsteuer:	88.700 €	Aufkommen gesamt:	247.090 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	29,0 %
--	--------

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Landau

Finanzamt Kaiserslautern

Eisenbahnstraße 56
67655 Kaiserslautern

Telefon: 06 31 36 76 - 0
Telefax: 06 31 36 76 - 49 700

E-Mail: poststelle@fa-kl.fin-rlp.de
www.finanzamt-kaiserslautern.de



Personal

Vorsteher:	Arnold Arndt (ab 01.02.2013)	<i>* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012</i>
Personalstand:	296 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*	
Teilzeitquote:	34,37 %*	
Durchschnittsalter:	46,28 Jahre*	
Anwärter:	28*	
Anzahl der Sachgebiete:	16	
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012	

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Stadt Kaiserslautern, vom Landkreis Kaiserslautern die Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn, Hochspeyer, Otterbach und Otterberg

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 138.000

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz, Steuerfahndung, Bußgeld und Strafsachen, sowie Großbetriebsprüfung auch für die Finanzämter Kusel-Landstuhl und Pirmasens-Zweibrücken

Betriebsprüfung Mittelbetriebe und Besteuerung der Körperschaften auch für das Finanzamt Kusel-Landstuhl
Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen KL und KUS

Einzelprüfungsverfahren nach dem NATO-Truppenpenstatut und Arbeitnehmerüberlassung (grenzüberschreitend) sofern nicht Baugewerbe für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz

Liquiditätsprüfung auch für das Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken

Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für die Außenstelle Landstuhl des Finanzamts Kusel-Landstuhl und für das Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken

Bausachverständige auch für die Finanzämter Idar-Oberstein, Landau, Kusel-Landstuhl, Pirmasens-Zweibrücken, Außenstelle Kirchheimbolanden des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Lohnsteuer:	337.503 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	48.191 €	Kraftfahrzeugsteuer:	29.118 €
Körperschaftsteuer:	58.874 €	Übrige Steuern:	44.067 €
Umsatzsteuer:	167.126 €	Aufkommen gesamt:	684.879 €

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Sonstiges

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):* 28,5 %

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Landau

Ludwigshafen

Finanzamt Koblenz

Ferdinand-Sauerbruch-Straße 19
56073 Koblenz

Telefon: 02 61 49 31 - 0
Telefax: 02 61 49 31 - 20 090

E-Mail: poststelle@fa-ko.fin-rlp.de
www.finanzamt-koblenz.de



Personal

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Vorsteher:	Kludia Hendricks
Personalstand:	501 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	25,73 %*
Durchschnittsalter:	43,88 Jahre*
Anwärter:	37*
Anzahl der Sachgebiete:	30
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012, Mitglied im lokalen Bündnis für Familie in Koblenz

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die Stadt Bendorf und die Verbandsgemeinden Rhens, Untermosel, Vallendar und Weißenthurm
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	198.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<p><u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Mayen, Sankt Goarshausen-Sankt-Goar, Simmern-Zell</p> <p><u>Großbetriebsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Mayen, Sankt Goarshausen-Sankt Goar und Simmern-Zell</p> <p><u>Betriebsprüfung-Mittelbetriebe</u> auch für das Finanzamt Sankt Goarshausen-St. Goar</p> <p><u>Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Montabaur-Diez, Mayen, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell</p> <p><u>Erbschaft- und Schenkungsteuer</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Idar-Oberstein, Bitburg-Prüm, Daun, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell, Trier</p>

Fortsetzung Finanzamt Koblenz

Zuständigkeiten

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Steuerfahndung auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell

Bußgeld und Strafsachen auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell

Besteuerung der Körperschaften auch für das Finanzamt Sankt Goarshausen-Sankt Goar

Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen COC, EMS, GOA, GOH, KO, SIM und ZEL

Rennwett- und Lotteriesteuer für alle Finanzämter des Landes Rheinland-Pfalz

Zerlegung Körperschaftsteuer für alle Finanzämter des Landes Rheinland-Pfalz

Zentralstelle für Zustellersuchen in Ordnungswidrigkeitenverfahren gemäß dem Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	1.300.801 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	86.758 €	Kraftfahrzeugsteuer:	46.798 €
Körperschaftsteuer:	148.466 €	Übrige Steuern:	871.440 €
Umsatzsteuer:	662.080 €	Aufkommen gesamt:	3.116.343 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):* 30,0 %

- Idar-Oberstein
- Kaiserslautern
- Koblenz
- Kusel-Landstuhl**
- Landau
- Ludwigshafen
- Mainz-Mitte

Finanzamt Kusel-Landstuhl

<p>Hauptstelle: Trierer Straße 46 66869 Kusel</p> <p>Telefon: 0 63 81 99 67 - 0 Telefax: 0 63 81 99 67 - 21 060</p> <p>E-Mail: poststelle@fa-ku.fin-rlp.de www.finanzamt-kusel-landstuhl.de</p>	<p>Außenstelle: Kaiserstraße 51 66849 Landstuhl</p> <p>Telefon: 0 63 71 61 73 - 0 Telefax: 0 63 71 61 73 - 21 070</p>
---	--



Hauptstelle in Kusel

Personal

Vorsteher:	Carmen von Briel
Personalstand:	200 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	19,28 %*
Durchschnittsalter:	45,77 Jahre*
Anwärter:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Kusel, vom Landkreis Kaiserslautern die Verbandsgemeinden Bruchmühlbach-Miesau, Kaiserslautern-Süd, Landstuhl, Ramstein-Miesenbach und Weilerbach
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	123.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Erbschaft- und Schenkungsteuer</u> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Frankenthal, Speyer-Germersheim, Kaiserslautern, Worms-Kirchheimbolanden, Landau, Mainz-Mitte, Ludwigshafen, Mainz-Süd, Neustadt und Pirmasens-Zweibrücken

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	19.445 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	32.482 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	- €	Übrige Steuern:	91.761 €
Umsatzsteuer:	57.975 €	Aufkommen gesamt:	201.663 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	32,8 %
--	--------

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-
Landstuhl

Landau

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Finanzamt Landau

Weißquartierstraße 13
76829 Landau

Telefon: 0 63 41 913 - 0
Telefax: 0 63 41 913 - 22 100

E-Mail: poststelle@fa-ld.fin-rlp.de
www.finanzamt-landau.de



Personal

Vorsteher:	Volker Groß
Personalstand:	237 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	38,43 %*
Durchschnittsalter:	46,61 Jahre*
Anwärter:	22*
Anzahl der Sachgebiete:	10
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Landau und den Landkreis Südliche Weinstraße
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	156.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gründerwerbsteuerstelle</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens-Zweibrücken, Speyer-Germersheim <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BZA, GER, LD und SÜW <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für das Finanzamt Speyer-Germersheim

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	181.873 €	Gründerwerbsteuer:	87.381 €
Einkommensteuer:	69.330 €	Kraftfahrzeugsteuer:	34.045 €
Körperschaftsteuer:	28.309 €	Übrige Steuern:	36.561 €
Umsatzsteuer:	247.375 €	Aufkommen gesamt:	684.874 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	33,5 %
--	--------

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Landau

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Finanzamt Ludwigshafen

Bayernstraße 39
67061 Ludwigshafen

Telefon: 06 21 56 14 - 0
Telefax: 06 21 56 14 - 23 067

E-Mail: poststelle@fa-lu.fin-rlp.de
www.finanzamt-ludwigshafen.de



Personal

Vorsteher:	Peter Schall
Personalstand:	330 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	25,00 %*
Durchschnittsalter:	44,49 Jahre*
Anwärter:	29*
Anzahl der Sachgebiete:	20
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Ludwigshafen, vom Rhein-Pfalz-Kreis die Gemeinden Altrip, Neuhofen und die Verbandsgemeinde Maxdorf
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	171.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Neustadt und Speyer-Germersheim <u>Großbetriebsprüfung</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Neustadt und Speyer-Germersheim <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen FT, LU und RP <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Speyer-Germersheim

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	930.966 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	34.785 €	Kraftfahrzeugsteuer:	36.067 €
Körperschaftsteuer:	72.818 €	Übrige Steuern:	114.749 €
Umsatzsteuer:	-46.501 €	Aufkommen gesamt:	1.142.884 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	27,3 %
--	--------

Kusel-Landstuhl

Landau

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Monatbaur-Diez

Finanzamt Mainz-Mitte

Schillerstraße 13
55116 Mainz

Telefon: 0 61 31 2 51 - 0
Telefax: 0 61 31 2 51 - 24 090

E-Mail: poststelle@fa-mz.fin-rlp.de
www.finanzamt-mainz-mitte.de



Personal

Vorsteher:	Dr. Peter Tress
Personalstand:	233 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	36,23 %*
Durchschnittsalter:	40,66 Jahre*
Anwärter:	28*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Mainz ohne die Stadtteile Mainz-Hechtsheim und Mainz-Ebersheim, vom Landkreis Mainz-Bingen die Gemeinde Budenheim
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	189.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Mainz-Süd und Worms-Kirchheimbolanden <u>Besteuerung der Körperschaften</u> auch für das Finanzamt Mainz-Süd <u>Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz und Feststellung der Einkünfte aus Beteiligung an ausländischen Personengesellschaften</u> für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz <u>Spielbankaufsicht</u> für die Spielbank Mainz <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Mainz-Süd

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	698.888 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	85.838 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	51.275 €	Übrige Steuern:	217.586 €
Umsatzsteuer:	585.233 €	Aufkommen gesamt:	1.638.820 €

Sonstiges

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	29,9 %
--	--------

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

Landau

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Finanzamt Mainz-Süd

Emy-Roeder-Straße 3
55129 Mainz

Telefon: 0 61 31 5 52 - 0
Telefax: 0 61 31 5 52 - 25 272

E-Mail: poststelle@fa-ms.fin-rlp.de
www.finanzamt-mainz-sued.de



Personal

Vorsteher:	Karlheinz Eppelmann
Personalstand:	309 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	30,69 %*
Durchschnittsalter:	44,39 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	19
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mainz-Bingen die Verbandsgemeinden Bodenheim, Guntersblum, Nieder-Olm, Nierstein-Oppenheim, von der Stadt Mainz die Stadtteile Mainz-Ebersheim und Mainz-Hechtsheim.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	110.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Großbetriebsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Mainz-Mitte und Worms-Kirchheimbolanden <u>Betriebsprüfung Mittelbetriebe</u> auch für das Finanzamt Mainz-Mitte <u>Steuerfahndung sowie Bußgeld und Strafsachen</u> auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Idar-Oberstein, Mainz-Mitte und Worms-Kirchheimbolanden <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIN, BW, MZ und RPL

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	21.316 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	48.827 €	Kraftfahrzeugsteuer:	41.072 €
Körperschaftsteuer:	-	Übrige Steuern:	3.336 €
Umsatzsteuer:	74.815 €	Aufkommen gesamt:	189.366 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	31,3 %
--	--------

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Finanzamt Mayen

Westbahnhofstraße 11
56727 Mayen

Telefon: 0 26 51 70 26 - 0
Telefax: 0 26 51 70 26 - 26 090

E-Mail: poststelle@fa-my.fin-rlp.de
www.finanzamt-mayen.de



Personal

Vorsteher:	Oliver Schiffer
Personalstand:	172 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	31,67 %*
Durchschnittsalter:	44,57 Jahre*
Anwärter:	20*
Anzahl der Sachgebiete:	8
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mayen-Koblenz die Städte Andernach, Mayen und die Verbandsgemeinden Pellenz, Maifeld, Mendig und Vordereifel
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	120.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Grunderwerbsteuer</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar und Simmern-Zell <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler und Simmern-Zell <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für die Außenstelle Zell des Finanzamts Simmern-Zell <u>Bausachverständige</u> auch für die Finanzämter Daun und Simmern-Zell

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	145.126 €	Grunderwerbsteuer:	74.701 €
Einkommensteuer:	50.436 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	25.835 €	Übrige Steuern:	28.234 €
Umsatzsteuer:	27.363 €	Aufkommen gesamt:	351.695 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	26,1 %
--	--------

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-Zweibrücken

Finanzamt Montabaur-Diez

Hauptstelle:

Koblenzer Straße 15
56410 Montabaur

Außenstelle:

Parkstraße 16
65582 Diez

Telefon: 0 26 02 121 - 0

Telefax: 0 26 02 121 - 27 099

Telefon: 0 64 32 5 04 - 0

Telefax: 0 64 32 5 04 - 27 088

E-Mail: poststelle@fa-mt.fin-rlp.de

www.finanzamt-montabaur-diez.de



Hauptstelle in Montabaur

Personal

Vorsteher:	Günter Krämer
Personalstand:	355 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	30,77 %*
Durchschnittsalter:	44,87 Jahre*
Anwärter:	28*
Anzahl der Sachgebiete:	12
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Westerwaldkreis die Verbandsgemeinden Höhr-Grenzhausen, Montabaur, Ransbach-Baumbach, Selters, Wallmerod und Wirges. Vom Rhein-Lahn-Kreis die Verbandsgemeinden Bad Ems, Diez, Hahnstätten, Katzenelnbogen und Nassau.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	195.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Finanzkasse</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz, Mayen, Neuwied, St. Goarshausen-St. Goar und Simmern-Zell. <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AK, DIZ, MT, WEB und WW <u>Spielbankaufsicht</u> für die Spielbank Bad Ems <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für die Finanzämter Koblenz und St. Goarshausen-St. Goar <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für das Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg <u>Bausachverständige</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg und St. Goarshausen-St. Goar

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	245.769 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	79.744 €	Kraftfahrzeugsteuer:	39.385 €
Körperschaftsteuer:	67.484 €	Übrige Steuern:	45.044 €
Umsatzsteuer:	318.302 €	Aufkommen gesamt:	795.728 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	31,0 %
--	--------

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-
ZweibrückenSt. Goarshausen-
St. Goar

Finanzamt Neustadt

Konrad-Adenauer-Straße 26
67433 Neustadt

Telefon: 0 63 21 9 30 - 0
Telefax: 0 63 21 9 30 - 28 600

E-Mail: poststelle@fa-nw.fin-rlp.de
www.finanzamt-neustadt.de



Personal

Vorsteher:	Bernhard Urig
Personalstand:	333 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	32,88 %*
Durchschnittsalter:	45,72 Jahre*
Anwärter:	23*
Anzahl der Sachgebiete:	19
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Stadt Neustadt a. d. Weinstraße, vom Landkreis Bad Dürkheim die Stadt Bad Dürkheim, die Gemeinde Haßloch und die Verbandsgemeinden Deidesheim, Freinsheim, Lambrecht und Wachenheim.

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 193.000

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft auch für die Finanzämter Frankenthal, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Landau, Ludwigshafen, Pirmasens-Zweibrücken und Speyer-Germersheim
Steuerfahndung sowie Bußgeld und Strafsachen auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Ludwigshafen und Speyer-Germersheim
Liquiditätsprüfung auch für die Finanzämter Frankenthal und Landau

Spielbankaufsicht für die Spielbank Bad Dürkheim
Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Hauptstelle Worms des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden
Bausachverständige auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer-Germersheim und für die Hauptstelle Worms des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden
Amtliche gärtnerische Sachverständige für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	293.464 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	78.898 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	15.402 €	Übrige Steuern:	37.326 €
Umsatzsteuer:	194.865 €	Aufkommen gesamt:	619.955 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):* 32,0 %

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-
Zweibrücken

St. Goarshausen-
St. Goar

Simmern-Zell

Finanzamt Neuwied

AugustastraÙe 70
56564 Neuwied

Telefon: 0 26 31 9 10 - 0
Telefax: 0 26 31 9 10 - 29 906

E-Mail: poststelle@fa-nr.fin-rlp.de
www.finanzamt-neuwied.de



Personal

Vorsteher:	Brigitte Bollinger-Wechsler
Personalstand:	304 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	34,43%*
Durchschnittsalter:	46,44 Jahre*
Anwärter:	25*
Anzahl der Sachgebiete:	15
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Neuwied
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	184.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gesonderte Feststellung nach dem AuÙensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Montabaur-Diez <u>GroÙbetriebsprufung</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg und Montabaur-Diez <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AW, MY, MYK und NR <u>Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertragsunternehmen und Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe und Umsatzbesteuerung für die Republik Bulgarien</u> für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige sowie Bausachverständige</u> auch für das Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	282.730 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	89.346 €	Kraftfahrzeugsteuer:	60.514 €
Körperschaftsteuer:	67.989 €	übrige Steuern:	69.838 €
Umsatzsteuer:	241.263 €	Aufkommen gesamt:	811.680 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	31,8 %
--	--------

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

**Pirmasens-
Zweibrücken**St. Goarshausen-
St. Goar

Simmern-Zell

Speyer-
Germersheim

Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken

Hauptstelle:Kaiserstraße 2
66955 Pirmasens

Telefon: 0 63 31 7 11 - 0

Telefax: 0 63 31 7 11 - 30 950

E-Mail: poststelle@fa-ps.fin-rlp.dewww.finanzamt-pirmasens-zweibruecken.de**Außenstelle:**Gymnasiumstraße 4
66482 Zweibrücken

Telefon: 0 63 32 80 68 - 0

Telefax: 0 63 32 80 68 - 30 940



Hauptstelle in Pirmasens

Personal

Vorsteher:	Konrad Götz
Personalstand:	264 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	29,04 %*
Durchschnittsalter:	46,14 Jahre*
Anwärter:	31*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Südwestpfalz sowie die Städte Pirmasens und Zweibrücken.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	180.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Finanzkasse</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Ludwigshafen, Neustadt und Speyer-Germersheim <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen PS und ZW

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	177.667 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	44.567 €	Kraftfahrzeugsteuer:	19.777 €
Körperschaftsteuer:	30.430 €	Übrige Steuern:	30.532 €
Umsatzsteuer:	101.424 €	Aufkommen gesamt:	404.397 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	38,9 %
--	--------

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-
Zweibrücken

**St. Goarshausen-
St. Goar**

Simmern-Zell

Speyer-
Germersheim

Trier

Finanzamt St. Goarshausen-St. Goar

Hauptstelle:

Wellmicher Straße 79
56346 St. Goarshausen

Außenstelle:

Markt 4
56329 St. Goar

Telefon: 0 6771 9590 - 0

Telefax: 0 6771 9590 - 31090

Telefon: 0 67 41 98 10 - 0

Telefax: 0 67 41 98 10 31091

E-Mail: poststelle@fa-gh.fin-rlp.de

www.finanzamt-sankt-goarshausen-sankt-goar.de



Hauptstelle in Sankt Goarshausen

Personal

Vorsteher:	Jens Schlieper (kommissarischer Leiter)
Personalstand:	88 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	23,21%*
Durchschnittsalter:	43,21 Jahre*
Anwärter:	9*
Anzahl der Sachgebiete:	4
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Stadt Boppard und die Verbandsgemeinden Emmelshausen und St. Goar-Oberwesel. Vom Rhein-Lahn-Kreis die Stadt Lahnstein und die Verbandsgemeinden Braubach, Nastätten und Loreley
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	93.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	30.824 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	32.201 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	12 €	Übrige Steuern:	3.063 €
Umsatzsteuer:	20.629 €	Aufkommen gesamt:	86.729 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	30,5 %
--	--------

Neuwied

Pirmasens-
ZweibrückenSt. Goarshausen-
St. Goar

Simmern-Zell

Speyer-
Germersheim

Trier

Worms-
Kirchheimbolanden

Finanzamt Simmern-Zell

Hauptstelle:

Brühlstraße 3
55469 Simmern

Telefon: 0 67 61 8 55 - 0

Telefax: 0 67 61 8 55 - 32 053

E-Mail: poststelle@fa-si.fin-rlp.de

www.finanzamt-simmern-zell.de

Außenstelle:

Schlossstraße 42
56856 Zell

Telefon: 065 42 7 09 - 0

Telefax: 065 42 7 09 - 32 063



Hauptstelle in Simmern

Personal

Vorsteher:	Johannes Gasber
Personalstand:	153 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	26,76 %*
Durchschnittsalter:	44,01 Jahre*
Anwärter:	20*
Anzahl der Sachgebiete:	6
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Verbandsgemeinden Kastellaun, Kirchberg (Hunsrück), Rheinböllen und Simmern sowie Landkreis Cochem-Zell.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	134.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für das Finanzamt Idar-Oberstein

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	123.552 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	48.301 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	19.221 €	Übrige Steuern:	20.282 €
Umsatzsteuer:	139.671 €	Aufkommen gesamt:	351.027 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	31,0 %
--	--------

Pirmasens-
Zweibrücken

St. Goarshausen-
St. Goar

Simmern-Zell

**Speyer-
Germersheim**

Trier

Worms-
Kirchheimbolanden

Altenkirchen-
Hachenburg

Finanzamt Speyer-Germersheim

Hauptstelle:

Johannesstraße 9-12
67346 Speyer

Außenstelle:

Königsplatz 8
76726 Germersheim

Telefon: 0 62 32 60 17 - 0

Telefax: 0 62 32 60 17 - 33431

Telefon: 0 72 74 9 50 - 0

Telefax: 0 72 74 9 50 - 33438

E-Mail: poststelle@fa-sp.fin-rlp.de

www.finanzamt-speyer-germersheim.de



Hauptstelle in Speyer

Personal

Vorsteher:	Ulrike Dreßing-Steinhübel
Personalstand:	322 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	33,52 %*
Durchschnittsalter:	45,35 Jahre*
Anwärter:	21*
Anzahl der Sachgebiete:	15
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Germersheim, Stadt Speyer und vom Rhein-Pfalz-Kreis die Verbandsgemeinden Dannstadt-Schauernheim, Dudenhofen und Waldsee und die Gemeinden Böhl-Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Römerberg und Schifferstadt
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	273.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen DÜW, NW und SP

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	291.197 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	116.335 €	Kraftfahrzeugsteuer:	27.360 €
Körperschaftsteuer:	42.901 €	Übrige Steuern:	46.584 €
Umsatzsteuer:	323.151 €	Aufkommen gesamt:	847.528 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	36,4 %
--	--------

- St. Goarshausen-St. Goar
- Simmern-Zell
- Speyer-Germersheim
- Trier**
- Worms-Kirchheimbolanden
- Altenkirchen-Hachenburg
- Bad Kreuznach

Finanzamt Trier

Hubert-Neuerburg-Straße 1
54290 Trier

Telefon: 06 51 93 60 - 0
Telefax: 06 51 93 60 - 34 900

E-Mail: poststelle@fa-tr.fin-rlp.de
www.finanzamt-trier.de



Personal

Vorsteher:	Jürgen Kentenich	* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012
Personalstand:	400 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*	
Teilzeitquote:	25,14 %*	
Durchschnittsalter:	47,04 Jahre*	
Anwärter:	35*	
Anzahl der Sachgebiete:	21	
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012, Mitglied im Unternehmensnetzwerk, Erfolgsfaktor Familie, Mitglied im lokalen Bündnis für Familie in Trier	

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Trier und Landkreis Trier-Saarburg	
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	249.000	
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:		
<u>Großbetriebsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun und Idar-Oberstein	<u>Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertragsunternehmen und Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe und Umsatzbesteuerung für das Königreich Belgien</u> für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland	
<u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977 sowie Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft</u> auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun und Idar-Oberstein	<u>Liquiditätsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Daun	
<u>Steuerfahndung, Bußgeld und Strafsachen sowie Grunderwerbsteuer</u> auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Daun	<u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für das Finanzamt Bernkastel-Wittlich	
<u>Wohnungsbauprämie</u> für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz	<u>Bausachverständige</u> auch für die Finanzämter Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich	
<u>Spielbankaufsicht</u> für die Spielbank Trier		

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	322.286 €	Umsatzsteuer:	962.029 €	Übrige Steuern:	42.900 €
Einkommensteuer:	115.117 €	Grunderwerbsteuer:	39.538 €	Aufkommen gesamt:	1.548.150 €
Körperschaftsteuer:	66.280 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-		

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	31,5 %
--	--------

Simmern-Zell

Speyer-
Germersheim

Trier

**Worms-
Kirchheimbolanden**

Altenkirchen-
Hachenburg

Bad Kreuznach

Bad Neuenahr-
Ahrweiler

Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

Hauptstelle:

Karlsplatz 6
67549 Worms

Telefon: 0 62 41 30 46 - 0

Telefax: 0 62 41 30 46 - 35 060

E-Mail: poststelle@fa-wo.fin-rlp.de

www.finanzamt-worms-kirchheimbolanden.de

Außenstelle:

Neumayerstraße 7
67292 Kirchheimbolanden

Telefon: 0 63 52 4 07 - 0

Telefax: 0 63 52 4 07 - 35 077



Hauptstelle in Worms

Personal

Vorsteher:	Gerhard Bißbort
Personalstand:	248 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	33,86 %*
Durchschnittsalter:	46,10 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	12
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

* Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Worms und vom Landkreis Alzey-Worms die Stadt Osthofen und die Verbandsgemeinden Eich, Monsheim und Westhofen, Donnersbergkreis
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	206.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AZ, KIB, ROK und WO <u>Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft</u> auch für die Finanzämter Mainz-Mitte und Mainz-Süd <u>Grunderwerbsteuer</u> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Bad Kreuznach, Idar-Oberstein, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Mainz-Mitte und Mainz-Süd <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für die Außenstelle Alzey des Finanzamts Bingen-Alzey und für die Hauptstelle Kusel des Finanzamts Kusel-Landstuhl

Steueraufkommen 2012 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	229.971 €	Grunderwerbsteuer:	104.263 €
Einkommensteuer:	46.973 €	Kraftfahrzeugsteuer:	32.336 €
Körperschaftsteuer:	30.308 €	Übrige Steuern:	50.617 €
Umsatzsteuer:	144.308 €	Aufkommen gesamt:	638.776 €

Sonstiges

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2012):*	30,2 %
--	--------

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern



Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)

ALLGEMEINES

Auch das Jahr 2012 war überwiegend geprägt durch die Projekte „IPEMA“ (Integriertes Personalmanagement- und Abrechnungssystem) und „RHESCABA“ (Rheinland-Pfälzisches Scanverfahren zur Beihilfeabrechnung).

Aufgrund eines Ministerratsbeschlusses vom 5. Juni 2012 wurden die bei der ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland Pfalz Trier) eingerichteten Reisekostenstellen in Birkenfeld und Pirmasens zum 1. Oktober 2012 aus der ADD aus- und in die ZBV eingegliedert. Damit ist die ZBV für die Abrechnung von Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten nahezu der gesamten Landesverwaltung zuständig.

PERSONALSTAND

Gesamt/Beamte/Arbeitnehmer (siehe Seite 10)

Schwerbehinderte Quote: 5,81% Vorjahr: 5,96%

	Gesamt	männlich	weiblich
31.12.2011	35	19	16
31.12.2012	37	20	17

Einstellung von Anwärtern im Jahr 2012

Laufbahn	Anzahl Bewerbungen	Tests	Vorstellungsgespräche	Einstellungen
2. Einstiegsebene	104	27	16	6
3. Einstiegsebene	138		12	5

FACHBEREICHE

Zentraldezernat (ZBV 11)

Themen der Personalstelle:

■ Änderung in der Jubiläumszuwendungsverordnung

Die Jubiläumszuwendungsverordnung für die Beamten wurde mit Wirkung zum 01.07.2012 geändert. Entfallen ist die Sachzuwendung i.H.v. von 40,- €; neu eingeführt wurde ein zweiter Sonderurlaubstag. Der Urlaubsanspruch kann individuellen Wünschen entsprechend genutzt werden: der Anspruch besteht bis zum Ablauf des auf das Jubiläumsjahr folgenden Kalenderjahres.

■ Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Beschäftigte und Beamte

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 20.03.2012 die Staffelung des Urlaubsanspruchs nach dem Lebensalter wegen eines Verstoßes gegen das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Lebensalters für unwirksam erklärt. Tarifangehörigen wurde deshalb altersunabhängig für die Jahre 2011 und 2012 Urlaub in Höhe von 30 Arbeitstagen gewährt. Die Regelung ab dem Jahr 2013 ist den anstehenden Tarifverhandlungen vorbehalten.

Auf Beschluss des Ministerrats vom 28.08.2012 wurde analog auch der Urlaubsanspruch für Beamten für die Jahre 2011 und 2012 altersunabhängig auf 30 Tage erhöht.

Themen aus dem Organisationsbereich:

■ Das Projekt Validierung der eingescannten Belege für die Ersatzlösung Rabattierung von Rezepten im Bereich der Beihilfearbeitung ist zum 31.10.2012 abgeschlossen. Die Datensätze stehen nunmehr für die Übermittlung zur Erlangung der Rabatte bereit.

■ Das Projekt „Tiefgaragensanierung“ wurde in das Jahr 2013 verschoben.

Personalausgabenbudgetierung

Die Geschäftsstelle Personalausgabenbudgetierung Rheinland-Pfalz (GS PAB) blickt auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2012 zurück. Nachdem bereits im Jahr 2011 mit dem Kooperationsvertrag zur Gründung der Länderkooperation zwischen den Ländern Berlin, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die rechtlichen Voraussetzungen für den erweiterten Einsatz der EDV-Anwendung geschaffen wurden, konnte die rheinland-pfälzische Software zur Personalausgabenbudgetierung kurzfristig dem Land Berlin zur Verfügung gestellt und durch einen Dienstleister in Berlin erfolgreich installiert werden. Der Start der Testphase in Berlin steht unmittelbar bevor. In Baden-Württemberg konnte die Testphase bereits erfolgreich beendet werden. Die Testphase wurde hier genutzt um die rheinland-pfälzische Version der EDV-Anwendung PAB an die dortigen landesspezifischen Bedarfe anzupassen. Der flächendeckende Einsatz von PAB soll in Baden-Württemberg Anfang 2013 erfolgen.

Team Automation

Erstellung einer browserbasierten Suchmaske, die sowohl mit der SAP- als auch mit der ZBV-Personalnummer die zuständigen Mitarbeiter der ZBV anzeigt

Die Poststelle und die Telefonzentrale stehen vermehrt vor dem Problem, dass bei Anrufen und Schreiben sowohl die ZBV als auch die SAP Personalnummer genannt werden. Die Weiterleitung an die zuständigen Mitarbeiter in der ZBV ist dabei arbeits- und zeitintensiv. Seit dem 12. November steht hierfür ein neues Suchprogramm bereit, das sowohl auf Basis der SAP- als auch der ZBV Personalnummer die jeweiligen Personen sowie deren zuständige ZBV-Bearbeiter anzeigt. Somit ist die Zuweisung der Fälle an die zuständigen Bearbeiter an die Kollegen der Fachdezernate deutlich vereinfacht.

Haushalt und Rechnungswesen

- Aufbau und Mitarbeit am Benchmarking der bezügeabrechnenden Stellen
- Dienstunfallfürsorge (Nov. 2011 bis Okt 2012 60 neue Dienstunfälle)
- Beginn der haushaltsmäßigen Anmeldung und Abwicklung der Arzneimittelrabatte
- Bearbeitung und Weiterentwicklung (z. B. BI) der zentralen KLR des Landes Rheinland-Pfalz mit einem Anwendertreffen am 30.10.2012 in Koblenz

Klageverfahren

Zum 02.11.2012 waren bei ZBV 11d noch **52** Klageverfahren in Bearbeitung:

- 37** Klageverfahren vor Verwaltungsgerichten
(12 Beihilfe-, 7 Besoldungs-, 17 Versorgungs- und 1 Reisekostenverfahren)
- 6** Klageverfahren vor Sozialgerichten
- 9** Klageverfahren vor Arbeitsgerichten

Bei den Neuzugängen in 2012 sind vier Musterklageverfahren zu dem Thema:

Altersdiskriminierung wegen Besoldungsdienstalters.

Ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht konnte noch keinen Abschluss finden.

Bis zum Berichtstag wurden in 2012 insgesamt **101** Klageverfahren **erledigt**:

- 49** Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten
- 41** Klageverfahren vor den Sozialgerichten
- 11** Klageverfahren vor den Arbeitsgerichten

Beschwerdemanagement

Bis zum 02.11.2012 sind bei ZBV 11d insgesamt 122 Beschwerden eingegangen.

Im Vorjahr betrug die Anzahl der Beschwerden zum 02.11.2011 : 117 Beschwerden.

Entwicklung:	2010	80	
	2011	117 (Steigerung zum jeweiligen Vorjahr)	: 46,3 %
	2012	122	: 2,4 %

Von den 122 eingegangenen Beschwerden entfielen auf die Dezernate:

ZBV 11:	3	= 2,5 %	(Vorjahr 0,9 %)
ZBV 12:	48	= 39,7 %	(33,3 %)
ZBV 13:	4	= 3,3 %	(8,5 %)
ZBV 14:	12	= 9,9 %	(10,3 %)
ZBV 15:	0	= 0,0 %	(0,9 %)
ZBV 18:	54	= 44,6 %	(46,1 %)

An berechtigten Beschwerden waren zu verzeichnen : 38 = 31,1 %

Dezernat Beamtenbesoldung und -versorgung (ZBV 12)

Fallzahlen

Art	11/2011	11/2012	Differenz nominal	Differenz in %
Besoldung	74.066	73.664	-402	-0,54
Versorgung	39.623	41.031	+1.408	+3,56
Emeriten	253	240	-13	-5,12
Summe	113.942	114.935	+993	+0,87

Wesentliche Aufgaben im Jahr 2012

Bezügeanpassung zum 01. Januar aufgrund des Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzen.

- Neustrukturierung Familienzuschlag Stufe 1 und der Stufen im Grundgehalt; Verdoppelung des Beihilfekostenbeitrags.
- Technische Umsetzung der Neustrukturierung des Familienzuschlags erfolgte im Juli 2012, entstandene Überzahlungen wurden ab August 2012 abgewickelt.

Vorbereitung des Produktivstarts der ADD

Umfangreiche Korrekturlisten sowie die teils erheblichen Rückstände bei der Papierpost waren im Vorfeld abzuarbeiten.

Schuljahresbeginn August

Einstellung und Verbeamtung von Lehrkräften erstmals im integrierten Verfahren. Bei der Zusammenarbeit von ADD und ZBV unter den neuen Programm- und Organisationsbedingungen kam es zu erheblichen Zeitverzögerungen.

Ruhestandsversetzungen 1. August

Auch hier konnte aufgrund des Systemwechsels die bisherige Form der Kooperation nicht beibehalten werden.

Wegen der kurzen Zeitspanne zwischen dem Systemstart der ADD am 28.05.2012 und dem Termin der Ruhestandsversetzung musste davon ausgegangen werden, dass es mit dem neuen Verfahren nicht gelingen würde, die anfallenden Arbeiten rechtzeitig zu erledigen.

Die ZBV hat daher vor dem 28. Mai in über 1200 Fällen sämtliche zu erwartenden Maßnahmen für die ADD durchgeführt.

Neuorganisation der Struktur der Vermessungs- und Katasterverwaltung

- Kurzfristig erstellte informatorische Berechnungen in fast 400 Fällen des einstweiligen Ruhestands.
- Festsetzung der entsprechenden Versorgungsbezüge.

Rabattierungsverfahren für Arzneimittel im Bereich der Dienstunfallfürsorge durchgeführt.

ZfA (Private Altersvorsorge / Riester-Rente)

Probleme bei den Entgeltmeldungen führen zu verstärkten telefonischen Nachfragen.

Ganzjährige Mitarbeit in Projekten /Arbeitsgruppen

z.B.

- maschinelle Vergleichsmittelungen
- Stammbblatt

Ständige Bearbeitung von Listen

z.B.

- KVdR (wöchentlich) (Krankenversicherung der Rentner)
- Private Altersvorsorge – Riester: Nachpflegen vom Geburtsort und/oder Geburtsnamen in 725 Fällen
- Umfangreiche Datenprüfung Einführung ELStAM II
- Überprüfung und Anpassung des kinderbezogenen Familienzuschlags bei Teilzeitbeschäftigung nach Überleitung des Ehepartners in den TVÖD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) bei 730 Zahlfällen
- Umfangreicher Datenabgleich für Versorgungsempfänger-Statistik zur Vorlage beim Statistischen Landesamt Bad Ems

Dezernat Familienkasse und Pfändungen/Schadensersatz (ZBV 13)

Für den Bereich der Familienkasse ist zu bilanzieren, dass das Jahr 2012 als ein Jahr des Übergangs bezeichnet werden kann. Zum einen hat die gesetzgeberische Neuregelung zum 01.01.2012 dazu geführt, dass die Einkünfte und Bezüge bei einem über 18 Jahre alten Kind keine Rolle mehr spielen, andererseits sind im Jahr 2012 die Einkünfte und Bezüge für das Jahr 2011 abschließend zu prüfen. Die mit dieser Regelung beabsichtigte Vereinfachung gerät aber dann an die Grenzen, wenn der Gesetzgeber - wie geschehen - in der Neuregelung neue Tatbestandsmerkmale schafft, wie erstmalige Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit mit bis zu 20 Stunden regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit, wobei entsprechende Definitionen zum Zeitpunkt der Neuregelung nicht vorgelegen haben und zurzeit zum Teil fehlen.

Weiterhin sind auch in der Zukunft jährliche Überprüfungsaktionen hinsichtlich der weiteren Anspruchsvoraussetzungen mit erheblichen Fallzahlen zwingend durchzuführen.

Klageverfahren:

Zum 02.11.2012 waren bei ZBV 13 noch 17 Klageverfahren vor dem Finanzgericht in Bearbeitung. Hierin sind 11 Neuzugänge aus 2012 enthalten.

Bis zum Berichtstag wurden in 2012 insgesamt **vier** Klageverfahren **erledigt**:

Dezernat Entgelt der Arbeitnehmer (ZBV 14)

- **Migration der ADD zum 28.03. und 29.05.:** in zwei Schritten (zunächst Gestellung, Berufsschulen, Studienseminare, danach der Rest), Abstimmungen mit der ADD über die Zusammenarbeit. Abstimmung der Prozesse wie Umstellung von nichtintegrierte auf integrierte Fälle, Einbeziehung der ADD in den komplexen und fehleranfälligen Prozess des Statuswechsels und Bearbeitung der eSchule24-Fälle. Der erste Schuljahresbeginn ist mittlerweile integriert bearbeitet, es erfolgt eine Nachbetrachtung mit der ADD zur weiteren Abstimmung und Verbesserung.
- **Stammblatt:** Entwicklung mit erheblichem Einsatz des Dezernats, bislang noch kein Ergebnis.
- **Statistik:** saisonale Schwankung der Fallzahlen zwischen 43.000 und 52.000 Fälle (Grund: Uni und Lehrerbereich). Arbeitsspitzen durch aufwendige Neuaufnahmen und Wiederaufnahmen ins System bzw. Beendigungen. Erstmals umfangreiche Statistiken angefordert, die aus dem System zu erstellen waren (TdL-Statistik, VBL-Statistik). Der Wechsel des Systems führt zu Brüchen in den Zahlen, erheblicher Ermittlungs- und Klärungsaufwand.
- **Fachliche Themen:** Tarifierhöhung zum 01.04., Schulung EntgeltO und Rückfragen, DRV-, LSt- und LRH-Prüfung, Besprechungen mit verschiedenen Dienststellen wie LBM

Dezernat Reisekosten (ZBV 15)

Reisekosten-, Trennungsgeld- und Umzugskostenbearbeitung

Die Arbeit im Jahr 2012 war bestimmt durch die weitere Zentralisierung der Reisekostenbearbeitung innerhalb der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz:

- Nach der abgeschlossenen Übernahme der vormals bei den Finanzämtern bearbeiteten Fälle Ende 2011 stand zunächst die Gewährleistung einer einheitlichen Rechtsanwendung im Vordergrund. Handlungsbedarf bestand im Wesentlichen im Bereich der Abrechnung der Spielbankaufsichtsbeamten sowie der Anträge zu „privatdienstlichen“ Veranstaltungen.
- Zum 01.04.2012 wurde der ZBV die Zuständigkeit für die Bearbeitung der Reisekosten-, Trennungsgeld- und Umzugskostenfälle des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF) übertragen.
- Aufgrund eines Ministerratsbeschlusses vom 05. Juni 2012 wurden die bei der ADD eingerichteten Reisekostenstellen Birkenfeld und Pirmasens zum 01. Oktober 2012 aus der ADD aus- und in die OFD-ZBV eingegliedert. Betroffen sind 39 aktive Bedienstete (ohne die Bediensteten in der Freistellungsphase der Altersteilzeit), die unter einer neuen Dienststellenbezeichnung an den bisherigen Standorten verbleiben. Zur Vorbereitung des Übergangs wurden in einer Arbeitsgruppe die Themenbereiche Personal, Organisation, EDV und Fachbereich untersucht und notwendige Anpassungen vorgenommen. Die Umgliederung der Außenstellen zum Stichtag verlief reibungslos. Damit ist die

ZBV für die Abrechnung von Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten nahezu der gesamten Landesverwaltung zuständig (Ausnahmen: Staatskanzlei, Hochschulen und Fachhochschulen). Alleine im Bereich Reisekosten werden pro Jahr über 200.000 Bescheide erlassen.

- Ebenfalls zum 01.10.2012 wurde die ZBV im Vorgriff auf eine Änderung der ZBV-Zuständigkeitsverordnung für die Bearbeitung der Reisekosten-, Trennungsgeld- und Umzugskostenfälle der Abteilung Bundesbau (ABB) der OFD und des Amts für Wiedergutmachung zuständig.

Im Bereich der **Verfahrenstechnik** wurden folgende Fortschritte erzielt:

- Im Abrechnungssystem CARLA wurde der variable Abrechnungstyp (V-Typ) fertig gestellt. Darüber kann eine Vielzahl von Fallgestaltungen abgerechnet werden. Die bisher dafür einzeln vorgehaltenen und zu pflegenden Abrechnungstypen können damit weitgehend entfallen.
- Die über das Internet zur Verfügung gestellte Anwendung Reika ZBV, die dem Dienstreisenden die Abwicklung aller anfallenden Vorgänge (Antrag, Abschlagszahlung, Abrechnung) ermöglicht, wurde aufgrund von Anregungen der Nutzer des LBB optimiert.
Wegen der mit der Nutzung des Verfahrens verbundenen Vorteile (elektronische Übertragung der Daten an die Abrechnungsstelle) ist eine Ausdehnung des Einsatzes in Planung: Zurzeit prüft der Landesrechnungshof den Einsatz für den eigenen Bedarf. Danach ist sukzessive der Einsatz in den von den Reisekostenstellen Birkenfeld und Pirmasens betreuten Dienststellen geplant.
- Eine zentrale Ticketbuchung (Bahn, Flug) ist nach Schaffung der technischen Voraussetzungen demnächst für die OFD und alle Finanzämter möglich.

Dezernat Beihilfe (ZBV 18)

Projekt RHESCABA (Rheinland-Pfälzisches Scanverfahren zur Beihilfeabrechnung)

Auch im Kalenderjahr 2012 war das Projekt RHESCABA das beherrschende Thema in der Beihilfestelle.

Mit dem Produktionsbetrieb des neuen papierlosen Scanverfahrens war bereits im Vorjahr, am 01.06.2011, begonnen worden.

Wie immer treten bei Einführung neuer EDV-Verfahren unvorhersehbare technische Probleme auf. Auch RHESCABA wurde hiervon nicht verschont.

Seit Projektbeginn sind leider Schwankungen bei den Antwortzeiten zu beklagen, die ihre Ursache in der Komplexität des Systems haben. Nach zahlreichen Untersuchungen und Einzelmaßnahmen wurde im Oktober die Serverarchitektur im Bereich der Beihilfe komplett geändert. Seitdem hat sich die Performance verbessert.

Diese Maßnahme stellt eine Übergangslösung dar, im nächsten Jahr sollen die Probleme durch eine Komplettlösung (u. a. Umstellung von 32bit auf 64bit-Windows-Betriebssystem) dauerhaft behoben werden.

Neuorganisation der Beihilfestelle zum 05.11.2012

Zum 05.11.2012 erfolgte eine umfangreiche Neuorganisation der Beihilfestelle. Kernpunkt war dabei die Einrichtung eines für die Bearbeitung der „Pflegefälle“ zentral zuständigen Arbeitsgebietes. Dies machte eine komplette personelle Neuorganisation

der Arbeitsgebiete erforderlich. Beim Neuzuschnitt der Endzifferaufteilungen wurde die bisherige dienststellenbezogene Trennung der Beihilfestelle in Koblenz und der Außenstelle in Neustadt (die Außenstelle in Neustadt hatte bisher überwiegend die Anträge der Beihilfeberechtigten bearbeitet, deren Dienststellen in den ehemaligen Zuständigkeitsbereich der aufgelösten Bezirksregierung Neustadt fielen) aufgegeben. Der Wegfall dieser Trennung hat auch zur Folge, dass die Kollegen in Neustadt erstmals auch Beihilfen für Versorgungsempfänger festsetzen.

Zunahme der Bildschirmarbeit

Der Umfang der Bildschirmarbeit hat unter RHESCABA weiter zugenommen. Vor diesem Hintergrund fand am 04.10.2012 eine Arbeitsplatzbesichtigung mit der für die ZBV zuständigen Betriebsärztin vom BAD statt. Im Ergebnis hat die Betriebsärztin

- die Gestaltung der unter RHESCABA eingesetzten Software, d. h. "Software-Ergonomie" (u. a. Zeichengröße, Schärfe) von BABSY und AFAM
- die Arbeitsmittel (Bildschirm, Tastatur, Maus)
- die Möblierung und die Licht- und Raumverhältnisse

als gesundheitlich unbedenklich eingestuft.

Da beschwerdefreies Lesen am Bildschirm nicht nur von der individuellen Sehstärke und ihrer ggf. ausreichenden Korrektur abhängt, sondern durch viele andere Faktoren (z.B. die Aufstellung des Bildschirms, eine individuell geeignete Sehhilfe) beeinflusst wird, fand für alle Bediensteten des Dezernates ZBV 18 (Standort Koblenz und Neustadt) eine Schulungsveranstaltung mit kleinen Praxiseinheiten zum Thema "Bildschirmarbeit und gesundes Sehen" statt.

Elektronischer Regelwerkabgleich

Die drei Länder NRW, Hessen und RLP kooperieren auch beim weiteren Ausbau der elektronischen Systeme.

Im Rahmen des Projektes RHESCABA ist künftig auch der Einsatz von Prüfprogrammen vorgesehen, mit denen die Rechnungen der Leistungserbringer auf Konformität mit Gebührenordnungen und anderen Abrechnungsbestimmungen geprüft werden (sogenannter elektronischer Regelwerksabgleich).

Die Installation eines lauffähigen Prüf-Referenzsystems durch die beauftragte Softwarefirma IBM steht leider noch aus. Erst hiernach können die vorgesehenen Tests und Installationen in den einzelnen Bundesländern zur Implementierung der ersten Projektmoduls, der PZN-Prüfung, erfolgen.

Redesign des Beihilfeabrechnungsprogramms BABSY

Die technologische Basis von BABSY besteht immer noch aus einer aus heutiger Sicht veralteten Großrechneranwendung aus dem Jahre 1992. Es ist zu erwarten, dass künftig erforderlich werdende Anpassungen an Rechtsänderungen und die Einbindungen der Regelwerke nicht mehr technisch umgesetzt werden können.

Da auch die anderen Kooperationsländer NRW und Hessen ähnliche Probleme haben, hat die Kooperation beschlossen, gemeinsam ein neues Fachverfahren zu entwickeln bzw. zu beschaffen.

Auch in diesem Teilprojekt haben in 2012 zahlreiche Arbeitsgruppensitzungen unter Beteiligung der ZBV stattgefunden.

Einziehung von Arzneimittelrabatten

Unter RHESCABA konnte schon sehr zeitnah ein Verfahren entwickelt werden, das einen weitgehend maschinellen Aufbau der für die Einziehung der Arzneimittel-Ra-

batte erforderlichen Datensätze erlaubt. Damit gehört die Beihilfestelle der ZBV zu den ersten öffentlichen Leistungsträgern, die die Rabatte in Anspruch nehmen konnten. Im Laufe des Kalenderjahres 2012 wurden von der ZESAR GmbH - Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten GmbH - bis dato ca. 4,0 Millionen € an Rabatten an die ZBV überwiesen.

Dezernat Bescheinigende Stelle (ZBV 20)

Der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) umfasst die Direktzahlungen an Landwirte und Maßnahmen zur Regulierung der Agrarmärkte. Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) beinhaltet die Programme der Mitgliedstaaten zur Entwicklung des Ländlichen Raums.

Das sehr hohe Mittelvolumen erfordert umfassende funktionierende Verwaltungs- und Kontrollsysteme, die gewährleisten, dass die Mittel ordnungsgemäß verwendet und vorschriftswidrige Zahlungen aufgedeckt und wieder eingezogen werden.

Entsprechende Zahlungen an Begünstigte werden durch die Mitgliedstaaten mit Hilfe von nationalen oder regionalen Zahlstellen ausgeführt. Diese sind auch für die Aufstellung und die ordnungsgemäße Darstellung der Jahresrechnungen verantwortlich, was die Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines Internen Kontrollsystems bedingt. In Rheinland-Pfalz liegt die Leitung der Zahlstelle im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten.

Um eine angemessene Gewähr dafür zu haben, dass die der Kommission von der Zahlstelle vorgelegten Abschlüsse verlässlich, vollständig und korrekt sind und die internen Kontrollverfahren in zufriedenstellender Weise funktioniert haben, stellt die Bescheinigende Stelle eine Bescheinigung aus, in der sie erklärt, dass sie sich von diesen Bedingungen hinreichend überzeugt hat (VO [EG] Nr. 885/2006).

Diese Bescheinigung stützt die Bescheinigende Stelle auf eine Prüfung der Verwaltungsstrukturen und -verfahren sowie eine Stichprobe von Geschäftsvorgängen der Zahlstelle.

Jährlich wiederkehrende Tätigkeitsfelder:

- Erstellung des Jahresberichts und des Zertifikats der Bescheinigenden Stelle (als Resultat der Prüftätigkeiten)
- Stellungnahme der Bescheinigenden Stelle zur Zuverlässigkeitserklärung des Leiters der Zahlstelle
- Gesamtbewertung des internen Kontrollsystems der Zahlstelle für jede Grundgesamtheit jedes Fonds (im Jahresbericht integriert)
- Erstellung der Prüfstrategie
- Erstellung der Prüfvorgaben
- Kontakt mit externen Stellen zu Fragen und Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung (insbesondere Zahlstelle, Zuständige Behörde, BMELV)
- Allgemeine Leitungsaufgaben (z. B. Organisation)
- Überprüfung, ob die Zahlstelle die Zulassungskriterien (Internes Umfeld, Kontrollen, Information und Kommunikation, Überwachung, Sicherheit der Informationssysteme) erfüllt;
- Prüfung operativer Vorgänge (Einzelfallprüfungen):
 - 2 Fonds à 3 Grundgesamtheiten à 10 Übereinstimmungsprüfungen
 - 2 Fonds à 3 Grundgesamtheiten à 111 bis 181 (je nach Risikoanalyse) vertiefte Prüfungen

- Durchführung von mindestens 40 Vor-Ort-Kontrollen
- Follow-up der Vorjahresempfehlungen
- Überprüfung bestimmter Tabellen der Zahlstelle (z.B. Abgleich zwischen den Monatsabschlüssen und den Jahreserklärungen des EGFL-Fonds)
- Überprüfung bestimmter Statistiken der Zahlstelle (z.B. Kontrollstatistik aus flächenbezogenen Vor-Ort-Kontrollen)

Dezernat ISC

Arbeitsschwerpunkte im Projekt IPEMA®/IPEMA®-Service-Center

Projekt IPEMA® Phase 1

Nachdem zu Jahresbeginn 2011 die Bezügeabrechnung vollständig auf das SAP-Verfahren umgestellt worden war, folgte im Jahre 2012 mit einiger zeitlicher Verzögerung die Lehrpersonalverwaltung bei der ADD. Deren Migration in das bestehende SAP-Verfahren wurde aus strategischen Gründen nochmals in zwei Teile aufgeteilt: Öffentliche Finanzhilfe (ÖFH), Gestellungen und Studienseminare im März 2012, die eigentliche Lehrpersonalverwaltung Ende Mai 2012. Damit werden aktuell ca. 58.000 Personalfälle aktiver Bediensteter des Landes Rheinland-Pfalz im SAP-System abgebildet.

Projekt IPEMA® - Phase 2

In seiner Sitzung am 16.11.2011 hat der Lenkungsausschuss des Projekts IPEMA® den Start der sog. Phase 2 des Projekts beschlossen, die den Roll-out der Personalverwaltung in die noch nicht angeschlossenen Ressorts bzw. Dienststellen umschreibt. Dazu hat der Lenkungsausschuss die Projektleitung aufgefordert, die weiteren Arbeiten (Einbindung der AG der Personalreferenten, Ausschreibung weiterer Dienstleistungen pp) in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Finanzen und dem ISC zu beginnen.

Der Entwurf eines Grobkonzeptes zur Durchführung dieser Projektphase ist Mitte Oktober 2012 vorgelegt worden. Er befindet sich aktuell in der Abstimmung.

IPEMA®-Service-Center

Nach der Entscheidung aus dem Jahre 2009 bei der ZBV ein IPEMA®-Service-Center (ISC) einzurichten, wurde dessen funktioneller Aufbau im Laufe des Jahres 2011 abgeschlossen.

Allerdings ist das ISC auf Grund seiner personellen Ressourcen sowie seiner bisher gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse heute noch nicht vollständig in der Lage, die Wartung und Weiterentwicklung des Systems ohne externe Unterstützung zu bewältigen. Durch die Stabilisierung des Systems und weiteren Know-How-Aufbau im ISC konnte die Beistellung externen Supports im Laufe des Kalenderjahres 2012 jedoch zurückgefahren werden. Zudem konnte in 2012 weiteres eigenes Personal (fünf Personen) gewonnen werden. Die Gewinnung ausgebildeten Personals für die speziellen Aufgaben Entwicklung und Customizing im ISC gestaltet sich auf Grund der Marktlage allerdings schwierig.

Mit dem Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung hat der rheinland-pfälzische Gesetzgeber eine Gesetzeslage geschaffen,



deren technische Umsetzung nur mit Hilfe eines sog. Costumer Development Projects (CDP) mit der SAP selbst möglich war, weil hierzu der SAP-Standard verändert werden musste. Aufgrund der späten finalen Verabschiedung des Gesetzes im Dezember 2011 konnte die technische Umsetzung der zum 01.01.2012 in Kraft getretenen Änderung erst mit dem Rechenlauf im Juli 2012 erfolgen.

Im Hinblick auf die Phase 2 des Projekts IPEMA®, mit der ca. weitere 43.000 Personalfälle integriert werden sollen, ist mit ca. 600 weiteren IPEMA®-Usern zu rechnen, was eine weitere personelle Aufstockung des ISC bedingt.

Aufgrund eines Projektauftrags der Finanzstaatssekretäre Rheinland-Pfalz und Saarland für eine Voruntersuchung zur Kooperation der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland auf dem Gebiet Personalverwaltung und Personalabrechnung wurde im Laufe des Jahres 2012 im Rahmen des Projektes KOOP-IPEMA® RLP/SL unter erheblicher Beteiligung des ISC eine Untersuchung mit der Zielsetzung angestellt, die Frage zu klären, ob und unter welchen Rahmenbedingungen IPEMA® auch für das Saarland übernommen und betrieben werden kann und welche Kosten hierfür zu erwarten sind. Als Ergebnis soll im Rahmen dieses Vorprojektes eine Entscheidungsgrundlage für die Realisierung der Kooperation erstellt werden.



Abteilung Bundesbau

Baumaßnahmen für den Bund

Auch für das Jahr 2012 sind einige wesentliche Ereignisse im Bundesbau zu verzeichnen. Bereits im Januar wurde im Bundeswehrzentral Krankenhaus Koblenz mit der Grundinstandsetzung des sog. 160 Bettenhauses begonnen. Im Rahmen dieses Projektes wird der komplette Bettentrakt des Bundeswehrzentralkrankenhauses bei laufendem Betrieb in mehreren Teilabschnitten grundlegend saniert. Dieses Projekt ist eine Herausforderung für die Bauverwaltung, die hier den Spagat zwischen den Bedürfnissen der Patienten und einem angemessenen Baufortschritt zu meistern hat. Die Baukosten liegen bei 24,0 Mio. Euro.

Demgegenüber konnte das sogenannte Kadettenbad, Schloss Oranienstein in Diez, einem ehemaligen wilhelminischen Bau aus der Kaiserzeit, nach erfolgreicher Sanierung im Juli 2012 wieder der Truppe zur Verfügung gestellt werden. Nach 27 Monaten Bauzeit und einer Investition von 2,6 Mio. Euro erstrahlt der denkmalgeschützte altherwürdige Bau aus Kaisers Zeiten nunmehr wieder in neuem Glanz.

Ebenfalls wurde im Rahmen des 60-jährigen Jubiläums des THW Kaiserslautern im September 2012 die Einweihung des dringend notwendigen Neubaus begangen. Diese Maßnahme war Bestandteil des Konjunkturprogramms II. An den Feierlichkeiten nahm auch der parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Jan Mücke, teil.

Auch die Erweiterung des Unterkunftsbereichs der Diensthundeschule Ulmen wurde im Mai 2012 fertiggestellt. Das Investitionsvolumen betrug hier 3,0 Mio. Euro.

Infolge der Übernahme aller militärischen Liegenschaften im Wehrbereich West durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) zu Beginn 2013 waren bereits in 2012 erhebliche organisatorische Abstimmungen und Vorbereitungen durch die Abteilung Bundesbau zu leisten.

Zukünftig wird hier ein Investitionsvolumen von ca. 30,0 Mio. Euro zur Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz zusätzlich zu den regulären Aufträgen der Bauverwaltung abzuarbeiten sein.

Baumaßnahmen für die amerikanischen Gaststreitkräfte

Wie in den Jahren zuvor waren es auch im Jahr 2012 die durch die Bundesrepublik Deutschland für die US-Gaststreitkräfte in Rheinland-Pfalz abgewickelten Baumaßnahmen, die den größten Anteil des umgesetzten Bauvolumens ausmachten.

Fertiggestellt und an US übergeben wurden dabei u. a. die Maßnahmen Medical Clinic und Shopping Center auf der Air Base Spangdahlem sowie das Logistik Distribution Center auf der US-Liegenschaft Germersheim.

Ein weiterer Meilenstein war die erfolgreich durchgeführte Dachsanierung des Freight Terminals auf der Air Base Ramstein (s. Foto). Die Stahlkonstruktion des Dachtragwerks der 2006 fertiggestellten und an US übergebenen Frachthalle wies aufgrund einer fehlgeschlagenen Innovation der Bauindustrie - Änderung der Zusammensetzung der Zinkschmelze bei der Verzinkung von Stahlteilen - Risse auf und musste zu großen Teilen ausgetauscht werden.



*Dachhaut Freight Terminal AB Ramstein
(im Hintergrund: Kaiserslautern Military Community Center / KMCC) 03.01.2013 / AB 21*

In der planerischen und teilweise baulichen Fortführung sind als wesentliche Projekte die im Bereich der Air Base Ramstein vorgesehene Weilerbach Clinic mit einem derzeit geplanten Gesamtbudget von rd. 990 Millionen Dollar, das nach neuen US-Richtlinien „21 Century Learning“ umzusetzende US-Schulbauprogramm (insgesamt 15 Schulen auf verschiedenen US-Liegenschaften in Rheinland-Pfalz) mit einem derzeit geplanten Investitionsvolumen von rd. 650 Mio. Euro, ein Flugsimulator für C 130 – Flugzeuge auf der AB Ramstein, ein Fitness Center auf der Air Base Spangdahlem, diverse Arbeiten an den Flugverkehrsflächen der US-Luftwaffenstützpunkte Ramstein und Spangdahlem, mehrere Truppenunterkünfte, Kindergärten etc. zu nennen.

HAUSHALTSANGELEGENHEITEN

Die Bauausgaben für Maßnahmen des Bundes in Rheinland-Pfalz liegen in 2012 bei rd. 172,0 Mio. € und somit rd. 41,0 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Es befinden sich derzeit zahlreiche Großprojekte in Vorbereitung, die umfangreiche Planungsleistungen verursachen, die aber noch zu keinen Bauausgaben geführt haben. Den größten Anteil an den Bauausgaben bilden erneut die Baumaßnahmen für Gaststreitkräfte mit rd. 86,0 Mio. €. Bedingt durch verstärkte Bautätigkeiten und angekündigte Großaufträge der US-Streitkräfte, ist hier in den nächsten Jahren weiterhin mit einem höheren Bauvolumen zu rechnen, dass es für die Bauverwaltung umzusetzen gilt. Im besonderen Focus steht hier die Neubaumaßnahme US-Hospital-Weilerbach, mit einem Bauvolumen von ca. 990 Millionen Dollar. Baubeginn für die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen ist für Herbst 2013 vorgesehen, Baubeginn für den Klinikneubau ist in 2016, Bezugsfertigstellung und Nutzungsbeginn für das US-Hospital ist derzeit für 2021 eingeplant.

Bauausgabenentwicklung seit 2006

2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
272	224	243	235	230	213	172

Einen weiteren Schwerpunkt bei den Bauausgaben bilden die Baumaßnahmen für die Bundeswehr. Die Ausgaben für Große und Kleine Baumaßnahmen sowie für Bauunterhalt, liegen hier bei rd. 42,0 Mio. €. Die Haushaltsmittel für Bauunterhaltungsmaßnahmen werden in 2013, bedingt durch umfangreiche Beauftragungen der BIMA, deutlich ansteigen. Auch im Hinblick auf die Strukturreform der Bundeswehr ist die Bauverwaltung in hohem Maße gefordert, die in 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verausgaben.

Die Bauausgaben für NATO-Baumaßnahmen betragen rd. 8,1 Mio. €. Bei den Zivilen Baumaßnahmen/BIMA verbuchen wir in 2012 Bauausgaben von rd. 16,0 Mio.



Herausgeber

Oberfinanzdirektion Koblenz
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17
56073 Koblenz

Tel.: 02 61/49 32-0

Fax: 02 61/49 32-3 67 40

E-Mail: Pressestelle@ofd-ko.fin-rlp.de

Koordination

Pressestelle

Layout und Satz

Peter Haag (Pressestelle)

Druck

PRINZ-DRUCK

Print Media GmbH & Co KG

Felsenmühlstraße 15

55743 Idar-Oberstein

Bildnachweise

Titel: Foto: © Luc Lombardo/fotolia.com

S. 12: Foto: © Maiha/pixelio

S. 22: Foto: © meshike/fotolia.com

S. 30: Foto: © mpixs/fotolia.com

S. 50: Foto: © bilderbox/fotolia.com

S. 57: Foto: © Klaus Rein/fotolia.com

S. 59: Foto: © Patrizier-Design/fotolia.com

S. 62: Foto: © bilderbox/fotolia.com

S. 68: Foto: © Ktsdesign/fotolia.com

S. 103: Foto: © Siegfried_Fries_bikemen/pixelio



Oberfinanzdirektion Koblenz

Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17
56073 Koblenz

Telefon: 02 61/49 32-0

Telefax: 02 61/49 32-3 67 40

E-Mail: Pressestelle@ofd-ko.fin-rlp.de

Internet: www.fin-rlp.de